

Kommunales Integrationsmanagement - deutsch-französische Konsultationen in Stuttgart: Tagungsbericht

Baasner, Frank; Feick, Sarah; Gehrig, Susanne; Guérout, Jeanne; Kempf, Isabelle; Lerch, Natalie; Millot, Pauline; Sanglier, Anaïs; Wachsmann, Inga; Wientzek, Silvia

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Deutsch-Französisches Institut - dfi. (2007). *Kommunales Integrationsmanagement - deutsch-französische Konsultationen in Stuttgart: Tagungsbericht* (dfi compact, 6). Ludwigsburg. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61532-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Kommunales Integrationsmanagement -
deutsch-französische Konsultationen in Stuttgart
Tagungsbericht**

FREUDENBERG
STIFTUNG



Robert Bosch *Stiftung*

ISSN 1619-8441

dfi Deutsch-
Französisches
Institut

Impressum

Kommunales Integrationsmanagement -
deutsch-französische Konsultationen in Stuttgart
Tagungsbericht

Transkription, Redaktion und Übersetzung:
Prof. Dr. Frank Baasner, Sarah Feick, Susanne Gehrig, Jeanne Guérout,
Isabelle Kempf, Nathalie Lerch, Pauline Millot, Anaïs Sanglier,
Inga Wachsmann, Silvia Wientzek

Layout: Lorenzo Frau

ISSN 1619-8441

Herausgeber:
dfi Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg

© Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg 2007

**Deutsch-französische Bürgermeisterkonsultation
zu kommunalem Integrationsmanagement
am 15./16.03.2007 in Stuttgart**

Einführung	6
Dieter Berg	6
Reinhart Freudenberg	8
Marie Thérèse Sanchez-Schmid	10
Ansprache	13
Maria Böhmer	13
Thematische Einführung	20
Dieter Filsinger	20
Podium und Diskussion: Integration und Chancengleichheit: Herausforderungen und Lösungsansätze	33
Myriam Salah-Eddine	34
Gabriele Müller-Trimbusch	41
Diskussion	47
Zusammenfassung und Einführung in die Arbeitsgruppen	66
Arbeitsgruppen	68
Arbeitsgruppe 1: Wege zur sprachlichen, sozialen und schulischen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund	68
Matthias Betzer	72
Helmuth Schweitzer	81
Diskussion	93
Arbeitsgruppe 2: Übergangsmanagement von der Schule in Ausbildung und Beruf	120
Ayité Creppy/ Monique Mackiw	121
Michael Goedeke	125
Diskussion	129
Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen	154
Zusammenfassung der Ergebnisse	158

Einführung

Dieter Berg

(Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung):

Sehr verehrte Frau Staatsministerin,
sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,
lieber Herr Freudenberg,
Mesdames et Messieurs, meine Damen und Herren,

nachdem wir es lange Zeit verdrängt haben, hat uns kaum ein Thema in den vergangenen Monaten und Jahren in Europa mehr beschäftigt, als die Frage der Integration bei uns lebender Migranten. Kein Land, in dem man nicht nach Möglichkeiten sucht, wie Chancengleichheit in Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt angemessen erreicht und das Potential vor allem junger Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Gesellschaft erschlossen werden können. Es gibt, so meine ich, in vielen europäischen Ländern eine Tendenz, zu pauschal auf die Herausforderungen zu reagieren, vor die uns Integration stellt: Auf der einen Seite der unrealistische und inzwischen ausgeträumte Traum multikulturellen Miteinanders, ohne klare Bezüge und Verpflichtungen. Auf der anderen Seite apokalyptische Visionen, bei denen man von den Verkehrsunfällen auf die Verkehrsregeln schließt. Deshalb ist es besonders wichtig, Fälle gelungener Integration ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu führen – die vielen erfolgreichen türkischen Unternehmer in Deutschland zeigen dies beispielsweise.

Aber dies darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Integration eine bleibende Aufgabe ist, und dass es Schwierigkeiten gibt, wenn wir nicht deutlich machen, welches die Werte sind, die unser Zusammenleben regeln, dass es Grenzen auch für kulturelle Eigenheiten gibt, die nicht zu unserer Lebensart passen. Wer, meine Damen und Herren, wüsste dies besser als Sie, die ich Sie als Vertreter französischer und deutscher Kommunen heute hier für die Robert Bosch Stiftung begrüße. Integration findet in unseren Städten und Gemeinden statt, dort, wo Menschen leben. Aus diesem Grunde haben wir uns gemeinsam mit der Freudenberg-Stiftung entschlossen, das, was dort für eine bessere Integration geschieht, öffentlich noch stärker sichtbar zu machen. Wenn wir also heute und morgen über kommunales

Integrationsmanagement in Frankreich und Deutschland sprechen, dann reden wir über gute Praxis, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft bei ihrer Integration in das Gemeinwesen unterstützt werden können: in Vorschulen und Krippen, in der Schule, auf dem Weg in Ausbildung und Beruf, in der Gesundheitsvorsorge und -pflege und so weiter.

Meine Damen und Herren, warum haben es sich zwei deutsche Stiftungen vorgenommen, mit deutschen und französischen Kommunalvertretern über kommunales Integrationsmanagement zu sprechen? Zum einen glauben wir, dass auch der Zivilgesellschaft eine Rolle bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben zukommt. Oft können wir Brücken bauen, wo der Staat nicht handeln kann oder noch nicht handelt. Vor etwa einem Jahr haben wir es uns gemeinsam mit anderen europäischen Stiftungen vorgenommen, einen Beitrag zur Integration auf europäischer Ebene zu leisten und ein „Europäisches Programm für Integration und Migration“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Stiftungen wie der belgischen Fondation Roi Baudoin, dem britischen Joseph Rowntree Trust, der italienischen Compagnia di San Paolo und anderen haben wir begonnen, Nichtregierungsorganisationen, die sich für Integration einsetzen, dabei zu unterstützen, ihre Arbeit auf europäischer Ebene besser zu machen. Parallel dazu haben wir eine europäische Konsultationsreihe auf den Weg gebracht, bei der jede Stiftung in ihrem Land aktuelle Fragestellungen zur Integration aufgreift und kritisch diskutiert. Die „deutsche“ Konsultation hat sich dabei rasch zu einer deutsch-französischen entwickelt, weil wir darin Chancen zu einer wechselseitigen Befruchtung sehen und weil die Partnerschaft unserer Länder gerade auch auf kommunaler Ebene eine Stärkung verdient.

In der Robert Bosch Stiftung hat die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen eine lange Tradition, hat sich doch schon Robert Bosch selbst in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg aktiv für die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen eingesetzt. Heute setzen wir ganz auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren französischen Freunden: Denn Europa kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen, und dazu gehört sicher die Integration von Zuwanderern.

Für uns in der Robert Bosch Stiftung ist Integration ein Thema, dem wir verstärkt unsere Aufmerksamkeit widmen. Großen Wert

legen wir hierbei auf Praxisprojekte, mit denen wir die Integration vor allem junger Menschen fördern. Dabei erfahren wir sozusagen hautnah, wo die tatsächlichen Probleme in deutschen Kindergärten, Schulen und beim Übergang in Ausbildung und Beruf liegen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns, wenn wir Erfolg haben wollen, damit befassen müssen, wie die Eltern von Migranten davon überzeugt werden können, dass das Beste, was sie für ihre Kinder tun können, ist, ihnen alle Chancen unseres Bildungssystems zu eröffnen. Aber ich sage auch, dass wir als aufnehmende Gesellschaften uns selbst öffnen müssen, weil Integration nur als zweiseitiger Prozess funktioniert.

Meine Damen und Herren, ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, der Freudenberg-Stiftung und hier Herrn Dr. Freudenberg zu danken, dass sie gemeinsam mit uns diese Veranstaltung durchführt. Mein Dank gilt aber ebenso dem Deutsch-Französischen Institut, namentlich seinem Leiter, Herrn Professor Frank Baasner, der diese Konsultationen gemeinsam mit uns vorbereitet hat. Herr Professor Baasner wird auch die Veranstaltung moderieren. Ich freue mich sehr, dass wir unsere bewährte Partnerschaft in deutsch-französischen Dingen in diesem Rahmen fortsetzen können.

Ich freue mich sehr, dass Sie, verehrte Frau Professor Böhmer, heute zu uns gekommen sind, um ein Grußwort zu sprechen.

Ich wünsche Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, anregende Gespräche und einen fruchtbaren Austausch, in der Hoffnung, dass Sie die Erfahrungen der Kollegen aus dem anderen Land für Ihre eigene Arbeit künftig nutzen können.

Dr. Reinhart Freudenberg

(Vorsitzender des Kuratoriums der Freudenberg Stiftung)

Sehr verehrte Frau Staatsministerin Böhmer,
Mesdames et Messieurs,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine sehr große Freude, Expertinnen und Experten aus Kommunalpolitik und -verwaltung wie aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zu unserer Konsultationsrunde begrüßen zu dürfen. Ein herzliches Willkommen insbesondere an die Bürgermeister aus

Frankreich, die in dieser Vorwahlperiode sich die Zeit für diese Reise genommen haben!

Das Thema der Integration von Menschen und Familien mit Zuwanderungshintergrund ist in jeder Hinsicht außerordentlich vielfältig; davon wird sicherlich heute und morgen die Rede sein. Die Erörterung der Unterschiede zwischen der französischen und der deutschen Situation sollte nicht zu sehr im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr die überwiegenden Gemeinsamkeiten der Probleme und der Lösungen.

Die Teilnehmer dieser Tagung kennen die Probleme, beschränken sich aber nicht darauf, sie zu analysieren und zu beklagen, sondern suchen und praktizieren Lösungen. Der Erfolgsmaßstab für unsere Zusammenkunft wird sein, mit wie viel Anregung und Ermutigung für die Lösung unserer Aufgaben wir morgen nach Hause gehen können.

Lassen Sie mich kurz vier Gemeinsamkeiten aufzeigen:

1. In beiden Ländern geht das Spektrum des Integrationsgrades vom spektakulären Erfolg bis zum katastrophalen Scheitern der einzelnen Menschen und Familien. Die erfolgreichen Integrationsbiographien sind eindeutig in der großen Mehrheit und sie begegnen uns im Alltag, ohne uns überhaupt noch aufzufallen. Sie sind aber gerade deshalb statistisch nicht mehr ausgewiesen, weil eben die differenzierenden Merkmale in den Hintergrund getreten und nicht mehr statistisch zu erfassen sind. Dies stärker ins Bewusstsein zu rücken, liegt im Interesse derjenigen, die diesen Weg noch nicht geschafft haben, wie auch derer, die ihnen dabei zu helfen haben und auch die politischen Voraussetzungen dafür verbessern wollen.
2. In beiden Ländern sind die politischen Rahmenbedingungen wichtig; Integration findet aber im Alltag auf der kommunalen Ebene, in der Nachbarschaft, der Schule, am Arbeitsplatz, in den Vereinen statt. Hier werden die Lösungen liegen, von denen in diesem Kreis zum gegenseitigen Nutzen gesprochen wird.
3. Dass eine erfolgreiche Integration von Bildungschancen abhängt, die die Unterschiede der sozialen, wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Verhältnisse der Familien möglichst weitgehend ausgleichen, ist so offensichtlich, dass man sich wundert, wie wenig dafür getan wird. Hier ist allerdings die Schulpolitik gefragt, aber

trotzdem Vorsicht! Es gibt in unmittelbarer Nachbarschaft Schulen, die dabei sehr kreativ und erfolgreich sind, und solche, in denen noch ungünstige Verhältnisse herrschen.

4. Wenn ein Kind ohne Kenntnisse der Landessprache oder ohne eine das Einleben in der Schule fördernde kulturelle Vorbereitung in die Grundschule kommt, sind bereits seine Chancen für einen erfolgreichen Bildungsweg stark gemindert. Hier muss mit den Familien, konkret natürlich besonders mit den Müttern, gearbeitet werden. Es wird interessant sein, von unseren französischen Teilnehmern zu hören, welche Chancen das System der „écoles maternelles“ und der „crèches“ dafür bietet, das ja in Deutschland noch erst entwickelt werden soll. In Deutschland gibt es dafür gute Beispiele des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe in den Kreisen mit Zuwanderungshintergrund.
5. Schließlich ist es für den Integrationserfolg auch wesentlich, dass den Jugendlichen nach Beendigung der Schule der Übergang in eine sinnvolle weitere Ausbildung und in das Erwerbsleben gelingt. Hier liegt eine gut zu koordinierende gemeinsame Verantwortung von Kommune, Schulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Nun freue ich mich auf unsere Tagung.

Marie Thérèse Sanchez-Schmid

(Stellvertretende Bürgermeisterin, Perpignan; Association des Maires de France)

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr verehrte Damen und Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Herren Präsidenten,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen anlässlich unseres Austauschs guter Praxisbeispiele im Bereich von Integration und Chancengleichheit zwischen Städten und Gemeindeverbänden in Frankreich und Deutschland. Es ist mir außerdem eine große Ehre stellvertretend für den Präsidenten, Herrn Jacques Pélisard, der leider heute verhindert ist, die Association des Maires de France repräsentieren zu dürfen, zu der über 37.000 Kommunen und 1.400 Präsidenten von Gemeindeverbänden zählen.

Zunächst möchte ich der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung für diese Initiative danken, die sich an die deutsch-französischen Aktionen vom März 2006 und an den Deutsch-Französischen Ministerrat vom letzten Oktober anschließt, aber gleichzeitig auch das Europäische Jahr der Chancengleichheit 2007 aufgreift. Dieser Austausch über ein Thema, welches im Zentrum der täglichen Arbeit unserer lokalen Verwaltungen angesiedelt ist, wird für die öffentlichen Vertreter eine große Bereicherung sein.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg für seine Arbeit und Unterstützung bei dieser Aktion zu danken.

Die Association des Maires de France unterhält schon seit einigen Jahren einen regelmäßigen Arbeitskontakt mit den ihr entsprechenden Vereinigungen in Deutschland: mit dem Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund und dem Landkreistag. Diese Kooperation findet zu aktuellen Themen wie Dienstleistungen, Zusammenarbeit zwischen Kommunen oder auch zur Agenda der Raumplanung – eine Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft – statt. Der lebhafteste Erfahrungsaustausch ist jedoch vor allem im Hinblick auf eine Kooperation der Kommunen auf europäischer Ebene wichtig, wenn es um das Thema der lokalen Selbstverwaltung geht, der die deutschen und französischen Bürgermeister sehr verbunden sind.

Über diese Zusammenarbeit auf europäischer Ebene komme ich zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit, das Teil einer Rahmenstrategie ist, die den erfolgreichen Kampf gegen Diskriminierung und die Wertschätzung der Vielfalt fördern soll. Die Förderung der Chancengleichheit wird von vielen französischen Gebietskörperschaften dazu genutzt, spezielle Aktivitäten zu organisieren. So wird z.B. in Paris eine Aktion gegen Rassismus und Xenophobie am Arbeitsplatz organisiert. Auch auf nationaler Ebene werden im Rahmen des Gesetzes zur sozialen Kohäsion Frankreichweit Maßnahmen zur Unterstützung der Chancengleichheit auf den Weg gebracht. Doch wie auch schon meine Vorredner erwähnten, bin ich überzeugt, dass die Kommune die richtige Stufe ist, um den Kampf gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit umzusetzen. Die Herausforderung für die lokalen französischen Bürgervertreter besteht darin, wirklich solidarische, lokal verwurzelte Projekte zu entwickeln, die den sozialen, wirtschaftlichen und städtischen Fortschritt in den sozialen Brennpunkten,

Städten und Ballungsgebieten verbinden. Projekte, die ein besseres Zusammenleben ermöglichen.

Bei all diesen Aspekten der Stadtviertelpolitik spielt die Bevölkerung eine herausragende Rolle. Die Stadtpolitik hat schließlich immer schon die äußerliche Aufwertung der problematischen Stadtviertel und die Wirtschafts- und soziale Förderung ihrer Bewohner im Auge gehabt.

Der Sinn, über diese Fragen nachzudenken, besteht darin, dass es keine Wunderlösung gibt. So unterstützt die Association des Maires de France diesen Erfahrungsaustausch guter Praxisbeispiele im Rahmen des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit. Beim letzten Kongress im November 2006 wurde das Thema im Bezug auf Zugangsmöglichkeiten zu Schulbildung und den schulischen Erfolg diskutiert. Im vorhergehenden Jahr stand die Lokalpolitik für einen Zugang von Jugendlichen zur Kultur im Mittelpunkt der Debatte. Und morgen früh werden wir uns in Arbeitsgemeinschaften weiter über unsere Erfahrungen austauschen.

Der Standpunkt der Association des Maires de France im Bezug auf Wohnung, Beschäftigung, und Zugang zu nationalen und lokalen öffentlichen Dienstleistungen, sowie auf neue Kommunikationstechniken ist es, die Chancengleichheit aller Bürger zu fördern. Dieser Standpunkt ist gleichzeitig auch der Grund, warum wir uns engagieren. Unsere Motivation zeigt sich schließlich in der Unterstützung, die wir einer Vielzahl von öffentlichen Initiativen, besonders Vereinen, entgegenbringen, sowie auch in der Förderung der Weiterentwicklung von Integration und Chancengleichheit, indem wir unsere Mitglieder, das heißt die Kommunen, Gemeindeverbände und Ballungsgebiete, auf Initiativen in diesem Bereich aufmerksam machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ansprache

Prof. Dr. Maria Böhmer

(Staatsministerin für Integration und Migration)

Sehr geehrter Herr Berg,
Herr Dr. Freudenberg,
Frau Bürgermeisterin Müller-Trimbusch,
Frau Sanchez-Schmid,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin diesmal ganz besonders gern nach Stuttgart gekommen, denn heute steht die Begegnung im Zeichen der Integrationsansätze, die wir vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Partnerschaft miteinander austauschen, und vor allem unter dem Vorzeichen, wie es gelingt, die Fragen der Integration im kommunalen Bereich weiter voranzubringen.

Integration ist in Deutschland wie in Frankreich – und wohl inzwischen in allen europäischen Staaten – eine der großen Schlüsselaufgaben der Politik. Dieses Thema bewegte uns bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt, welche Probleme sich für uns stellen. Wir sorgen uns darum, wie die Entwicklung in den schwierigen Stadtvierteln weitergeht und was wir für bessere Sprachkenntnisse sowie eine bessere Bildung der Kinder und Jugendlichen tun können, denn damit verbinden sich Zukunftschancen. In Zukunft müssen wir den Blick stärker auf die Potenziale richten, die sich mit der Integration verbinden. Das heißt auch, in der Vielfalt eine Bereicherung zu sehen, diese Vielfalt besser zur Geltung zu bringen und so für alle zu einem Gewinn zu machen.

Wie ist die Ausgangssituation in Deutschland? Was bedeutet es, dass 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land leben? Die Demographieforscher sagen uns, dass in wenigen Jahren in den großen deutschen Städten bei den unter 40-Jährigen jeder zweite aus einer Zuwanderungsfamilie stammt. Das schafft eine ganz andere Ausgangssituation für die Lösung der Integrationsfragen als noch vor wenigen Jahren und zeigt: Man muss sich dem Thema mit größter Intensität stellen. Integration müssen wir gemeinsam gestalten. Dies ist das Anliegen der Bundesregierung. Wir wollen

nicht länger über die Migranten reden, sondern mit ihnen! Dieser Grundgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alles, was seit dem vergangenen Jahr bewegt wurde, als die Bundeskanzlerin am 14. Juli zum ersten Mal zum Integrationsgipfel ins Bundeskanzleramt eingeladen hat.

Der Integrationsgipfel war der Auftakt für die Erarbeitung des „Nationalen Integrationsplans“, ein Vorhaben, das es in Deutschland noch nie gegeben hat und das auch für andere politische Prozesse beispielhaft ist. Denn wir verbinden in diesem Projekt alle politischen Ebenen, die nationale, die Länderebene und die kommunale Ebene, aber auch die Bürgergesellschaft und die Vertreterinnen und Vertreter der Migranten. Wir haben zehn Arbeitsgruppen eingerichtet, die jetzt kurz vor Abschluss ihrer Arbeit stehen. Bis Ende März werden alle ihre Ergebnisse vorgelegt haben, dann gilt es diese zu sichten und zu bündeln. Im Juli will die Bundeskanzlerin den „Nationalen Integrationsplan“ vorstellen.¹ Es ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben. Dann folgt die spannende Phase der Umsetzung. Hier wird es ganz besonders auf diejenigen ankommen, die im kommunalen Bereich Verantwortung tragen, denn Integration beginnt vor Ort und dort entscheidet sich auch, wie das Zusammenleben gelingt. Ich sage nicht, *ob* das Zusammenleben gelingt, denn es *muss* gelingen. Wir brauchen dieses friedvolle Miteinander!

Wir haben im Nationalen Integrationsplan deshalb eine Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“ eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat Querschnittscharakter und das Thema „Integration vor Ort“ wird von der Arbeit vieler anderer Arbeitsgruppen berührt, z.B. wenn es um den Erwerb der deutschen Sprache im Kindergarten geht, um bessere Bildung in der Arbeitsgruppe „Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt“, um die Rolle der Frauen in der Arbeitsgruppe „Frauenrechte“ oder um Kultur und Medien, Vereine und Verbände. Dies alles fokussiert und bündelt sich im kommunalen Bereich. Der Grundgedanke, dass Integration als eine große Querschnittsaufgabe zu begreifen ist, muss sich auch im kommunalen Bereich niederschlagen. Es kann nicht mehr sein, dass Integration nur in einem Aufgabenbereich der Kommune angegangen wird, sondern dieser Querschnittscharakter muss sich in

¹ Die Bundeskanzlerin hat am 12. Juli 2007 den Nationalen Integrationsplan vorgestellt. Er kann unter www.integrationsbeauftragte.de im Internet abgerufen werden.

der Kommunalpolitik insgesamt widerspiegeln und ich kenne inzwischen viele Kommunen, wo sich dies realisiert.

Ich möchte einen zweiten Aspekt nennen, der mir in diesem Zusammenhang wichtig ist. Das Gewicht der Integrationspolitik nimmt dann deutlich zu, wenn diese in der Kommune zur Chefsache wird, wenn die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister, wenn der Bürgermeister, der Landrat oder die Landrätin sagen, dass sie Integration als das große kommunalpolitische Zukunftsthema annehmen und zu ihrem Markenzeichen machen. Hier in Stuttgart denke ich an einen Satz des Stuttgarter Oberbürgermeisters, der mir nicht mehr aus dem Gedächtnis geht: „Wir sind alle Stuttgarter!“ Diese Einladung vom Stadtoberhaupt an alle Menschen, die in Stuttgart leben, dass sie dazu gehören, ist genauso ein Signal wie wenn die Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt willkommen heißt und sagt, dass wir die Entwicklung unseres Landes gemeinsam vorantreiben wollen.

Bei der Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans war es mir ein Anliegen, noch einmal dafür zu werben, dass Deutschland vom „Land der Integrationsprojekte“ zu einem Land mit einer Gesamtstrategie im Bereich Integration wird. Was die Kommunen betrifft, heißt das, dass wir wie auf der Bundesebene kommunale Integrationskonzepte brauchen. Es gibt einen Wettbewerb um erfolgsversprechende Konzepte, von dem wir alle profitieren. Ich weiß, dass Stuttgart, Wiesbaden, München, Hamburg oder Duisburg, aber auch kleinere Kommunen solche Konzepte vorgelegt haben. Sie sind sogar noch einen Schritt weitergegangen, indem sie gesagt haben, dass sie auch Integrationsindikatoren ermitteln und ein Monitoring durchführen wollen, um die Konzepte und politischen Ziele zu evaluieren.

Wir können aus guten Projekten und aus den Erfahrungen unserer Nachbarn lernen. Herauszufinden, wo gute und erfolgversprechende Ansatzpunkte sind, verbindet uns, wenn wir aus Frankreich und Deutschland zusammenkommen. Natürlich kann man nicht alle Projekte eins zu eins übertragen, aber man kann schauen, wo Projekte besonders gut gelungen sind und über deren Umsetzung nachdenken. Ein spannender Punkt ist sicher auch, die einzelnen Projekte stärker miteinander zu verbinden. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Gerade in unserem Land müssen wir den Erwerb der deutschen Sprache sehr viel stärker als in der Vergangenheit fördern, weil Kin-

der, die bei uns in die Grundschule kommen, oft noch nicht so gut Deutsch sprechen, dass sie dem Unterricht folgen können. Wenn wir die frühe Sprachförderung verstärkt im Kindergartenbereich verankern, müssen wir meines Erachtens ein zweites tun. Wir müssen uns auch bei den Müttern um den Spracherwerb kümmern. Viele Kommunen waren auch an dieser Stelle bereits aktiv und haben sogenannte „Mamakurse“ eingerichtet. Wo die Finanzen knapp sind, bemerke ich allerdings auch, dass Sparmaßnahmen ergriffen werden und dass solche positiven Entwicklungen möglicherweise gestoppt werden. Hier kann ich nur davor warnen, an falscher Stelle zu sparen, und darauf hinweisen, dass gerade diese Vernetzung des frühen Spracherwerbs im Kindergarten und der Einbeziehung der Mütter weiterführt.

Ein zweiter Bereich sind die Integrationskurse zum Erwerb der deutschen Sprache, die wir von Seiten der Bundesregierung auf den Weg gebracht haben – ein Projekt, das wir im Zuge der gesammelten Erfahrungen verbessern wollen. Auch die Integrationskurse gilt es nun, besser mit Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu vernetzen, denn der Spracherwerb ist wichtig, aber er reicht für die Frage der Integration nicht aus. Damit man nach den Sprachkursen, die sehr stark gefördert werden, auch einen Arbeitsplatz erhält, müssen wir vor Ort Verbundprojekte schaffen, im Rahmen derer Bildungsträger, Kommune und die Arbeitsagenturen besser zusammenarbeiten.

Ich möchte auch das Beispiel zweier großer türkischer Mediengruppen anführen, Hürriyet und Sabah, die die auflagenstärksten türkischen Zeitungen in Deutschland vertreiben.

Bei Hürriyet gibt es ein Projekt, das der Ausbildungssituation gewidmet ist und das sehr viele animiert, mitzumachen, wenn es um Ausbildung geht. Auf diese Weise wird auch vielen Eltern erst deutlich, wie wichtig Ausbildung in unserem Land ist. Auch die Vernetzung zwischen Ausbildung und Wirtschaft speziell mit Unternehmern ausländischer Herkunft ist eine Vernetzung, die wir durchführen können.

Ein anderes Projekt bringt Sabah gerade auf den Weg. Sabah wird jetzt für türkische Mütter einen Deutschkurs in der Zeitung verankern. Zielgruppe sind Frauen, die vor langer Zeit ihrem Mann nach Deutschland gefolgt sind, aber nie richtig Deutsch gelernt haben. Deren Töchter, die in Deutschland groß geworden sind, erfolgreich

die Schule absolviert haben und beruflich ihren Weg gefunden haben, wollen jetzt ihren Müttern helfen, endlich gut die deutsche Sprache zu beherrschen. Eine der jungen Frauen, die dieses Sprachangebot mitgestaltet, sagte mir, dass sie es früher mit einem Lächeln abgetan hat, als ihre Mutter ihr sagte, sie solle ihr doch einmal einen Satz übersetzen. Irgendwann aber merkte sie, welcher Wunsch und welches Anliegen ihrer Mutter eigentlich hinter dieser Bitte stand: nämlich teilzuhaben an dem Leben in unserem Land. Dass drei junge, türkischstämmige Frauen dieses Projekt in die Wege geleitet haben, hat mir große Hochachtung abgenötigt. Wir brauchen mehr solcher Mitstreiterinnen, erfolgreiche Migrantinnen und Migranten, die andere auf ihrem Weg unterstützen, denn sie können sich in deren Situation hineinversetzen. Wir brauchen Vorbilder und wir brauchen auch Unterstützung, gerade durch die Stiftungen. Deshalb freue ich mich sehr, dass die Robert Bosch Stiftung und die Freudenberg-Stiftung diese Initiative heute unterstützen.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Projekten mit Integrationslotsen, Stadtteilmüttern, mit Förderunterricht etc. Bei der Begegnung mit deutschen und französischen Jugendlichen beim Ministerratstreffen im letzten Jahr in Paris haben die Jugendlichen gesagt, dass sie gerne Bildungspaten haben wollen. In diesem Jahr werde ich dieses Projekt Bildungspaten in die Wege leiten. Vielleicht machen sich einige unter Ihnen als Mitstreiterinnen mit auf den Weg. Ein solches Netzwerk kann sicherlich zu einer Mobilisierung der Bürgergesellschaft beitragen, so dass wir in die Breite gehen können.

Ich will noch ein anderes Projekt ansprechen, bei dem die intensiven Kontakte zwischen Deutschland und Frankreich eine große Rolle gespielt haben. Mein Kollege Azouz Begag hat sich von Anfang an für die Charta der Vielfalt in Frankreich eingesetzt. Diese Charta der Vielfalt ist ein Projekt, das gerade im unternehmerischen Bereich verankert ist. Bei unserem letzten Treffen hat er mir mit großem Stolz gesagt, dass in Frankreich jetzt 3.000 Unternehmen unterzeichnet haben. Es war etwa die Zeit, als auch große deutsche Unternehmen, die international aufgestellt sind, auf mich zukamen und sagten, dass sie eine solche Charta der Vielfalt auch in Deutschland einführen wollen. Nun ist BP federführend, die Deutsche Bank ist genauso dabei wie die Telekom und DaimlerChrysler, und viele werden sich anschließen, um ein solches Projekt zu realisieren. Sie haben sich das

Ziel gesetzt, eine dreistellige Unternehmerzahl zu gewinnen, aber ich glaube, dass wir dem Beispiel Frankreich, wenn wir es vor Augen haben und alle Kräfte mobilisieren, folgen können und es schaffen, dass 3.000 Unternehmer mitmachen. Ich bin sehr für diese Charta der Vielfalt, habe sie für die Bundesregierung unterzeichnet und die Kanzlerin selbst hat die Schirmherrschaft übernommen.

Politische Verantwortung gemeinsam wahrnehmen – das heißt auch, dass Projekte stärker im kommunalen Bereich verankert werden, dass wir das Projekt „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und dass sich die Kommunen mit Hilfe der kommunalen Spitzenverbände mit Selbstverpflichtungen in den „Nationalen Integrationsplan“ einbringen. Ich habe gerade in der letzten Woche mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände gesprochen, des Deutschen Städtetages, des Landkreistages und des Gemeinde- und Städtebundes. Ich fand es hervorragend, dass Präsident Ude mir für den Deutschen Städtetag erklärte, dass die Hauptversammlung dem Thema Integration gewidmet sein wird. Das ist für alle im kommunalen Bereich ein wichtiges Signal. Es zeigt auch ein Stück Wettbewerb, denn die beiden anderen großen kommunalen Spitzenverbände haben sofort gesagt, dass sie wie der Deutsche Städtetag mit Selbstverpflichtungen beim Nationalen Integrationsplan dabei sein werden. Das ist ein Weg, den wir weiter vorantreiben wollen.

Auch in Europa wollen wir dieses Thema im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft voranbringen. Im Mai wird ein Treffen der Integrationsminister in Potsdam stattfinden. Im deutsch-französischen Austausch wurde bereits Grundlegendes erarbeitet und im Ministerratsdokument „Europa der Chancengleichheit: Integration ist Zukunft“ verankert. Dieses ist innerhalb eines Jahres mit Leben erfüllt worden und ich darf an dieser Stelle Ihnen, Herr Professor Baasner, sehr herzlich für Ihr großes Engagement danken. Sie haben zur Konferenz der Beispiele guter Praxis in Paris beigetragen und bringen wie heute viele aus dem kommunalen Bereich zusammen. Es gibt ein Netzwerk Brandenburg und Île de France. Sie haben auch den Bereich der Jugendlichen miteinbezogen.

Integration ist eine neue Themensetzung in den deutsch-französischen Beziehungen, die für ganz Europa beispielhaft sein soll. Inzwischen klopfen die Spanier an die Tür und andere Nachbarländer

haben ebenfalls gesagt, dass die Ergebnisse sie animiert haben, mitzumachen.

Deshalb sage ich, lassen Sie uns aufbrechen in ein Europa der Chancengleichheit, in ein Europa der Integration, und ich wünsche Ihnen viele Ideen, viel Mut für das Weitermachen, aber auch die Gewissheit, dass wir Integration gemeinsam bestreiten. Herzlichen Dank!

Thematische Einführung

Prof. Dr. Dieter Filsinger

(Katholische Hochschule für soziale Arbeit, Saarbrücken)

1.

Wir haben es in Europa faktisch mit multikulturellen Stadtgesellschaften zu tun. Ab- und Ausgrenzung, Inklusion und Exklusion, Integration und Desintegration sind deshalb Themen, die in diesem Zusammenhang zwingend aufscheinen. Aber diese Themen sind mitnichten migrationsspezifische Themen. Moderne Gesellschaften haben es nämlich beständig mit Integrationsproblemen zu tun, mit Fragen des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Vor dem Hintergrund von empirisch beobachtbaren Desintegrationserscheinungen und gesellschaftlichen Spaltungstendenzen ist diese Erkenntnis besonders herauszustellen. Integration ist zwar keine Notwendigkeit der Theorie, aber sehr wohl eine der gesellschaftlichen Praxis.

Die Eingliederung von Eingewanderten und ihrer Kinder ist eine Aufgabe, die vorrangig auf der lokalen Ebene, in den Städten und Gemeinden zu leisten ist, aber unter der Bedingung, dass diese auf die staatliche Migrations- und Integrationspolitik, die den rechtlichen Status der Zugewanderten bestimmt, und auf den Arbeitsmarkt einen aufs Ganze gesehen zu vernachlässigenden Einfluss haben. Rechtsstatus, Zugang zu Bildung, Arbeitsmarktintegration und Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen sind aber zentrale Parameter nicht nur für die Integration von Zuwanderern. Aber selbst wenn die lokale Politik Restriktionen unterliegt, kommt sie nicht umhin, die Folgen von Migrationsprozessen zu bearbeiten. Die Entwicklung und Implementierung von kommunalen Integrationspolitiken, nicht zu verwechseln mit kommunalen Ausländerpolitiken, ist eine unabweisbare und mittlerweile breit anerkannte Notwendigkeit. Eine ganze Reihe von Städten hat dies spätestens Ende der 90er Jahre erkannt, noch bevor die Selbstanerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsgesellschaft erfolgte und eine staatliche Integrationspolitik aufgerufen wurde (Filsinger 2002). Die Kommunen hatten und haben in erster Linie die Folgen des Fehlens einer ernsthaften Integrationspolitik abzuarbeiten. Im Kern kann es sich dabei zunächst nur um

eine „nachholende Integrationspolitik“ handeln (Bade 2007). Die „Bildungsarmut“ unter (jungen) Menschen mit Migrationshintergrund und deren prekäre Arbeitsmarktintegration (vgl. Gogolin 2000; Allmendinger/Leibfried 2003), die Tradierung von Integrationsdefiziten in bestimmten Stadtteilen und Quartieren, der steigende Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der jungen Bevölkerung, aber auch die Erkenntnis, dass Migrantinnen und Migranten eine bisher unterschätzte (ökonomische) Ressource im demographischen Wandel darstellen, unterstreichen diese Notwendigkeit.

2.

Von multikulturellen Stadtgesellschaften zu sprechen, heißt zunächst nichts anderes als eine empirische Tatsache zu formulieren. Diese Tatsachenbehauptung bedeutet aber keineswegs, normativ einem Multikulturalismus das Wort zu reden, d.h. einem Nebeneinander verschiedener Teilkulturen. Diese Modellvorstellung, die Gesellschaft von Kollektiven bzw. Ethnien und nicht von Individuen her denkt, erscheint aus verschiedenen Gründen nicht brauchbar. Moderne Gesellschaften verlangen nämlich eine „individuelle Integration.“ Überdies sind Gefahren einer ethnischen Segmentation bzw. einer ethnischen Schichtung nicht zu unterschätzen (vgl. Esser 2004). Schließlich ist die Politik des Multikulturalismus „grenzerhaltend“, was zumindest aus der Perspektive der Einwanderungsgesellschaft nicht wünschenswert sein kann. Angemessener erscheint die Vorstellung einer Einwanderungsgesellschaft, die jedem Gesellschaftsmitglied, jedem „Wohnbürger“ – unabhängig von Herkunft und Zugehörigkeit – individuelle Freiheit und Selbstachtung im Rahmen der demokratischen Verfassung und der in modernen Gesellschaften vielfältigen und widersprüchlichen Kultur eines Landes ermöglicht, wobei es Aufgabe des Staates ist, alle Menschen in die Lage zu versetzen, eine selbst bestimmte, für sie individuell angemessene und sozial anerkennungsfähige Lebensform bzw. -praxis zu finden (vgl. Brumlik 1999).

Zu erwarten ist von allen Zugewanderten, die auf Dauer bleiben wollen, die uneingeschränkte Zustimmung zur Verfassung. Kulturelle Werte dürfen in einer demokratischen Republik individuell interpre-

tiert werden. Der kulturelle Pluralismus wird durch die Verfassung und deren rechtliche und politische Ordnung begrenzt, muss aber gleichwohl integriert werden, u.a. durch die Teilhabe und Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder an norm- und wert bildenden Diskursen, wobei die bestehenden Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse und insbesondere Dominanzgesichtspunkte zu beachten sind.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, möglichst spannungsarme Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften, zwischen Einwanderungsminoritäten und der Majorität, sind dann am ehesten zu erwarten, wenn jedem Gesellschaftsmitglied eine ökonomisch gesicherte Existenz, in der Regel über den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit, eine selbständige Lebensführung und Chancen zur kulturellen Entfaltung ermöglicht werden. Oder anders formuliert: wenn jedes Gesellschaftsmitglied die Chance erhält, für seine Leistungen Anerkennung zu erhalten (Honneth 1994), die freilich über Politik nicht alleine bzw. nur in Grenzen herzustellen ist, was übrigens auch für Integration im Allgemeinen gilt.

Orientierungsfähig erscheint ein pragmatisch-pluralistischer Integrationsbegriff. Demnach geht es um die Einbeziehung (Inklusion) der zugewanderten Bevölkerung durch den ungehinderten Zugang zu und die gleichberechtigte Teilhabe der Migrationsbevölkerung an den ökonomischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Ressourcen der Gesellschaft und deren Teilnahme in allen Lebensbereichen. In diesem Zusammenhang ist zum einen zwischen Systemintegration (Einbezug in die Funktionssysteme der Gesellschaft) und Sozialintegration (Anerkennung von Zugehörigkeiten) und zum anderen zwischen struktureller und kultureller Integration (vgl. Hoffmann-Nowotny 2000) zu unterscheiden. Teilhabe und Teilnahme sind zunächst streng aus einander zu halten. Teilhabe wird ermöglicht durch Rechte, durch den Einbezug in die Funktionssysteme der Gesellschaft. Der Einbezug, die Inklusion in die Funktionssysteme der Gesellschaft verlangt zwar individuelle Anstrengungen und Leistungen. Letztlich werden Teilhabechancen über die Funktionssysteme vermittelt. Man kann sich nämlich nicht selbst einbeziehen (vgl. Hinrichs 2003). Der Blick ist demnach auf Zugangsbarrieren und Ausgrenzungsmechanismen zu richten. Teilhabe ist jedoch nur möglich über handlungsfähige Subjekte. Der Blick ist folglich auch auf die Motivationen, Aspirationen, Werthaltungen und vor allem auf die Kompetenzen der Indi-

viduen zu richten. Teilhabe hat also eine doppelte Voraussetzung: Teilhabechancen und Teilnahmefähigkeiten, was wiederum auf die Zentralität von Bildung verweist.

Für den Integrationsprozess gibt es keinen definitiven Abschluss. Individuen und Gruppen werden mehr oder weniger, allmählicher oder dynamischer, sanfter oder nachdrücklicher einbezogen bzw. im gegensätzlichen Fall ausgegrenzt (Hinrichs 2003, S. 13). Prozesse der Angleichung sind unvermeidbar und vollziehen sich auch faktisch, aber Integration kann sich darin nicht erschöpfen, sondern muss auch als möglicherweise konflikthafte Aushandlung einer Neustrukturierung begriffen werden. Eine „differenzempfindliche Inklusion“ (Habermas 1996) verspricht für die Migrationsbevölkerung erweiterte Chancen zur Partizipation an der Gesellschaft und für die Einwanderungsgesellschaft neue Ressourcen und Stabilität; freilich setzt eine neue Stabilität Leistungen der „Aufnahmegesellschaft“, institutionellen und gesellschaftlichen Wandel voraus.

3.

Wie müssen nun kommunale Integrationspolitiken beschaffen sein, die auf eine umfassende Teilhabe und Teilnahme, insbesondere von strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen, und auf die Stärkung des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts abzielen? Zu diesen benachteiligten Bevölkerungsgruppen gehören insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, wie uns die Daten zur Teilhabe an weiterführender Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit eindrucksvoll zeigen. Die Empirie lehrt uns ferner, dass die Migrationsbevölkerung keine homogene Gruppe darstellt. Vielmehr haben wir eine wachsende Diversifikation der Migrationsbevölkerung, die Vielfalt von Migrationsbiographien, von Migrantenmilieus und sozialen Lagen, von Akkulturationsprozessen, von Integrationsformen- und Verläufen zur Kenntnis zu nehmen.

Mittlerweile liegen eine ganze Reihe von Studien und Expertisen über kommunale Integrationspolitiken vor, die u.a. von Stiftungen, wie Freudenberg, Robert Bosch und Schader, initiiert bzw. gefördert wurden, und es erlauben, Anforderungen an und Perspektiven für eine kommunale Integrationspolitik zu formulieren. Diese Anforderungen sind zuletzt von der Bertelsmann-Stiftung im Nachgang des

Wettbewerbs „Integration ist kein Zufall“ zusammengefasst worden (Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Inneren 2005). Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (2005) hat die vorliegenden Arbeiten mit Hilfe von kommunalen und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aufbereitet und differenzierte Empfehlungen für ein kommunales Integrationsmanagement formuliert. Die in Rede stehenden Arbeiten, die den erfahrungsgesättigten Wissensbestand von Vorreiterstädten systematisieren und reflektieren, erlauben eine Modernisierung der kommunalen Integrationspolitiken und der Integrationsarbeit.

Integration muss – so eine zentrale Erkenntnis – nicht nur als ein gesamtgesellschaftliches, sondern vor allem auch als gesamtstädtisches Anliegen, als Querschnitts- und Daueraufgabe begriffen werden. Dafür braucht es eine lokale Agenda, ein Gesamtkonzept und eine abgestimmte Strategie, die nur durch eine Koordinierung mit den lokalen Akteuren zu erreichen ist. Nicht zuletzt bedarf es einer entsprechenden Ressourcenallokation. Solche Gesamtkonzepte einer „interkulturellen Stadtpolitik“ liegen mittlerweile in mehreren deutschen Großstädten vor. Diese Gesamtkonzepte sind das Ergebnis eines sehr langen, oft konfliktreichen und nicht abschließbaren Prozesses, mit Umwegen, Blockaden und Entwicklungssprüngen. Gemeinsam ist ihnen, dass die Adressaten kommunaler Integrationspolitik sowohl die Zugewanderten als auch die alteingesessene Bevölkerung sind, was auf ein multiperspektivisches Integrationsverständnis verweist. Entscheidend ist aber der erkennbare Deutungswandel bzw. Perspektivenwechsel. Dieser ist in dem *Potentialansatz* zu sehen, der insbesondere junge Migrantinnen und Migranten auch als (ökonomische) Ressource begreift sowie in der positiven Bewertung von kultureller Vielfalt zu sehen, wobei der anspruchsvollen Programmatik eine noch entwicklungsbedürftige Praxis gegenübersteht.

Mittlerweile gibt es einen erfahrungsgesättigten und empirisch fundierten Wissensbestand über die Voraussetzungen und die Prozessgestaltung von kommunalen Integrationspolitiken, man könnte sagen, über die Struktur- und Prozessqualität kommunaler Integrationspolitik und Integrationsarbeit. Dazu gehören insbesondere folgende Aspekte: Integration als Querschnittsaufgabe; strategische Steuerung, Monitoring, Evaluation und Controlling; Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement; Aufbau kommunaler Netz-

werke zur Unterstützung von Integrationsprozessen; Sozialraumbezug und Quartiersmanagement; interkulturelle Öffnung und Kompetenz von Verwaltung und Regelinstitutionen. Hierzu gehört u.a. die verstärkte Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund bzw. mit interkultureller Kompetenz, aber auch die Entwicklung interkultureller Managementkompetenz. Schließlich sehen alle fortgeschrittenen Konzepte eine Einbeziehung von und die streitbare Kooperation mit Migrantenorganisationen und deren reflektierte Förderung vor.

Neuere Befunde der Migrations- und Integrationsforschung sprechen vor allem dafür, die (Bildungs-)Biographien der jungen Migranten/innen sowie Geschlechter- und Generationenverhältnisse (stärker als bisher) zu berücksichtigen, Maßnahmen für junge Menschen gezielt nach Gemeinsamkeiten in der sozialen Lage zu konzipieren, Strukturfragen in den Mittelpunkt stellen, aber kulturelle Fragen nicht zu vernachlässigen und einen bewussten und sorgfältigen Umgang mit Differenz (differenzkritisch und dominanzempfindlich) im Sinne einer reflexiven Interkulturalität (vgl. Hamburger 2002) zu pflegen.

Kommunale Integrationspolitiken müssen sich auf Kernfragen der Integration konzentrieren: Sprache, Bildung und Qualifizierung, Übergang in den Beruf, Wohnen. Vergewissern wird uns der unaufhebbaren Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration, dann erscheint eine nüchterne und differenzierte Bewertung von Segregation und des community-building erforderlich und möglich. Zwar kommt es vor allem darauf an, „bonding-Netzwerke“ (verbindende Netzwerke) nachdrücklich zu fördern. Aber es bedarf zweierlei. Zum einen bedarf es für alle Gruppen in einem Gemeinwesen, d.h. auch und vor allem für die Zugewanderten, Bewegungsspielräume und Rückzugsmöglichkeiten, also „bridging-Netzwerke“; zum anderen bedarf es aber gleichzeitig öffentlicher Räume zwischen Gruppen und Kulturen, auch zwischen den Generationen, in denen Kontakt, Austausch und Arrangements zustande kommen können (vgl. Häußermann 1998). Was es braucht sind also entsprechende Gelegenheitsstrukturen, die einer entsprechenden „Interaktionspolitik“ bedürfen.

Kommunale Integrationspolitiken benötigen integrierte Konzepte und Strategien, die sowohl die ökonomische, als auch die kulturelle und soziale Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen bzw. Quartieren im Blick haben. Sozialräumliche Entwicklungsstrategien müs-

sen in erster Linie Strategien des Aufstiegs durch Bildung sein, die sowohl die schulischen und beruflichen Abschlüsse als auch die Kompetenzen vor allem der jungen Menschen im Blick haben. Man braucht also zunächst eine sozialräumliche Bildungsstrategie. Einzelne Maßnahmen, Initiativen und Angebote, wie etwa Sprachkurse, müssen in ein übergreifendes Konzept eingebunden sein. Der jüngste zwölfte Kinder- und Jugendbericht bietet mit seinem breiten Bildungs- bzw. Kompetenzansatz genügend Anregungspotential für eine solche Strategie, in dem er zwischen Bildungsorten und Lernwelten, zwischen formaler, informaler und informeller Bildung unterscheidet und eine wesentlich bessere Verknüpfung von Bildungsorten anmahnt. Insbesondere regt er an, Bildung weniger aus der Perspektive der Institutionen zu betrachten, sondern verstärkt die Bildungsbiographien, die Bildungsansprüche und die Bildungsbedingungen junger Menschen in den Blick zu nehmen, als Voraussetzung, um auch Benachteiligten Chancen auf eine individualisierende Bildung zu eröffnen. Die „echte“ Ganztagschule“ bzw. Ganztagsbildung, die Schulsozialarbeit/Schulsozialpädagogik aber auch die Jugendarbeit und die Familien mit einbezieht, werden zwingend zu Leitkonzepten. Frühe Sprachförderung, Familienförderung und Familienbildung erscheinen unverzichtbar. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die Übergänge vom Kindergarten in die Schule und von der Schule in Ausbildung bzw. in den Beruf und deren Begleitung. Aus dem Gesagten folgt, dass es vor allem darum gehen muss, die lokale Bildungsinfrastruktur zu qualifizieren. Das wiederum heißt, dass die unterschiedlichen Akteure im Bildungsgeschehen - gleich auf welcher Ebene sie agieren -, in eine gemeinsame und verbindliche Strategie eingebunden werden müssen. Die Bildungspotentiale in den Familien, in der außerschulischen Jugendarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sind dabei ebenso verstärkt in den Blick zu nehmen, wie die Handlungsspielräume der städtischen Schulträgerschaft.

Die Herausforderung für die lokale Ebene besteht vor allem darin, mit einem „Mehrebenensystem“ unterschiedlicher Zuständigkeiten und Domänen bezüglich Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung nicht nur zurecht zu kommen, sondern die Handlungsspielräume und die eigenen Kompetenzen entschieden zu nutzen, um eine eigene kommunale Strategie im Sinne einer „Mehrebenenpoli-

tik“ zu entwickeln und zu implementieren. Vernetzung ist dabei wohl ein (methodisches) Schlüsselkonzept. Wenn integrierende und integrative Ansätze eine Chance erhalten sollen, dann wird es vor allem um die Herstellung von Netzwerken mit dem Ziel des (interkulturellen) Wissens- und Kompetenztransfers gehen müssen: zwischen Jugendhilfe und Schule, zwischen Arbeitsagenturen/ARGEN und Migrationsdiensten, um nur einige wichtige Akteure zu nennen. Neben den bildungspolitischen, Jugendhilfeakteuren und Akteuren der Zivilgesellschaft, zu denen Migrantenorganisationen gehören, sind auch besonders die arbeitsmarktpolitischen Akteure gefordert. Es müsste schließlich im eigenen Interesse der Unternehmen und Betriebe sein, einen eigenen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Beschäftigung und Arbeitsmarkt zu leisten.

4.

Die vorliegenden Studien, Expertisen und die Wissensbestände lokaler Akteure erlauben es, die Voraussetzungen und Bedingungen für die Implementation einer interkulturell orientierten kommunalen Integrationspolitik genauer zu bestimmen. Kommunale Integrationspolitiken müssen „unterfüttert“ werden durch ein entsprechendes strategisches Management, wohl wissend, dass Integrationsprozesse, die ja auch Bildungsprozesse gelesen werden können, nicht wirklich steuerbar sind. Hierzu hat die KGSt (2005) mit Hilfe von Expertinnen und Experten jüngst eine instruktive Materialie vorgelegt. Für ein solches kommunales Integrationsmanagement bedarf es einer eindeutigen Option der kommunalen Politik und Administration; es bedarf ferner eines strategischen Konzepts für die Personal- und Organisationsentwicklung, das auch die Organisationskultur im Blick hat. Notwendig sind überdies institutionelle Vorkehrungen in Form von querschnittsorientierten Stabsstellen, die für die Umsetzung verantwortlich sind, und nicht zuletzt „intermediäre Instanzen“, die eine Brückenfunktion zwischen zugewanderter und alteingesessener Bevölkerung wahrnehmen. Schließlich ist eine Verbindung von „top-down“- und „bottom-up“-Strategien Erfolg versprechend. Was dringend angeraten erscheint, ist die Institutionalisierung von Reflexivität, d.h. die kontinuierliche Reflexion der Voraussetzungen, der Ambivalenzen, Widersprüche und Folgen dessen, was man tut.

Die in der EU in Fragen der Sozialpolitik entwickelte „offene Methode der Koordinierung“ erscheint auch für ein kommunales Integrationsmanagement perspektivenreich. Eine langfristige angelegte kommunale Integrationspolitik, die effektiv und effizient sein soll, bedarf einer kontinuierlichen Integrationsberichterstattung, eines Integrationsmonitoring, das die Evaluation von Programmen, Projekten und Maßnahmen einschließt. Eine solche Integrationsberichterstattung ist vom Zuwanderungsrat in seinem letzten Bericht ausdrücklich angemahnt worden (vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung 2004; KGSt 2006).

An Definitionen, die eine systematische, auf Dauer angelegte Beobachtung von Integrationsprozessen erlauben, wird gegenwärtig an verschiedenen Stellen gearbeitet. Die neuerdings zu beobachtenden Initiativen zur einer Integrationsberichterstattung sind der Erkenntnis geschuldet, dass das empirische Wissen über Integrationsprozesse und Integrationsergebnisse knapp ist, vor allem das Wissen über die Wirkungen von Politiken, Programmen und Maßnahmen. Jede Wirkungsmessung bedarf geeigneter Indikatoren, die im wissenschaftlichen, fachlichen und (kommunal-) politischen Diskurs ausgehandelt werden müssen, wenn deren Ergebnisse als Grundlage für praktische integrationspolitische Entscheidungen dienen sollen. Das Indikatortableau muss notwendigerweise die Perspektive der betroffenen Bevölkerung mit aufnehmen. Künftig zählt – politisch gewollt – auch in der Integrationsarbeit weniger der input bzw. der output, sondern vor allem der outcome bzw. der impact, d.h. das was für die Zielgruppen bzw. für die (Stadt-) Gesellschaft erreicht wird. In Worten des Qualitätsdiskurses: Nicht die Struktur- und die Prozessqualität alleine ist ausschlaggebend, sondern entscheidend ist die Ergebnisqualität.

Jede/r kundige Beobachter/in wird einräumen, dass ein solcher Perspektivwechsel dringend notwendig ist, auch wenn vor überzogenen Erwartungen an die Möglichkeit einer Wirkungsmessung zu warnen ist. Das Wissen über das Integrationsgeschehen ist zwar knapp, aber in vielen Bereichen ist das Wissen über Handlungsnotwendigkeit seit längerer Zeit vorhanden. Es besteht nämlich nicht nur ein Wissensdefizit, sondern auch ein Politikdefizit, wobei gleichzeitig daran zu erinnern ist, dass Integration über Politik nur begrenzt herstellbar ist. Eine evaluativ ausgerichtete Integrationsberichterstattung ist aber ohne Zweifel eine zentrale Voraussetzung für ein Erfolg versprechen-

des Integrationsmanagement, das mit Hilfe des Verfahrens der „offenen Methode der Koordinierung“ eine systematische, längerfristig ausgerichtete und auf Nachhaltigkeit abzielende kommunale Integrationspolitik erwarten lässt.

5.

Aber: Diese Aussage gilt nur unter Vorbehalt: Kommunale Integrationspolitiken brauchen zwingend einer der Integrationsaufgabe entgegenkommende staatliche und europäische Politik. Erforderlich ist vor allem eine Politik, die den Ungleichheitstendenzen im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt entgegenwirkt, also eine Sozialpolitik im umfassenden Sinne, die individuelle Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet, zumindest aber eine ökonomische und soziale Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen vermeidet.

Ohne die Stärkung der Inklusionsfunktion der Schule dürften die Beschäftigungsaussichten für die junge Generation alles andere als günstig sein. Angesichts des demographischen Wandels und der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und damit von Wohlstand von genügend gut ausgebildeten Menschen erscheint die gezielte Ausschöpfung des bis jetzt vom Schulsystem ungenutzten Qualifikationspotentials von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne wirkliche Alternative. Niedrige oder ganz fehlende Schulabschlüsse beeinträchtigen die Teilhabe- und Teilnahmemechanismen der „Migrationsverlierer“ an der Gesellschaft. Inklusionshilfe muss aber gerade von der Schule erwartet werden, weil diese zentral Aufstiegchancen eröffnet oder verschließt. Alle Maßnahmen, die der strukturellen Integration von Benachteiligten durch formalen Schulerfolg dienen sollen, müssen zugleich auf Gerechtigkeitsnormen aufrufen, die allein auf Dauer auch den sozialen Zusammenhalt gewährleisten und die Kosten des Auseinanderfalls der lokalen Gesellschaft begrenzen können (vgl. Radtke u a. 2005).

Für entschiedene und nachhaltige Investitionen in die Qualifikation von jungen Migrantinnen und Migranten und den Abbau von Zugangsbarrieren sprechen ökonomische Argumente (Humankapital) und gesellschaftspolitische Erwägungen. Die individuellen und gesellschaftlichen Kosten einer Ausgrenzung sind nämlich beträchtlich. Umgekehrt gilt, dass die Nutzung des Potentials von Migrantinnen

und Migranten ökonomischen Nutzen verspricht und dem Integrationsbedarf moderner Gesellschaften entgegenkommt (ebd.).

6.

Die Integration von Zugewanderten und ihrer Kinder ist eine Aufgabe, die Zugewanderte und Einheimische gleichermaßen betrifft. Die stellt vor allem eine Herausforderung für die Institutionen der Einwanderungsgesellschaft dar. Die Faktizität der Einwanderungsgesellschaft erfordert letztlich eine Transformation ihrer Institutionen, insbesondere der Schule aber auch der Verwaltung und der Sozialen Dienste, die dem sprachlich-kulturellen Pluralismus Rechnung trägt und den Zugang von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, – aber auch anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen –, zu Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen deutlich verbessert.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Städten ist freilich nicht nur eine staatliche und eine kommunale Aufgabe, sondern insgesamt als eine öffentliche, eine zivilgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Soziales Zusammenleben betrifft alle Bürgerinnen und Bürger. Sozialer Zusammenhalt ist letztlich eine Leistung der Gesellschaftsmitglieder, der erstritten sein will. Ohne freiwillige Anstrengungen von Zugewanderten und Einheimischen ist sozialer Zusammenhalt nicht zu haben. Die Stadtpolitik kann den Umgang zwischen Zugewanderten und Einheimischen nicht vorschreiben. Sie kann aber in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Bedingungen schaffen, unter denen die Selbstregulierung der Gesellschaft stimuliert, und unvermeidbare Verteilungs- und Anerkennungskonflikte auf zivile Weise ausgetragen werden können.

Ausgewählte Literaturhinweise

- Allmendinger, J./Leibfried, S. (2003). Bildungsarmut. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22, S. 12-18
- Bade, K. (2007). Integration: versäumte Chancen und nachholende Politik. Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23, S. 32-38
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005). Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

- Brumlik, M. (1999). Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften. In Kiesel, D./Messerschmidt, A./Scherr, A. (Hg.). Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, S. 17-36
- Esser, H. (2004). Welche Alternativen zur Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Bade, K./Bommes, M. (Hg.). Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge, Band 23, S. 41-59
- Filsinger, D. (2002a). Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der 90er Jahre. IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 13-19
- Gogolin, I. (2000). Minderheiten, Migration und Forschung. Ergebnisse des DFG-Schwerpunktprogramms FABER. In: Gogolin, I. /Nauck, B. (Hg.). Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske + Budrich, S. 15-36
- Habermas, J. (1996). Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Hamburger, F. (2000). Reflexive Interkulturalität. In: Hamburger, F. u.a. (Hg.). Pädagogische Praxis und erziehungswissenschaftliche Theorie zwischen Lokalität und Globalität. Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 191-200
- Häußermann, H. (1998). Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass“. In: Heitmeyer, W./Dollase, R. /Backes, O. (Hg.). Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben (S. 145-175). Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Hinrichs, W. (2003). Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Integrationschancen 1985 und 2000. SP I 2003 – 202. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung
- Hoffmann-Nowotny, H.J. (2000). Migration, soziale Ungleichheit und ethnische Konflikte. In: Gogolin, I. /Nauck, B. (Hg.). Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER . Opladen: Leske + Budrich, S. 157-178
- Honneth, A. (1994). Kampf um Anerkennung. Zur Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M.: Suhrkamp

- KGSt (Hg.) (2005). Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht 7/2005. Köln: KGSt
- KGSt (Hg.) (2006). Integrationsmonitoring. Materialien 2/2006. Köln: KGSt
- Radtke, F.-O./Hullen, M./Rathgeb, K. (2005). Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement. Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS). Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft. Forschungsberichte 6. Frankfurt am Main: Johann Wolfgang-Goethe-Universität
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004). „Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen.“ Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Berlin

Podium und Diskussion: Integration und Chancengleichheit - Herausforderungen und Lösungsansätze

FRANK BAASNER:

Einige der Begriffe hätte man fast dem französischen traditionellen Diskurs zuordnen können, wobei der Akzent auf der individuellen Integration liegt, dem *anticommunitarisme*, wie man das in Frankreich wohl nennen würde. Darunter versteht man den Versuch zu verhindern, dass sich kulturell definierte abgeschottete Gruppen bilden. Herr Filsinger, Sie haben den Schwerpunkt auf das gelegt, was man *méritologie* nennt und was in der Republik Frankreich sehr tief verwurzelt ist.

Sie haben auch eine Umschreibung dessen gegeben, was man auf Französisch – schwer ins Deutsche zu übersetzen – *citoyenneté* nennt. Wir sprachen vorhin darüber: Teilhabe/Teilnahme, wahrscheinlich eine Mischung aus beidem wäre so etwas wie *citoyenneté*. Schließlich haben Sie auch etwas betont, was Azouz Begag, der frühere französische Minister für Chancengleichheit, auch immer wieder sagt: „Kommt in meine *cit*, kommt in meine Vorstädte und schaut, was da für ein Potential ist“.

Szenenwechsel! November 2005: Deutsche Fernsehschirme voller aufwühlender Bilder. Nie wurde so viel über Frankreich berichtet wie zum Ausbruch der Vorstadtunruhen. Man hat sehr viel Feuerwehr gesehen, sehr viel vermeintlichen Aufruhr. In Frankreich natürlich ebenfalls, wo jedoch mehr und vielleicht auch differenzierter als in Deutschland diskutiert wurde. Wir haben in vielen Interviews versucht, den Blick der Deutschen ein wenig zu schärfen und deutlich zu machen, wovon wir eigentlich reden. Das war nicht immer leicht. Und natürlich wurde neben den Pariser Vorstädten häufig Südfrankreich angeführt. Es ist daher kein Zufall, dass wir heute auf unserem Podium die stellvertretende Bürgermeisterin aus Marseille haben. Das hat mehrere Gründe: Zum einen, weil Marseille eine Stadt ist, über die viel geredet worden ist, die viele Deutsche natürlich kennen, zum anderen jedoch ist Marseille eben eine der Städte, die entgegen der oft transportierten Vorurteile ein sehr kluges, schon lange gewachsenes Management zu genau der Frage hat, die uns hier beschäftigt. Ich freue mich deswegen sehr, dies aus erster Hand noch einmal erfahren zu dürfen. Frau Bürgermeisterin wird zunächst einmal das Ge-

samtkonzept vorstellen. In der Diskussion nachher können wir gerne einzelne Fragen weiter vertiefen.

MYRIAM SALAH-EDDINE

(Stellvertretende Bürgermeisterin, Marseille)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren Bürgermeister
oder Bürgermeistervertreter aus Deutschland oder Frankreich,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung und für die warmen Worte, die sie über meine Stadt, die mir sehr am Herzen liegt, finden. Ich spreche heute stellvertretend für den Bürgermeister Herrn Jean-Claude Gaudin.

Zunächst einige Informationen für diejenigen unter Ihnen, die Marseille nicht oder noch nicht kennen. Es ist die älteste Stadt Frankreichs, die auf 26 Jahrhunderte Geschichte zurückblicken kann. Marseille ist der wichtigste Hafen des Mittelmeers und gerade über diesen Hafen hat die Stadt auch die besondere Beziehung zu den Staaten auf der anderen Seite des Mittelmeers aufgebaut und beibehalten können, wobei ich die Maghrebstaaten besonders hervorheben möchte, deren Bevölkerung in Marseille stark vertreten ist. In diesen 26 Jahrhunderten Geschichte hat die Stadt erfolgreich verschiedene Migrationswellen aufgenommen. Angefangen mit den Italienern, den Griechen, den Spaniern, den Armeniern und den Einwanderern aus den Maghrebstaaten, bis zu der Bevölkerung aus Osteuropa, die in jüngster Vergangenheit nach Marseille kam. Migration ist ein Reichtum und die Vielfalt und Gemischtheit der schönen, multikulturellen Stadt ist der Grundstein unserer Gesellschaft.

Heute zählt die Stadt über 820.000 Einwohner. Trotz dieser bedeutenden Zahl ist die Stadt arm, denn mehr als die Hälfte der Bürger zahlt keine Steuern.

Von 1995 bis 1997 war unser Bürgermeister, Jean-Claude Gaudin, Minister für Raumplanung und Städte, was für Sie angesichts seiner Initiative als Minister zu den *Zones Franches Urbaines* (ZFU – steuerliche Freizonen) interessant ist. Marseille erhielt 1997 eine erste ZFU, die heute über 1.400 Unternehmen mit über 9.000 geschaffenen Arbeitsplätzen aufweisen kann und sich in den sogenannten *Zones*

Urbaines Sensibles (ZUS – benachteiligte Stadtviertel), in dem von Ihnen schon erwähnten Norden der Stadt, befindet. Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die Unternehmen einen von fünf Beschäftigten aus den Stadtvierteln einstellen, in denen sie angesiedelt sind. Mit Stolz blicken wir auf die Arbeitgeber in Marseille, die über die Anforderungen hinaus drei von fünf Beschäftigten aus benachteiligten Stadtteilen eingestellt haben. Dies ist sehr wichtig, denn, wie Sie schon sagten, ist Beschäftigung einer der Bestandteile von Integration.

Nach dem Erfolg dieser ersten ZFU hat unser Bürgermeister 2004 eine zweite durchsetzen können, was sehr selten ist für eine Stadt. Hier stehen wir noch am Anfang, der zudem schwieriger ist als im Norden, denn die Stadtviertel der neuen ZFU liegen näher am Zentrum der Stadt. Insgesamt bestehen mittlerweile 306 Unternehmen mit 847 Mitarbeitern.

Was die Arbeitslosenquote angeht, lag diese 1995 bei 21% und heute liegen wir bei unter 14%. Das mag wenig erscheinen, doch leider liegt die Quote im Vergleich zum nationalen Wert von 8% höher. Aber glauben Sie mir, dahinter stecken viele Bemühungen und Begleitung und wir sind stolz, dass die Arbeitslosigkeit in den schwachen Stadtvierteln im Norden stark zurückgegangen ist. Aber ich möchte nicht nur von den nördlichen Stadtteilen sprechen, die häufig hervorgehoben werden. Marseille befindet sich in einer Phase der Restrukturierung des Stadtgebiets, denn auch im Süden und im Stadtzentrum existieren Probleme. In diesen Teilen häufen sich bei einem Einkommen von 1.000 Euro Probleme, auf die ich später im Einzelnen eingehen werde.

Dabei spreche ich mit Absicht nicht von *Banlieue* (Stadttrandgebiet, Vorstadt), denn in Marseille sind die benachteiligten Stadtviertel in die Stadt integriert, sei es im Norden, Westen oder Osten. Alle sind Marseiller. Sie werden nicht wie in Paris „Neuf Trois“ (93)² oder „Quatre-vingt quinze“ (95) genannt, sondern sind Marseiller, auch wenn Probleme bestehen. Das ist, glaube ich, sehr wichtig für eine Stadt und ihre Bevölkerung: stolz ein Marseiller zu sein, wie wir es auch auf unseren Fußballklub „l'OM“ (Olympique Marseille) sind.

2 „Neuf trois“, wörtlich übersetzt neun drei, ist die gängige Bezeichnung für das Département Seine Saint-Denis mit der Nummer 93. Gleiches gilt für „quatre-vingt quinze“, wörtlich fünfundneunzig, die Nummer des Départements Val d'Oise.

Noch einmal: Marseille ist die Stadt der gesamten Bevölkerung, aller Bürger, egal aus welchem Viertel sie kommen.

Über dieses Muster der Stadt komme ich zu den unglücklichen Ereignissen, die Frankreich im November 2005 bewegt haben. Die Tatsache, dass wir keine *Banlieue* haben, führte dazu, dass es bei uns keine Krawalle gab. Frankreich stand mit negativem Bild da, wovon Marseille sich mit Bescheidenheit distanzieren konnte. Der Bürgermeister und die Bürgervertreter, denen ich angehöre, waren sehr wachsam. Wir haben uns während der Krawalle kaum geäußert und erst deren Ende abgewartet, als sich dann alle gefragt haben, warum es in Marseille nicht zum Aufstand kam. Ich glaube, dass der Grund dafür in unseren Bemühungen für Austausch und Dialog liegt.

Ich möchte Ihnen einige Probleme nennen, die allen benachteiligten Vierteln in allen Städten, vielleicht sogar in allen Ländern gemeinsam sind. Das fängt an bei wirtschaftlichen und sozialen Problemen, über die Wohnungssuche bis hin zu Umweltproblemen. Was die Wohnungssituation in diesen Stadtvierteln angeht, sind letztere oft im Stil der 60er Jahre gebaut und ich würde sogar sagen, dass man von echten Ghettos sprechen kann. Diese Gebiete erleben einen Anstieg von Unhöflichkeit und Pöbelei, von Gewalt gegenüber Personen und Verbrechen. All diese genannten Aspekte sind Teil der gesellschaftlichen Exklusion.

In Marseille versuchen wir dieser Herausforderung, wie ich schon erwähnte, durch Austausch und Dialog entgegen zu treten. Dies geschieht dank einer Reihe von verschiedenen Akteuren. Natürlich die Kommune, aber diese wurde von vielen Frauen und Männern, die tagtäglich, vielleicht ihr ganzes Leben lang, im Bereich von Integration und Chancengleichheit aktiv sind, erst auf den Handlungsbedarf aufmerksam gemacht. Deshalb kann man die Arbeit der Vereine nur wertschätzen und ehren. In Marseille gibt es über 2.000 Vereine, die sich ehrenamtlich in den 111 Stadtvierteln für ein besseres Zusammenleben engagieren. Das ist ein großer Reichtum für die Stadt, die den Vereinen ihrerseits mit insgesamt 55 Millionen Euro finanzieller Unterstützung bei der Realisierung ihrer Projekte hilft.

Die Projekte finden selbstverständlich als erstes im Bereich der Bildung statt. Der zweite Aktionsbereich sind dann die Familien- und Frauenpolitik, auf den ich ganz besonders achte, da ich für den Bereich Frauenrechte und Familienpolitik gewählt bin. Bei Familien mit

Migrationshintergrund stehen die Frauen häufig an letzter Stelle: Der Mann als Familienoberhaupt arbeitet und hat damit mehr Möglichkeiten zur Integration, das Kind kann sich in der Schule sozialisieren. Mittlerweile hat sich die Situation etwas geändert, denn die Frauen haben verstanden, dass sie sich um sich selbst kümmern müssen, wobei ihnen jetzt auch die hierfür notwendigen Instrumente zur Verfügung stehen. Ich werde noch darauf zurückkommen. In den dritten Aktionsbereich fallen schließlich Aktivitäten im Bereich Beschäftigung, unter anderem durch das neu geschaffene „Haus der Berufe“ in Marseille.

Für alle diese Aktionen existieren die *Contrats urbains de cohésion sociale* (Stadtverträge zur sozialen Kohäsion – *CUCS*), von denen auch Marseille einen unterzeichnet hat. Diese ersetzen die sogenannten *contrats de ville* (Stadtverträge), die vor über 25 Jahren ins Leben gerufen wurden. Dabei geht es um eine Kofinanzierung zwischen Staat, Stadt und FASILD (*Fonds d'action et de soutien pour l'intégration et la lutte contre les discriminations* – Fonds für Aktionen und Unterstützung der Integration und des Kampfs gegen Diskriminierungen, seit 2006 durch die *Acsé – Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances* – Nationale Agentur für soziale Kohäsion und Chancengleichheit). Dieser Vertrag läuft über sechs Jahre von 2007 bis 2012 und hat folgende Prioritäten: Wohnung und Lebensbedingungen, Beschäftigung, Eingliederung, Information, schulischer Erfolg, Gewaltprävention, Zugang zu Zivilrechten, Gesundheit und Kultur. Diese Ziele betreffen uns alle gemeinsam, so dass jeder seinen Beitrag dazu leisten muss, damit sich jeder Bürger unserer Stadt zugehörig und nicht alleingelassen fühlt.

Lassen Sie mich kurz auf das Thema Bildung zu sprechen kommen: Hier muss ich leider die vielen Jugendlichen erwähnen, die sich nicht bewusst sind, dass Schulbildung die Tür zur zivilen und rechtlichen Teilhabe, zu Identität und Bereicherung darstellt. Für sie existiert in Marseille die „Schule der zweiten Chance“. Dieses großartige Instrument wurde 1998 im Rahmen eines europäischen Projekts gegründet und wird von der Stadt, der Region, dem Departement, der Handelskammer sowie dem Europäischen Sozialfonds mitfinanziert. Seit 1998 wurden über 2.500 Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren aufgenommen, die überhaupt keinen Schulabschluss hatten. Innerhalb der zweijährigen Ausbildung haben sie die Möglichkeit, sich für

einen Beruf zu qualifizieren, wobei die Erfolgsquote bei 60% liegt. Die Schule ist in einem benachteiligten Viertel angesiedelt.

Beim Zugang zur Beschäftigung spielen weitere Akteure eine Rolle, wobei den Unternehmen eine entscheidende Bedeutung zukommt. In Marseille begleiten über 1.000 kleine, mittlere und auch große Unternehmen die Jugendlichen in einem Betreuungsprogramm. Sie betreuen die Jugendlichen mit viel Effizienz und Großzügigkeit. Ich möchte zwei neu dazugestoßene Unternehmen nennen, um Ihnen zu zeigen, dass das Niveau der möglichen Beschäftigung nicht nur für gering qualifizierte Personen da ist, sondern dass im Gegenteil auch Berufe der Spitzentechnologie sowie sehr spezifischer Bereiche vertreten sind. Es handelt sich um *EDF (Electricité de France)* und *Eurocopter*.

Ein weiterer wichtiger Aktionsbereich, der in Marseille existiert, ist im religiösen Spektrum angesiedelt. 1988 wurde unter dem Bürgermeister Robert Vigouroux der Verein *Marseille Espérance* gegründet. Dort sind alle elf Religionen, die es in Marseille gibt, über ihre Würdenträger vertreten. Dies ermöglicht einen besseren Dialog, was in einer Stadt wie Marseille wichtig ist, angesichts von Ereignissen, die sich zwar außerhalb abspielen, aber Auswirkungen auf die Stadt haben. Ich möchte angesichts der starken maghrebinischen Bevölkerung in Marseille und auch der präsenten jüdischen Bevölkerung beispielhaft den Konflikt im Nahen Osten nennen. Die Ereignisse dort dürfen das Zusammenleben in der Stadt nicht beeinträchtigen, wobei *Marseille Espérance* eine tragende Rolle spielt.

Schließlich möchte ich, bevor wir uns austauschen können und Raum für Ihre Fragen ist, das Thema der Neuankömmlinge ansprechen. Das wichtigste hierbei ist die Sprache. Wie Frau Bürgermeisterin Müller-Trimbusch erwähnte, ist das Problem in Deutschland, dass die jungen Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschen. Das ist in Frankreich, wo die Schulpflicht früher beginnt als in Deutschland, anders. Wir achten darauf, dass die Neuankömmlinge genauso wie die anderen Kinder aufgenommen werden, damit sie die Sprache lernen und sich integrieren können. Es gilt Stigmatisierungen, nur weil man von woanders stammt, in einem benachteiligten Viertel wohnt, oder eine andere Religion hat, zu vermeiden. Die Schule ist ein Ort der Sozialisation, an dem Kinder integriert werden sollten. Dazu einige Zahlen: In Marseille gibt es über 22.000 Schüler, die

nicht den vollständigen Betrag für das Essen in der Schule zahlen. Darunter befinden sich über 700 Neuankömmlinge pro Jahr. Außerdem achten wir darauf, dass letztere nicht alle in die gleichen Schulen gehen, sondern in alle Schulen von Marseille. So entsteht ein wichtiger Mix aus sozialen Schichten, Geschlechtern, Herkunft, Ethnien, über den wir in unserer Stadt eine gewisse Homogenität schaffen können.

Ich möchte damit schließen, dass all die sozialen und bildungspolitischen Aktionen über 20% des städtischen Budgets von Marseille betragen, welches sich auf 1,4 Milliarden Euro beläuft. Die Trümpfe der Stadt sind das Fehlen einer *Banlieue*, ein menschlicher und gemeinschaftlicher Reichtum durch die Aktivitäten der Vereine, ein wirtschaftliches Zentrum mit Öffnung zum Mittelmeer, ein Schmelztiegel, der seine Kapazitäten für Integration, soziale Assimilation und Solidarität bewiesen hat. Es ist der „Mehrwert“, der durch Migration entsteht, die tägliche Unterstützung aller Vereine, aber auch die ständige kulturelle Neuschöpfung, die innovativ ist und sich aus unterschiedlichen Kulturen speist. All dies ist nur möglich, weil wir alle in unserer Gesellschaft agieren und handeln, auf wirtschaftlicher, sozialer, kultureller sowie politischer Ebene.

Dort, wo administrative Hürden im Weg stehen, sollten wir uns nicht entmutigen lassen und nicht nebeneinander, sondern gemeinsam leben, weil wir uns nur so gegenseitig bereichern und die Intoleranz bekämpfen können, die Angst vor dem Anderen, weil er anders ist, die Stigmatisierungen. Wir in Marseille stellen uns gegen den Kommunitarismus und kämpfen dafür, dass sich jeder als Bürger dieser Stadt empfindet.

Die Alphabetisierung spielt dabei die entscheidende Rolle. Selbst ich, die ich heute hier bin, fühle mich nicht sehr wohl, weil ich die deutsche Sprache nicht spreche – welch ein Glück, dass wir die Konferenz durch Simultandolmetschung überhaupt abhalten können. So kann man sich jedoch sehr gut vorstellen, wie schwierig es für diejenigen ist, die von anderswo kommen und aus den verschiedensten Gründen mit diesen Unterschieden leben. Das ist für mich eines der Hauptanliegen, denen ich mich in meiner Arbeit zuwenden möchte: die Alphabetisierung von Kindern, Jugendlichen und Frauen. Ich selbst gehöre zu diesen Jugendlichen. Ich bin in Frankreich geboren. Ich habe Migrationshintergrund. Meine Eltern sind immigriert. Meine

Mutter ist seit über 40 Jahren in Frankreich. Heute gibt es mit dem *Contrat d'accueil et d'intégration* (Vertrag zur Aufnahme und Integration) in Frankreich ein großartiges Instrument, welches den Ankommenden 600 Stunden Sprachunterricht ermöglicht. Wenn dies für meine Mutter schon existiert hätte, würde sie heute so gut Französisch sprechen wie ich. Ich erzähle Ihnen all das lediglich, um zu veranschaulichen, dass alle Maßnahmen für Integration und mehr Chancengleichheit die Angelegenheit von jedem sind. Ich bin stolz, dass sich Marseille im Alltag dafür einsetzt, ganz einfach weil wir aufnehmen wollen, zuhören, informieren, orientieren, begleiten und versuchen, die Menschen nach oben zu ziehen, egal welche Schwierigkeiten dabei bestehen, damit wir alle Bürger dieser schönen Stadt Marseille sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

FRANK BAASNER:

Ich möchte die Diskussion noch nicht beginnen, weil Frau Müller-Trimbusch über Stuttgart reden muss, damit wir das Gehörte auch in Relation zur französischen Erfahrung setzen können. Aber ich halte schon einmal einige Punkte fest, die ich gerne nachher aufgreifen würde, auch im Gespräch mit Ihnen. Ich würde z.B. gerne noch mehr über die Dialogstrukturen erfahren. Es wäre interessant zu wissen und zu diskutieren, wie das praktisch organisiert ist. Und ich möchte auch erneut unterstreichen, dass es in Frankreich schon lange etwas gibt, was der deutschen Öffentlichkeit nicht so stark bewusst ist und was jetzt verstärkt aufkommt, nämlich sehr ausgeklügelte, komplexe Vertragswerke, die zwischen allen Verwaltungsebenen – vom Staat über das Département bis in die Kommune hinein – Gesamtkonzepte aufstellen, wie sich ein städtischer Raum entwickeln soll. Früher hießen diese Verträge *contrat de ville* und waren auf sechs Jahre angelegt. Seit letztem Jahr heißen sie nun CUCS (*Contrats Urbains de Cohésion Sociale*), worunter man „Stadtverträge für Sozialen Zusammenhalt“ versteht. Im Grunde genau das, was plötzlich dann die Integration, so wie wir das hier diskutiert haben, in den Mittelpunkt stellt. Das geht hin bis zur Kofinanzierung von vielen Programmen, die nicht alleine bewältigt werden können.

Stuttgarts Integrationskonzept ist häufig prämiert worden. Wir, die hier leben dürfen, kennen einiges davon. Diejenigen, die hierher ge-

kommen sind, sind neugierig zu hören, wie der Ansatz im Einzelnen funktioniert.

Gabriele Müller-Trimbusch

(Bürgermeisterin, Stuttgart)

Herzlichen Dank für die Einladung an die beiden herausragenden Stiftungen und da schließe ich gleich meine zwei Vorbemerkungen an. Vorbemerkung Nummer eins: Hätte man das umgesetzt, was diese Stiftungen uns seit 30 Jahren schon an Wissen ermöglicht haben, dann bräuchte man nationale Integrationspläne nicht mehr und man müsste auch keine Absichtserklärungen oder irgendwelche Chartas unterschreiben, welche längst obsolet wären, wenn man das durch die Stiftungen generierte Wissen in die Tat umgesetzt hätte. Punkt zwei: Viele Dinge machen wir in Stuttgart ähnlich wie in Marseille – ich werde diese Punkte nicht wiederholen, sondern nur zu den neuralgischen Punkten kommen, an denen noch viel nachzuarbeiten ist.

Die Kommunen finden sich häufig im Spannungsfeld zwischen nationaler Zuwanderungs- und Integrationspolitik und spezifischen lokalen Bedingungen, d.h. jede hat ihre eigene Struktur. Oft ist sogar davon die Rede, dass die Kommunen „die Last“ der Integration tragen und der lokale Integrationserfolg im Wesentlichen davon abhängt, inwiefern die Kommune bereit ist, ein eigenes lokales Handlungskonzept zu entwickeln. Mit solchen Formulierungen verbinden sich zwei weitere Erwartungen, die dann meist schnell in die Irre leiten.

Das erste ist, dass sich die nationale bzw. die europäische Ebene endlich stärker um Integrationsfragen bemühen soll. Da kann ich nur antworten, wenn wir darauf weiter warten, dann können wir noch ziemlich lange warten, denn gerade die nationale und internationale Ebene hat immer nur auf eins gewartet, nämlich, dass die Migranten oder die Zugewanderten heimlich endlich ihre Koffer unter dem Bett hervorholen und wieder gehen.

Zweitens: Die Kommunen sollen Integrationsprobleme vor Ort lösen. Das haben sie längst getan, als andere noch gar nicht wussten, wie das Wort Integration geschrieben wird. Beide Sichtweisen sind aber unvollständig, denn alle nationalen wie kommunalen Konstrukte sind voneinander abhängig, was die rechtlichen und sonstigen Struk-

turen anbetrifft. Und ich behaupte, die Thematik ist weder national noch kommunal begrenzt, sondern alle Fragen und Probleme und vor allem jede Entwicklung von Lösungsansätzen sind zunächst einmal eine Frage der Haltung gegenüber Neuem. Folgende Tatsachen müssen wir nun einmal zur Kenntnis nehmen: Ich halte Integration zunächst für einen Prozess, der vor allem auf der individuellen Ebene stattfindet. Letzten Endes können Anpassungsprozesse nur individuell erfolgen und zwar als Ausdruck und Produkt vieler Faktoren, bei denen auch Zufälle eine große Rolle spielen: Welche privaten und beruflichen Chancen sind zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt für den jeweiligen Menschen greifbar, wen lernt man nach seiner Ankunft kennen und welche sozialen Netzwerke findet man oder wozu hat man Zugang, welche Erfahrungen macht man im Aufnahmeland oder in der aufnehmenden Kommune und mit der Behörde und in welchem Verhältnis entstehen oder stehen Hoffnungen und Erwartungen an die Realität. Vor allem auch für die zweite und dritte Generation von Migranten spielen Fragen der sozialen Mobilität und der Größe sowie sonstigen Eigenschaften ihrer Migranten-*Communities* eine wichtige Rolle. Nicht zu unterschätzen sind natürlich auch die Motive für die Migration, weil sie sich nachhaltig auf ein persönliches integratives Verhalten auswirken. Es gibt eine neue Studie zur politischen Integration, die besagt, dass Zuwanderer mit vorwiegend ökonomischer Wanderungsmotivation die schlechtesten Perspektiven haben, weil sie auch nach vielen Jahren keine dauerhafte Bleibeabsicht entwickeln und die Integration in die hiesige Gesellschaft daher nicht als besonders wichtig erachten. Die besten Perspektiven haben dagegen Zuwanderer, die aufgrund von Krieg, Verfolgung und erlebter Unfreiheit zu uns kommen.

Und drittens: Ein längerer Aufenthalt kann nicht generell in Verbindung mit Integrationserfolg gebracht werden. Das bedeutet, wenn jemand zehn Jahre da ist, kann man nicht sagen, der muss doch schon viel besser integriert sein als jemand, der erst drei Jahre da ist; das Verhältnis ist sogar umgekehrt. Selbst die Mitgliedschaft in Organisationen verbessert die Integrationsaussichten nicht signifikant.

Und schließlich als vierten Punkt (ich zitiere immer noch aus dieser Studie): Staatliche Transferleistungen und Sanktionen können Integration weder erzwingen noch garantieren. Aus diesem Argument leitet sich schon eine der Grenzen für die Wirksamkeit kommunaler

Handlungskonzepte ab, denn diese Transferleistungen werden ja nicht von den Kommunen alleine gesteuert. Die Verantwortung für die Integration liegt eben auch auf Seiten der Zugewanderten und der aufnehmenden Menschen in einer Kommune, die mit den Zuwanderern spontan oder systematisch in Beziehung treten und wiederum aus ihrer Haltung heraus, diese Fremden, diese neuen Mitmenschen als Bereicherung zu empfinden.

Bezüglich der zentralen Rolle der Kommunen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten hat meine Kollegin schon sehr viel gesagt: Über das Thema Sprache, das Thema Schulsysteme, das Thema Vereine, etc. Ich glaube, dass Integrationserfolg stärker als bisher angenommen von lokalen Bedingungen abhängt. Selbst die EU hat sich diese Sichtweise zueigen gemacht und bezieht nun stärker kommunale Erfahrungen in ihren gemeinsamen Plan zur Migrationspolitik ein. An der Gestaltung dieser Bedingungen vor Ort können und sollen Migranten natürlich gemeinsam mit der Bürgerschaft, den kommunalen Entscheidungsträgern, den Vereinen, den Institutionen usw. zusammenarbeiten. Als unterste staatliche Ebene haben die Kommunen die größte örtliche und emotionale Nähe zu den Menschen, die in ihrer Stadt leben, und damit auch den größten Einfluss auf die lokalen Bedingungen. Die Erfolgsfaktoren der Stuttgarter Lösungsansätze zur Integrationspolitik sollen nachfolgend angeführt werden.

Obwohl der persönlichen Begegnung, dem bürgerschaftlichen Engagement und vielen sozialen Netzwerken hier ein sehr hoher – vielleicht der höchste – Stellenwert gebührt, möchte ich als Bürgermeisterin die Kommune als wichtigsten lokalen Akteur voranstellen. Wir haben zunächst ein Konzept entwickelt und politische Verbindlichkeit hergestellt, also Integration als Querschnittsaufgabe verankert. 2001 war Stuttgart eine der ersten Großstädte, die ein integrationspolitisches Gesamtkonzept entwickelt hat, um öffentliche und private Kräfte für die Integration in unserer internationalen Stadt zu bündeln. Dies wurde im Gemeinderatsbeschluss verankert, der am Ende eines unendlich langen, aber sehr schönen und erfolgreichen Diskussionsprozesses stand, mit Bürgern, mit Migrantenorganisationen und mit vielen Experten. Oberbürgermeister und Gemeinderat messen der Integrationspolitik mittlerweile einen sehr hohen Stellenwert zu. Ihr klares, öffentliches Bekenntnis zur Integrationspolitik als Schwer-

punktaufgabe und Chance stärkt natürlich den Stellenwert dieses Themas in der gesamten Kommune und schafft deshalb innerhalb der Verwaltung, innerhalb des Gemeinderats und natürlich damit auch in der Bevölkerung eine hohe Verbindlichkeit. Der hohe Stellenwert und die politische Verbindlichkeit wird nicht nur in der Bereitstellung relativ großzügiger Budgets für Sprachförderung und Integrationsarbeit sichtbar, sondern in der Symbolik und einem positiven, fremdenfreundlichen oder eher neugierigen Blick auf das Andere, auf das Neue und das, was man vielleicht miteinander gestalten kann.

Politisch begonnen hat in Stuttgart alles vor 35 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Ausländerausschuss gegründet, wo immer auch die (deutschen) Gemeinderäte beteiligt waren. Vor zehn Jahren wurde dieser Ausschuss zum internationalen Ausschuss umstrukturiert und umgewandelt. Das hat auch etwas damit zu tun, dass viele Mitglieder dieses Ausschusses inzwischen EU-Bürger und deswegen keine Ausländer in unserem Sinne mehr waren. Damit wurde auch der Perspektivenwechsel deutlich, den das neue Konzept einleitete. Die Internationalität einer Stadt gewinnt ein Stück mehr Normalität. Integrationspolitik ist also nicht mehr nur Ausländerpolitik. Das Zweite, was darin enthalten ist, ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Also Internationalität, Mehrsprachigkeit der Mitarbeiter, soziale Kompetenzen sowie interkulturelle Überschneidungssituationen, sind wichtige Qualitätskriterien für die Arbeit einer modernen Verwaltung, nicht nur weil die Einwohnerschaft immer internationaler wird. Eine Kommune ist ja auch Dienstleister und muss dabei für alle Einwohner quantitativ und qualitativ gleichwertige Dienstleistungen anbieten und eventuelle Zugangsbarrieren bestimmter Bevölkerungsgruppen feststellen und sofort abbauen, z.B. durch eine bessere Transparenz und Erklärung von Verwaltungshandeln, mehrsprachige Informationen (dies ist in Stuttgart Standard), Mitarbeiterschulung im Umgang mit dem Anderen und den Anderen. Ein ganz wichtiger Bereich war damals die Umstrukturierung der Ausländerbehörde, die sich fast als letzte dieser besonderen Schulung stellte. Nach dem Motto: „Gott erhalte mir meine Vorurteile, dann muss ich mich nicht ändern“ – eine bessere Verzahnung von Angeboten oder „One-Stop-Government“. Die Internationalität der Verwaltung ist auch ein wichtiger Standortfaktor, z.B. für ausländische Investoren, die uns Arbeitsplätze sichern, und wir wiederum bieten den ausländischen Investoren in dieser Stadt zu-

mindest 176 verschiedene Sprachen. Das ist auch ein Standortvorteil.

Worauf wir uns derzeit konzentrieren, ist auf das Thema Chancengleichheit: gleicher Zugang zu den Ressourcen, gleicher Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, gleicher Zugang zu allen Einrichtungen und Möglichkeiten. Entscheidend für uns ist die frühe Sprach- und Bildungsförderung im Kindergarten. Stuttgart hat Furore gemacht mit dem besten frühkindlichen Bildungskonzept in Deutschland, das bei uns „Einstein in der Kindertagesstätte“ heißt und aus einer Betreuungseinrichtung eine Bildungseinrichtung gemacht hat. Es gibt in diesen Kindertagesstätten keine Gruppen mehr, es gibt nur noch Räume, in denen man Erfahrungen machen kann. Die Kinder kommen morgens und entscheiden sich, wo sie gerne heute eine Erfahrung machen wollen. Die Erfahrungen können technischer Art sein, sie können musischer oder biologischer Art sein, wobei wir einen Raum für unsere Erzieherinnen reservieren, der damit gefüllt wird, wozu sie am meisten Lust haben. Das kann ebenfalls etwas Musisches, Handwerkliches oder sonst was sein. Kinder schrauben zum Beispiel drei Wochen lang eine Ziehharmonika auseinander, um herauszufinden, warum Luft Musik macht. Oder sie kümmern sich um den Flügel einer Libelle, sie beobachten Libellen, sie gehen auch mit Videogeräten und sonstigen Dingen (Digital-Kameras) ganz natürlich um.

Ich möchte nur eine kurze Geschichte von unserem Kultusminister erzählen, den wir davon überzeugen konnten, dass wir nicht ein schulreifes Kind brauchen, so wie er es sah, sondern eine kindgerechte Schule. Wir kamen in eine Kindertagesstätte – in der übrigens auch Schreibmaschinen stehen, wodurch die Kinder anhand der Symbolik von Straßenschildern Buchstaben identifizieren und dann erkennen, das ist ja ein A und das ein X – da fragte ein Kind kess: „Wie heißt du?“ Unser Kultusminister heißt Helmut Rau und er sagte: „Helmut.“ „Hm, schreibt man das mit H?“ „Ja.. „Das kann ich noch nicht. Ich geb’ dir ein A. Heißt du eben Almuth.“ Daraufhin sagte er erschrocken: „Sag mal, wie alt sind diese Kinder?“ „Drei.“ „Oh Gott, wenn die in die Schule kommen“. Ich antworte: „Ja, das wünsche ich euch.“ Die Kinder erleben in der Kindertagesstätte in einem ganz natürlichen Prozess, wie bereichernd und wie schön spielerisches Lernen ist. Wir haben teilweise Kindertagesstätten mit einem Migrantenanteil von 99 Prozent und diese Kinder, die so früh gefördert sind,

aber ihre kulturellen Fähigkeiten, ihre Qualitäten behalten – ob es das Essen ist, das Malen oder das Gestalten der Umwelt – diese Kinder erleben wir als unendlichen Reichtum.

Herr Filsinger hat das Thema Evaluation angesprochen. Das halte ich für ein ganz schwieriges Thema, denn die Konzepte, die bisher vorliegen, sind ausgesprochen kompliziert und eine Kommune möchte lieber etwas gestalten als Formulare ausfüllen. Da wäre ich für schöne Vorschläge, die handhabbar, praktisch und auch sinnvoll sind, sehr dankbar.

Ich komme nun zu dem letzten Punkt, zur Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zwar sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wir haben in Stuttgart das CLIP-Netzwerk „Cities for Local Integration Policy“ mit initiiert und ich halte das für eine sehr wichtige Plattform des Austausches miteinander und hoffe, dass wir uns dort öfter begegnen, und zwar nicht nur im deutsch-französischen Kontext, sondern natürlich auf internationaler Ebene mit allen anderen europäischen Städten.

Ich möchte noch etwas nachtragen: Die kommunalen Verantwortlichen inständig und dringend um Beendigung der ideologischen Debatten zwischen und innerhalb von Parteien über Assimilation oder Multikulturalismus, Separation und Segregation bitten. Ich möchte nochmals deutlich sagen, dass sich die Parteien, die sich über diese Dinge den Kopf zerbrechen, lieber um das kümmern sollen, was dringend auf der Tagesordnung steht, nämlich ausgrenzende und integrationsverhindernde Zuwanderungsgesetze. Ich denke auch zum Beispiel an das Bleiberecht für geduldete Ausländer, an das Ausländergesetz, das so viele Stolpersteine enthält, dass man als normaler Ausländer auf jeden Fall dort hängen bleiben kann, um dann (möglicherweise) wieder einen Grund zu Bestrafung oder Ausweisung zu haben. Ich halte diese relegierende, segregierende, separierende, selektierende Haltung für integrationshemmend und -verhindernd. Und darüber sollten sich die Nationalen oder meinetwegen auch die EU-Leute mal den Kopf zerbrechen, wie sie uns Kommunalen das Leben nicht mehr so schwer machen. Als letzten Punkt kann ich nur sagen: Schauen Sie auf den Mikrokosmos dieser wunderbaren Stadt mit 176 Nationen, 176 Sprachen, 176 Religionen. Sie – und das ist die klare Verkündigung aller Akteure in dieser Stadt – sie alle sind das Salz unserer Stadt, auf das wir unendlich stolz sind.

Ein weiteres wichtiges Thema ist auch für die nationale Ebene bzw. die Landesebene das Thema Schule. Wir beginnen in den Kindertagesstätten, die Kinder nach ihren Ressourcen zu beschreiben und versuchen, Konzepte zu entwickeln, wie wir von A nach B gemeinsam kommen. Kaum kommt ein Kind in die Schule, wird es wieder an seinen Defiziten beschrieben und ausgegrenzt. Ich halte die Schule wirklich für die letzte Bastion in unserem Land – von der Universität ganz zu schweigen – und ich bitte Sie dringend: Lassen wir uns das nicht gefallen, dass wir versuchen, einen nationalen bzw. kommunalen Integrationsplan umzusetzen – erfolgreich und miteinander, um dann zu erleben, dass andere Systeme nur durch Aufpöppelung von Schulsozialarbeit und additiven anderen Konzepten überhaupt existenzfähig und daseinsberechtigt sind. Ich halte das jetzige Schulsystem für nicht unbedingt kompatibel mit unseren Absichten.

Diskussion

FRANK BAASNER:

Es sind sehr viele Dinge angesprochen worden, die wir in unserer Diskussion aufgreifen können. Ich möchte aber nahe legen, das Thema Schule (vor allem im Kleinkindalter) und auch die Thematik Ausbildung/Übergang in den ersten Arbeitsmarkt vielleicht nicht als Erstes zu diskutieren, weil wir das morgen in zwei Arbeitsgruppen sehr detailliert tun werden: sowohl das Frühkindliche mit unserer großen Problematik Kindertagesstätten, wo wir von Frankreich vielleicht doch einiges lernen können, und auf der anderen Seite die Frage nach der Verbindung von Schule und Beruf. Auch da liegt vieles im Argen im System, wo man sicherlich auf beiden Seiten etwas verbessern kann. Meine Bitte an Sie wäre daher, vielleicht zunächst einmal die generellere Diskussion fortzuführen zur Frage, was heißt Partizipation im kommunalen Raum, wie müssen Verwaltungen aufgestellt sein. Ich bitte Sie, Fragen an die drei Referenten zu stellen, oder aus Ihrer eigenen Erfahrung aus Ihren kommunalen Zusammenhängen ergänzend zu berichten.

DORIS NAHAWANDI, *Beauftragte für Integration und Migration beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin:*

Ich würde gerne von beiden kommunalen Vertreterinnen hören, was aus ihrer Sicht die Kommune zur Antidiskriminierungsarbeit und -politik beitragen kann oder ob das aus Sicht der Vertreterinnen keine kommunale Aufgabe ist.

GABRIELE MÜLLER-TRIMBUSCH:

Unsere Antwort lautet, z.B. in der sogenannten Städtischen Wohnungspolitik nicht so etwas wie Kreuzberg zu schaffen, sondern bei uns gibt es maximal 20 Prozent Ausländer in jedem Gebiet, also keine kompakte Enklave einer bestimmten Nationalität. Ein zweiter Weg ist, grundsätzlich bei Neubesiedelung Wohnungen freizulassen, für eine gemischte Belegung zu sorgen und dafür, dass sich die Menschen kennen lernen. Das Thema Diskriminierung tritt gar nicht auf in dem Moment, wo sich Leute kennen, weil es ihnen egal ist, woher sie kommen, Hauptsache sie können zusammen etwas gestalten. Wir gehen von einem anderen Ansatz aus.

MYRIAM SALAH-EDDINE:

Wichtig ist es auch, Leute gleicher Herkunft nicht mehr in den gleichen Vierteln unterzubringen. Wir gestalten unsere Stadt Marseille im Moment neu. Es wurden neue Einrichtungen geschaffen und Verkehrsmittel angelegt, wie z.B. eine Straßenbahnlinie, die in wenigen Monaten eingeweiht werden wird, damit sich die Jugendlichen aus den über 111 Stadtteilen treffen können. Bisher treffen sich im Stadtzentrum lediglich die Leute aus den Vierteln im Norden, Süden und Westen, doch wir möchten, dass das Stadtzentrum jenes von allen wird und sich die Leute nicht in ihre Viertel zurückziehen. All dies trägt zu unserem Kampf gegen Diskriminierungen bei.

Ich könnte das in Bezug auf die Angestellten im öffentlichen Dienst noch weiter ausführen. Dort gibt es eine immer größere Vielfalt. Die Stadt will ein Spiegelbild ihrer Bürger sein, die aus vielen verschiedenen Ländern kommen. Integration und Chancengleichheit werden bei uns so im Alltag sichtbar. Trotzdem halte ich es für wichtig, besonders die Erfolge vor Ort hervorzuheben.

Wenn man in Marseille von den Vierteln im Norden spricht, bezieht man sich oft auf den weltberühmten Zidane, aber unsere Kinder

sind nicht alle wie Zidane. Es ist sehr wichtig, die Arbeit der jungen Leute aus diesen Vierteln wertzuschätzen, die es geschafft haben, sich selbständig zu machen, die Führungskräfte in Unternehmen sind, oder die, wie ich, politisch aktiv sind. Denn nur durch diese Art von Aktivitäten schafft man es, die Unterschiede, die durch die Herkunft entstehen, zu überbrücken.

FRANK BAASNER:

Eine Ergänzung zu diesem Punkt: Wir werden morgen in der Arbeitsgruppe 2 ein Beispiel von einer kommunalen Vernetzung haben, von einer Struktur, die die Stadt genauso einbindet wie die Schulen und die Unternehmen und wo es genau um Antidiskriminierungsstrategien geht. Es handelt sich um die *Fondation Face* aus Lille. Also wenn Sie morgen in die AG 2 kommen, werden wir das auf jeden Fall am Beispiel von Lille vertiefen können.

KIRGIANE-EFREMIDIS, *Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration von Ausländern in Weinheim:*

Ich hätte eine Frage bezüglich der Partizipation und zwar der politischen Partizipation. Da würde ich gerne von der Frau Bürgermeisterin von Marseille wissen, wer bei Ihnen an den Kommunalwahlen teilnehmen darf. Dürfen das auch die normalen Migranten oder müssen sie erst eingebürgert werden? Und die Frage an Frau Müller-Trimbusch: Wie viele ausländische oder Migranten-Stadträte gibt es in Stuttgart? Unser Problem ist, dass wir in unseren Kommunen immer einen hohen Migrantenanteil haben, aber nicht alle Migranten aus Europa sind. Das bedeutet, dass ein großer Teil von vornherein ausgeschlossen ist, aktive politische Teilhabe auszuüben. Und das führen wir dann auch darauf zurück, dass sie sich von vornherein ausgeschlossen fühlen und nicht mitarbeiten.

MYRIAM SALAH-EDDINE:

Gerne möchte ich auf die Frage zu den Wahlen eingehen: In Marseille, wie in ganz Frankreich, müssen die Wähler französische oder europäische Staatsbürger sein. Dies ist eine Frage, die im Moment alle politischen Parteien beschäftigt, ob die Einwanderer, die Ausländer, also diejenigen, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Frankreich haben, nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen könnten. Hier ist noch

keine Entscheidung gefallen, aber die erste Einwanderungswelle fand bereits vor mehr als 30 oder 40 Jahren statt und diese Leute kennen Frankreich, denke ich. Ich antworte Ihnen hier nicht als stellvertretende Bürgermeisterin von Marseille, sondern als Staatsbürgerin. Ich denke, dass man diesen Schritt wagen und diesen Menschen, die sowohl das Land als auch die Funktionsweise einer Gemeinde kennen, ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene geben könnte. Denn, wie schon gesagt, die Kommunen und ihre Bürgermeister sind nah am Leben der Bürger und deshalb können die Bürger, egal ob nun Franzosen oder Ausländer, bei den Kommunalwahlen über die Geschehnisse vor Ort mitentscheiden.

GABRIELE MÜLLER-TRIMBUSCH:

In Stuttgart hat es dazu auch eine Entwicklung gegeben. Ich hatte ja kurz erzählt: Erst gab es einen Ausländerausschuss vor 35 Jahren, in dem saßen 15 ausländische Menschen und 16 Deutsche. Das fanden manche sehr komisch, aber das hat einen guten Hintergrund. Dadurch erfuhr der Gemeinderat immer „von den Ausländern, wo der Schuh drückt“. Ich kann sagen, in 30 Jahren oder in 25 Jahren Existenz Ausländerausschuss ist nicht ein Änderungsvorschlag der Ausländer aus dem Ausländerausschuss vom Gemeinderat abgelehnt worden. Dann wurde daraus ein internationaler Ausschuss. Das lag schon daran, dass die Griechen, Italiener, die Franzosen alle EU-Bürger wurden und damit keine Ausländer in unserem Sinne mehr waren. Übrig blieben türkische Menschen und die drei jugoslawischen Ethnien (Bosnier, Serben und Kroaten). Das heißt, heute sitzen dort all die, die nicht über die EU-Mitgliedschaft im normalen Gemeinderat sitzen können. Wir haben derzeit im Gemeinderat ein Mitglied mit türkischem Hintergrund und deutschem Pass und wir hatten bisher einen Italiener, also einen Deutschen mit italienischer Herkunft. Wir differenzieren da gar nicht mehr so. Im Übrigen: Jener Türke schnitzt die besten Schwarzwälder Fasnet-Masken.

DIETER FILSINGER:

Vielleicht einen kleinen Kommentar, eine kleine Replik zu Ihrer Frage der Evaluation. Man braucht natürlich auch ein paar Anhaltspunkte dafür, welche Strategien erfolgreich sind und woran man Integration messen will. Und ich denke, dass die Partizipation ähnlich wie auch

die Frage, in welcher Weise die Zugewanderten und ihre Kinder in diesen wichtigen Positionen vertreten sind, wichtige Indikatoren für Erfolg sind. Da muss man aber sagen (ein Kommentar zu Stuttgart), dass das insgesamt doch eher noch sehr bescheiden aussieht. Das heißt, wir haben vor allem in Führungspositionen keine wirklich signifikante Repräsentanz. Und das gilt auch für die Gemeinderäte. Die Frage ist ja nicht, welche Ausschüsse es gibt, sondern letztlich würde ich es auch daran messen, ob zumindest über die Zeit hinweg der Anteil wirklich signifikant wächst. Wir haben ja bereits festgestellt, dass sich da relativ wenig getan hat. Und ich denke, dass man an den Punkten auch genauer schauen muss, wo die harten Aspekte von Integration liegen und da sind die politische Partizipation, die Bildung und der Arbeitsmarkt zu nennen.

FRANK BAASNER:

Azouz Begag sagt immer wieder: „Il faut banaliser la diversité“, d.h. wir müssen dahin kommen, dass die sichtbare und hörbare Vielfalt unserer Gesellschaft, dass die Diversität einfach so banal wird, dass das nicht mehr zählt. Davon sind wir aber noch weit entfernt.

GILLES KUNTZ, *Stellvertretender Bürgermeister, Grenoble*:

Ich möchte zwei Dinge hervorheben. In Grenoble haben wir 1999, also vor acht Jahren, einen Ausländerbeirat gegründet. Er soll denjenigen eine Stimme geben, die ihre Meinung nicht auf dem Stimmzettel ausdrücken können, also den Ausländern aus Nicht-EU-Ländern. Dieser Ausländerbeirat kann vom Bürgermeister zu bestimmten Fragen der Kommunalpolitik zu Rate gezogen werden und er kann dem Gemeinderat Vorschläge machen. In seinen Vorschlägen hat sich der Ausländerbeirat vor allem für das Wahlrecht für ausländische Einwohner ausgesprochen und hat eine jährliche Abstimmung unter den Bürgern von Grenoble initiiert, die wir nun durchführen: „Seid ihr für oder gegen das Wahlrecht der ausländischen Bürger?“. Dies ist zwar keine offizielle Abstimmung, aber sie hilft, Leute für das Thema zu mobilisieren. Ich denke, dass dieses Wahlrecht sehr wichtig ist und ich bin glücklich, dass meine Kollegin aus Marseille, auch wenn wir nicht von der gleichen Partei sind, sich dafür ausgesprochen hat, wenn auch nur persönlich. Ich hoffe, dass ihre Partei dies auch offiziell tun wird, denn diese Forderung ist weder links noch rechts, diese

Debatte muss durch alle Parteien gehen, es handelt sich um eine demokratische Grundfrage. In Grenoble haben wir zum Beispiel ein Kolloquium organisiert und dort hat uns ein Schweizer von der „radikalen Partei“ erzählt, warum er für dieses Wahlrecht gekämpft hat. Ich habe ihn gefragt: „Wo ist die „radikale Partei“ einzuordnen?“ und er hat geantwortet: „Wir stehen der UMP nahe.“ Das hat mich sehr beunruhigt, aber seine Einstellung war einwandfrei: Das Wahlrecht ist ein Grundrecht und ein Erfordernis der Demokratie, es muss durchgesetzt werden.

Man darf nicht vergessen, wenn man von Diskriminierung spricht, dass es sich dabei um ein Delikt handelt. Und wenn Unternehmen Leute aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Namens ablehnen, wie es momentan Umfragen zufolge der Fall ist, dann wird dies bestraft. Es ist also sehr wichtig, dass Unternehmen die Charta der Vielfalt unterzeichnen, aber es ist noch wichtiger, dass sie sie auch anwenden und damit die Vielfalt in unserer Gesellschaft in die Unternehmen übertragen.

MYRIAM SALAH-EDDINE:

Was die Frage der Diskriminierungen angeht, haben wir heute in Frankreich verschiedene Instrumente. Nämlich die *HALDE (Haute Autorité pour la Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité* – Hohe Behörde für den Kampf gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit) und den Hohen Integrationsrat (*Haut Conseil à l'Intégration* – HCI). Ich kenne mich auf diesem Gebiet aus, weil ich selbst Mitglied des Integrationsrats bin. Dies sind sehr gut funktionierende Instrumente, die eine Antwort auf die vielfältigen Diskriminierungen geben, denen die französischen Bürger heute begegnen müssen.

Um zu den politischen Unterschieden zurückzukommen: Frankreich steht kurz vor den Wahlen, was, wie ich denke, jeder weiß. Ich bin ebenfalls, wie Sie bereits sagten, der Meinung, dass dieses Thema über die politischen Lager, über Linke, Rechte, Zentrum und Grüne, hinweg wichtig ist, denn es handelt sich wirklich um eine gesellschaftliche Grundsatzfrage, denn wir kämpfen für die *citoyenneté* und für die Anerkennung des menschlichen Wesens. Es ist richtig, dass ich, wegen der Wahlen, in meinem eigenen Namen gesprochen habe, aber ich denke, dass unsere beiden Parteien in der Lage sind, sehr schnell zu entscheiden.

FRANK BAASNER:

Ich gebe gleich das Wort weiter, möchte aber noch zur Erklärung dieser HALDE, die jetzt zweifach genannt wurde, etwas sagen. Auf Französisch heißt das: *Haute autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité* (Hohe Behörde für den Kampf gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit). Das ist die Umsetzung einer Europäischen Direktive. Deutschland hat sie nach langer Debatte auch umgesetzt. Der erste Versuch war gescheitert, dann waren Wahlen, eine andere Regierung, die Große Koalition, und diese hat dann doch etwas gemacht. Es handelt sich heute um ein kleines Unterreferat im Familienministerium, d.h. es ist nicht so sichtbar positioniert wie in Frankreich, was sehr interessant ist. Da kann man nur sagen: Kompliment für den Mut, dieses Thema so hoch zu positionieren. Und dieser Begriff HALDE ist jedem Franzosen, der Zeitung liest, mittlerweile klar.

CLAUS PREIBLER, *Beauftragter für ausländische Einwohner der Stadt Mannheim:*

Die Stadt Mannheim war auch beteiligt an dem Projekt der Schader-Stiftung zum Thema sozialräumliche Integration. Und ein wesentlicher oder vielleicht der zentrale Satz in diesem Projekt war der, dass die ethnische Verdichtung von Stadtvierteln *per se* kein Problem sein muss, dass sie im Gegenteil sogar integrationsfördernd sein kann. Diese These wurde bundesweit sehr hitzig diskutiert und ich würde gerne die Frau Bürgermeisterin aus Marseille fragen, ob Sie Erfahrung haben: Gibt es ethnische Verdichtung? Sie haben sehr klar gesagt: Wir haben keine *banlieues* in Marseille. Gibt es Viertel mit ethnischer Verdichtung? Und welche Strategien haben Sie? Wird das gefördert? Wird versucht, diese Verdichtung aufzuweichen? Ich bin der Meinung, in Deutschland gibt es keine Parallelgesellschaften. Dieser Begriff fällt immer sehr schnell und wir müssen darauf achten, dass ethnische Verdichtung nicht zusammengeht mit sozialer Benachteiligung. Dann werden Stadtviertel tatsächlich problematisch. Und mich würde einfach interessieren, wie Sie mit diesem ethnischen Verdichtungsphänomen umgehen.

JEAN-CLAUDE TRIBOLET:

Ich habe eine Frage, die sich vor allem an Herrn Professor Baasner richtet, da ich in letzter Zeit die Situation in Deutschland etwas aus den Augen verloren habe. Wie ist die aktuelle Diskussion zur Integrationspolitik in Deutschland? Hat sich in den letzten Jahren in Bezug auf das Staatsbürgerschaftsrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft etwas getan?

HÉLÈNE SCHUNK, *Beauftragte für Internationale Beziehungen bei der Stadt Rüsselsheim:*

Meine Frage wird vielleicht etwas komisch erscheinen. Sie richtet sich an die Bürgermeisterin von Marseille und auch an Frau Müller-Trimbusch aus Stuttgart. Wir haben zur Zeit eine große Diskussion in Rüsselsheim, weil unser Ausländerbeirat gegen die Eröffnung einer privaten Internationalen Schule in Rüsselsheim protestiert. Haben Sie in Marseille und in Stuttgart viele Privatschulen?

AZIZE TANK, *Migrantenbeauftragte beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin:*

Ich hätte gerne Frau Müller-Trimbusch eine Frage gestellt. Sie haben tolle Projekte, insbesondere im Kindergarten. Wie werden diese Projekte finanziert? Haben Sie im Haushalt ein extra Budget für Integration? Außerdem haben Sie von den mehrsprachigen Informationsblättern gesprochen. Meistens heißt es bei den Verwaltungen, wenn man so etwas verlangt: „Amtssprache ist Deutsch“. Und in den „Kitas“ wird sehr oft gesagt, ob die Mütter Deutsch können oder nicht: „Sprechen Sie bitte mit Ihren Kindern Deutsch!“ Wie läuft das in Stuttgart?

GABRIELE MÜLLER-TRIMBUSCH:

Das waren zwei Fragen. Die eine ist, wie viele Privatschulen wir in Stuttgart haben. Zum einen natürlich sehr viele Waldorf-Schulen und Montessori-Schulen, aber wir haben auch eine Internationale Schule, also englischsprachig, vom Kindergarten bis zum Abitur. Darüber hinaus haben wir eine deutsch-französische Schule (von der *école maternelle* bis zum *baccalauréat*), eine deutsch-bosnische Schule, eine deutsch-japanische Schule und viele weitere Schulen. Wir finden es sehr gut, dass sich jeder in dieser Stadt entscheiden kann, ob er

sein Kind – möglicherweise wegen eines eigenen bevorstehenden beruflichen Auslandsaufenthalts – gleich auf die Internationale Schule schickt, auf die deutsch-französische Schule oder auf eine sonstige Schule. Wir sind extrem stolz auf unsere Schulen.

Zweitens: Finanzierung von Kindergartenarbeit. Der Gemeinderat hat allein im letzten Jahr 2,5 Millionen Euro für die Qualifizierung unserer Erzieherinnen zur Verfügung gestellt, weil in deren normalem Ausbildungsplan solche Dinge wie Sprachförderung oder die Entwicklung von Beobachtungskonzepten oder gar die Erstellung eines individuellen Curriculums für ein Kind nicht vorgesehen sind.

Sie haben auch noch gefragt, was wir für mehrsprachige Blätter haben. Wir haben alles. Jeder Mensch, der in Stuttgart geboren wird, dessen Eltern bekommen in ihrer Sprache einen Begrüßungsbrief des Oberbürgermeisters, einen Kinderstadtplan sowie ein Heft, in dem alle Dienste und Einrichtungen zu finden sind. Beim Eintritt in den Kindergarten versuchen wir dann, auch die Mütter und die Familienmitglieder zu einer „Deutschlernung“ zu bewegen. Die Mütter sind inzwischen sehr interessiert, weil wir immer sagen: „Ihr Kind kann das doch bestimmt. Wie wollen wir beide zusammen in der Erziehungspartnerschaft das Kind zum nächsten Schritt bringen?“ Damit ist automatisch ein Prozess des gegenseitigen Deutschlernens verbunden.

Zur Frage „Amtssprache Deutsch“ gibt es nicht viel zu sagen, denn das ist eben unsere Amtssprache. Aber je länger die ausländischen Menschen in unseren Institutionen sind (spätestens mit Eintritt in die weiterführende Schule), hört es weitgehend auf mit dem Mehrsprachigen, weil sie gar nicht mehr danach gefragt werden. Außerdem wachsen Eltern da auch mit. Die Mehrsprachigkeit ist zudem Teil unseres „Einstein-Projekts“. An einem Tag wird nur Griechisch gesprochen, an einem anderen auch nur Italienisch und es wird italienisch gegessen und italienisch gefeiert und italienisch gemalt und italienische Musik gehört, d.h. die Gleichwertigkeit der Kulturen wird im sprachlichen Umgang immer bedacht. Die deutschen Kinder hören die Geschichten dabei am liebsten auf Italienisch, die türkischen Kinder auf Griechisch und die griechischen Kinder auf Türkisch. Und damit sind viele nationale Konflikte beseitigt. Sie sagen, die Sprache sei einfach spannend. Sie bekommen eine Geschichte auf Deutsch vorgelesen und dann in einer anderen Sprache. Häufig sagen sie

dann: „Mach noch mal auf Italienisch, das hört sich so gut an.“ Deswegen bin ich auch eine Kämpferin gegen den selektiven muttersprachlichen Unterricht – der muttersprachliche Unterricht, den ich für sinnvoll halte, sollte allen geöffnet sein, so dass auch Deutsche, Griechen, Türken und andere in den italienischen Sprachunterricht gehen können und natürlich auch umgekehrt.

MYRIAM SALAH-EDDINE:

Lassen Sie mich den Aspekt der ethnischen Verdichtungen in Marseille weiter fassen. Es handelt sich nämlich nicht um Stadtteile, sondern um *Arrondissements*. Davon gibt es in Marseille insgesamt 16, von denen jeweils zwei in einem Sektor zusammengefasst sind. In manchen *Arrondissements* ist eine Konzentration vorzufinden, so dass dort mehr Armenier oder Italiener leben, aber diese ethnische Verdichtung ist nicht sehr stark ausgeprägt. Bei Neubauvierteln achten wir besonders darauf, eine menschliche und offene Atmosphäre zu schaffen, die den Austausch unter den Bewohnern ermöglicht. Wir begrenzen die Bauten daher auf vier oder fünf Stockwerke, damit keine Gebäude entstehen wie im Norden, zum Beispiel in Castellane, wo die Häuser mit insgesamt 6.000 Wohnungen eine Art eigene kleine Stadt bilden. Im Wohnungsbau ist folglich seit einigen Jahren eine Veränderung eingetreten.

Was die Schulen angeht, haben wir in Marseille, wie in Stuttgart, internationale Schulen, aber auch *écoles communautaires* (Schulen für Kinder einzelner ethnischer oder religiöser Gruppen). Wir haben sowohl jüdische Grund- als auch weiterführende Schulen und vor kurzem haben wir eine armenische Schule eröffnet. Dies ist ein Angebot für die ausländische Bevölkerung, die nicht möchte, dass ihre Kinder Nachteile aus der Integration haben. Darum geht es uns, nicht um Assimilation. In unserer heutigen Gesellschaft wird die Suche nach der eigenen Identität immer komplexer, doch dieser Prozess findet auf einer gemeinsamen Grundlage statt: Die Prinzipien und Regeln unserer Republik. Damit erlaubt man in der Kindererziehung eine doppelte Kultur und ermöglicht es dem Kind, herauszufinden, wo es herkommt und wo es hingehört.

FRANK BAASNER:

Nun zu meiner Frage, auf die ich halb antworten und die Frage dann an Herrn Filsinger weiterleiten werde. Ich halte es für ganz wichtig, dass man sich gerade auch in der französischen Debatte klar macht, dass es in Deutschland einen doch ganz erheblichen Wechsel in der Perspektive gegeben hat durch das Zuwanderungsgesetz 2000 und die sich daraus ergebenden Maßnahmen. Trotzdem bleibt völlig klar, wenn man das im deutsch-französischen Vergleich betrachtet, dass in der französischen Logik eigentlich das primäre Interesse dem *citoyenneté*-Begriff gilt, d.h. individuelle Teilhabe und Aufenthaltsrechte sind so zu gestalten, dass möglichst schnell eine Staatsbürgerschaft erlangt werden kann. Das war immer im Interesse der französischen Tradition. Dabei hat man vielleicht Probleme, die man in Deutschland in den Vordergrund schiebt, zulange übersehen, aber Tatsache ist, dass die Einbürgerung sehr viel leichter ging. Das ist heute nicht anders. Wenn man sieht, wie die Debatte über die Bleiberechtsfrage geführt wird, dann kann man manchmal doch verzweifeln, weil man nicht das Gefühl hat, dass man wirklich möchte, dass die Menschen einfach legal hier leben und auch Teil dieser Gesellschaft sind. Von daher haben wir zwar sozusagen eine Abkehr vom reinen Abstammungsprinzip geschafft, da ist meiner Ansicht nach schon etwas passiert, d.h. das Ortsprinzip hat zwar Einzug gehalten, aber es wird noch lange nicht so umgesetzt, dass man alle Konsequenzen daraus zieht. Wir haben z.B. von Italienern gesprochen, die sehr stark sind in Deutschland. Das Kuriose ist dabei, dass gerade Italiener, die hier geboren sind und die hier aufwachsen, damit überhaupt keine Probleme haben, andererseits aber ihren Pass nicht abgeben wollen und partout nicht Deutsche werden wollen. Das ist auch eine Realität. Herr Filsinger, vielleicht können Sie noch ein paar Elemente hinzufügen.

DIETER FILSINGER:

Ich würde die These teilen, dass sich, solange die kulturellen Traditionen unterschiedlich sind, auch von heute auf morgen nichts ändern lässt. Es hat mit Sicherheit Fortschritte gegeben, aber wenn man das sehr genau anschaut, dann sieht man im Grunde genommen EU-weit, dass Migrationspolitik Abschottungspolitik ist. Natürlich gegenüber ganz bestimmten Migrantengruppen, das sollte man sehr deutlich

sagen. Die Debatte um Hochqualifizierte und nicht Hochqualifizierte beispielsweise kommt auch in den Diskussionen um Bleiberecht zum Ausdruck, um Zuwanderungsalter, etc. Und da gibt es meiner Ansicht nach auch eine permanente Auseinandersetzung im Hinblick auf ein grundlegend unterschiedliches Denken bezüglich der Tatsache, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind. Also die Tatsache, dass das hier sehr oft dargestellt und anerkannt wird, heißt noch nicht, dass es wirklich habituell verinnerlicht und anerkannt ist. Das gilt auch für die Bevölkerung, wenn man schaut, wie stark Fremdenfeindlichkeit empirisch vorfindbar ist nach allen vorliegenden Studien lässt das neben den *best-practice*-Beispielen und Hoffnungen eben durchaus auch eine gewisse nüchterne Analyse zu. Das sollte man sich eingestehen, weil das auch die Basis für rechtliche Änderungen ist, die nur möglich sind, wenn die notwendige Zustimmungsbereitschaft bei der Bevölkerung da ist, was natürlich wechselseitig gilt. Die Politik bedient sich hier und da immer wieder der Vorbehalte, um auf diese Ressentiments, die es auch in Frankreich gibt, hinzuweisen. Es gab ja auch damals bei der Kommunistischen Partei, wo man das vielleicht nicht vermutet hätte, durchaus starke Ressentiments gegenüber Zuwanderung.

JÜRGEN ROMBACH, *Integrationsbeauftragter der Stadt Eschweiler*:

Ich komme aus dem westlichsten Teil Deutschlands, aus der Stadt Eschweiler im Kreis Aachen (Dreiländereck Niederlande-Belgien), wo ich Integrationsbeauftragter bin. Ich möchte nochmals die Situation des kommunalen Wahlrechts für Menschen mit einem gesicherten Aufenthalt in Deutschland aufgreifen. Dazu hat es Anfang der 90er Jahre in Hamburg und Schleswig-Holstein zwei Versuche gegeben. Das Bundesverfassungsgericht hat das einkassiert, denn der Wählerwille gehe nur vom deutschen Volk aus, so der Tenor des Verfassungsgerichtsurteils. Wenn man sich aber jetzt anschaut, dass in einer Vereinbarung der Großen Koalition in Berlin dieses Thema wieder benannt worden ist und die Große Koalition in der Lage ist, das Grundgesetz zu ändern, sollte man sich Gedanken machen, ob man nicht eine Initiative ergreift. In Nordrhein-Westfalen wird das im Moment von der Dachorganisation der kommunalen Migrantvertretungen nach vorne gebracht. Vielleicht ist das auch ein Aufruf an andere Bundesländer, darüber erneut nachzudenken. Das ist wohl

auch der große Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich. Es gibt in Deutschland eben einfach viele Angehörige anderer Nationen, die nicht Deutsche werden wollen. Das Beispiel Italien war gerade eben genannt worden. Ich bin seit über 25 Jahren mit einer Griechin verheiratet, die auch nicht Deutsche werden möchte.

JOANNA ZACHARAKI, *Ratsmitglied der Stadt Solingen*:

Eine Antwort auf meinen Vorredner: Ich bin Doppelstaatlerin griechischer Herkunft. Wir haben bei Staatsministerin Böhmer gehört, dass sie sich wünscht, dass das Thema Integration zur Chefsache wird. Frau Müller-Trimbusch, Sie haben gesagt, dass in Stuttgart das Thema Integration einen hohen Stellenwert besitzt und ein klares öffentliches Bekenntnis da ist. Wenn das so ist, dann ist das eine gute Sache, denn ich stelle fest, dass in vielen anderen Kommunen leider die Notwendigkeit des Handelns in diesem Bereich noch nicht da ist. Und da müssen wir noch viel arbeiten: Integrationsmanagement ist angesagt, Steuerung in der Sache sowie eine genaue Analyse der Statistiken und der Entwicklungen. In dieser Richtung müssen wir noch einiges tun in vielen Kommunen. Und wenn wir uns jetzt nach so vielen Jahren zu der Integrationsarbeit bekennen und ein Perspektivenwechsel im Hinblick auf das Zuwanderungsgesetz stattfindet, ist das sehr gut – etwas spät zwar, aber immerhin. Wir sind jetzt auf dem richtigen Weg, allerdings in einer Zeit, in der die kommunalen Kassen leer sind. Ich habe vorhin von der Stellvertretenden Bürgermeisterin aus Marseille gehört, dass dort die stolze Summe von 55 Millionen in die Integrationsarbeit investiert wird. Ich weiß leider nicht, wie viel in anderen Kommunen, wie z.B. bei uns in Solingen, dafür investiert wird.

MATTHIAS BETZER:

In Bezug auf das Wahlrecht ist der deutlichste Unterschied das Bodenrecht in Frankreich und das Abstammungsrecht in Deutschland, auch wenn es kleine Abweichungen gibt. Das führt dazu, dass alle sagen, dass in Südfrankreich nur Ausländer leben. Das stimmt nicht. Eine Studie von *FASILD* im Jahr 2004 hat ergeben, dass zehn Prozent der Einwohner in unserer Region Ausländer sind. Das ist wirklich nicht viel, nur einer von zehn. Dabei muss man berücksichtigen, dass wer die französische Nationalität hat, noch nicht automatisch integ-

riert ist. Die gesellschaftliche Teilhabe spielt sich in anderen Bereichen ab, ist sehr viel komplexer und genau hier muss man eingreifen. Es reicht nicht, alle fünf Jahre zu wählen, man muss auch auf anderen Ebenen aktiv werden und zum Beispiel die Arbeit der Vereine und Stadtteilräte unterstützen.

SYBILLE HAUSSMANN, *Integrationsbeauftragte der Kreisverwaltung Düren:*

Ich würde auch gerne auf das Thema Partizipation eingehen und auf das, was Frau Salah-Eddine zu den Vereinen in ihrer Stadt gesagt hat. Sie sagten, dass es 3.000 Vereine sind, die Sie auch finanziell unterstützen. Da würde ich gerne wissen, wie Sie das machen, nach welchen Kriterien. Es gibt in Deutschland inzwischen einen sehr intensiven Diskurs über das Thema Partizipation durch Einbindung von Migranten-Selbstorganisationen in städtische Konzepte. Dabei wird meiner Ansicht nach sehr häufig vergessen, dass es ein heftiges Gefälle gibt zwischen dem, was professionelle Sozialarbeit oder professionelle Institutionen sind, und dem, was Migranten-Selbstorganisationen leisten können. Es gibt ein Gefälle in Sachen finanzielle Ressourcen, es gibt sehr häufig auch ein Bildungsgefälle und es werden an diese Organisationen Ansprüche und Erwartungen gestellt, die sie schon aufgrund ihrer Struktur sehr häufig nicht erfüllen können. Und da wäre für mich nochmals die Frage auch an Frau Müller-Trimbusch: Wie gehen Sie mit diesem Gefälle an Macht, Einfluss und finanziellen Ressourcen um, und wie versucht man dem entgegenzuwirken, um eine wirkliche Partizipation von Migranten-Selbstorganisationen in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen?

MATTHIEU BOURRETTE, *Kabinettsleiter des Präfekten der Côte d'Or, Dijon:*

Meine Frage richtet sich sowohl an Frau Müller-Trimbusch, als auch an Herrn Professor Filsinger. Ich wüsste gerne, wie der Stand der Debatte in Deutschland ist zu dem, was die Engländer „affirmative action“ nennen. In Frankreich sprechen wir von „discrimination positive“, vielleicht gibt es auch Beispiele aus Stuttgart zum Thema.

AYITÉ CREPPY:

Sie haben zwei interessante Erfahrungen aus Stuttgart und Marseille vorgestellt und ich wüsste nun gerne, was diese Politik den Kommunen wirklich bringt. Es entsteht der Eindruck, dass investiert und mobilisiert wird, aber wo sind messbare Erfolge zu verzeichnen? Denn darum geht es doch. Wo ist der konkrete Mehrwert? Welche positiven Schlussfolgerungen gibt es für die Kommunen heute? Stehen auf der einen Seite die Kommunen, die unterstützen und auf der anderen Seite die Einwanderer, die empfangen? Oder werden Staatsbürger, *citoyens*, ausgebildet?

SALIOU GUEYE, *Beauftragter für Integration und Migration der Stadt Ludwigsburg*:

Ich habe eine Frage, die das aktuelle Thema in Frankreich betrifft. Es handelt sich dabei um eine Aussage von Nicolas Sarkozy, der selbst Franzose mit Migrationshintergrund ist. Seine Idee ist es ein Ministerium für Migration und *identité nationale* zu gründen. Meine Frage richtet sich daher natürlich an die Dame aus Marseille: Was halten Sie von Sarkozys Idee, so ein Ministerium in Frankreich zu gründen? Ist das wieder mal reiner Populismus, denn wir kennen das ja: Mit ausländerfreundlichen oder integrationsfreundlichen Parolen lassen sich meist schwer Wahlen gewinnen. Ich hätte da gerne eine Einschätzung aus Marseille.

GABRIELE MÜLLER-TRIMBUSCH:

Ich fange mal mit der ersten Frage an. Da ging es um das Wahlrecht der ausländischen Einwohner in einer Stadt, ob man da einen neuen Anlauf nehmen sollte. Es hört sich jetzt vielleicht komisch an, aber ich finde nicht. Denn wir haben damals die Erfahrung gemacht, als alle ausländischen Einwohner in Stuttgart ihr Parlament wählen konnten (ihren sogenannten „Ausländerausschuss“), dass es eine maximale Wahlbeteiligung zwischen sieben und elf Prozent gab. Vom Aufwand her hochproblematisch. Und Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass man auch von einem deutschen Staatsbürger nicht automatisch behaupten kann, dass er ein integrierter Mitmensch ist. Das kann ich nur unterstreichen. Wir hatten ja im Hinblick auf die Zuwanderung unserer sogenannten „Russland-Deutschen“ die entsprechenden Erfahrungen gemacht. Sie bekamen relativ zügig einen deutschen

Pass, aber ihr „ausländisches Verhalten“ war noch deutlicher sichtbar als bei jedem anderen europäischen Land. Nochmals zur Ansiedelung dieser Aufgabenstellung: Sie ist direkt als Stabsstelle beim Oberbürgermeister angesiedelt und diese Stabsstelle bekommt sämtliche Beschlussvorlagen, sämtliche Papiere natürlich zu Gesicht, gibt Hinweise, wo sie noch zu beraten wären bzw. welche Ergänzungen vorzunehmen sind, was ich richtig finde.

Die nächste Frage war, wie wir ausländischen Vereinen helfen, auf die Füße zu kommen. Zum einen gibt es eine sehr professionelle zentrale Beratungsstelle, die diesen ausländischen Vereinen hilft, sich z.B. ins Vereinsregister einzutragen, und die ihnen Kopierapparate und die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellt. Zum zweiten haben wir nach langen Mühen aus 42 ausländischen Kulturvereinen ein „Forum der Kulturen“ gebildet. Unter dem Dach sind sie alle vereint mit einer sehr professionellen Geschäftsführung, einem sehr schönen Heft, das allen Kulturen zur Verfügung steht, ihre Veranstaltungen dort zu veröffentlichen, und das wird auch von der Stadt gefördert. Ganz besonders fördern wir Projekte, wo zwei verschiedene Kulturvereine etwas zusammen machen, um genau diese gegenseitige Interkulturalität zu stärken.

Zum letzten Punkt, der angesprochen worden ist: Warum tun wir das eigentlich für unsere ausländischen Einwohner? Was haben wir davon? Erstens frage ich Sie zurück: Was wäre denn die Alternative? Sie sind doch da. Und die anderen Punkte, die ich noch sagen möchte, die positiv sind: Ausländische Unternehmen kommen vermehrt und gerne nach Stuttgart, weil sie sich hier wohl fühlen. Baden-Württemberg ist das exportstärkste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind also darauf angewiesen, qualifiziertes Personal in der Kommunikation und auch in der Wanderung mit ausländischen Firmen zu haben. Sie sind eine unendliche kulturelle Bereicherung. Stellen Sie sich mal vor, wir würden hier nur Volkslieder singen und Volkstänze aufführen. Was wären wir ohne italienische Opern, ohne französische Theaterstücke? Das ist überhaupt unvorstellbar. Und nicht zu vergessen die ausländischen Spitzenfachkräfte, die hier bei den High-Tech-Unternehmen arbeiten. Sie wissen, dass Stuttgart die High-Tech-Region Nummer Eins in Europa ist. Jeden Tag wird in dieser Stadt übrigens ein Patent erfunden (typisch schwäbisch), die auch

alle verkauft und entsprechend vermarktet sein wollen. Das heißt, es hat etwas mit der Kultur dieser Stadt zu tun, wofür wir das tun.

MYRIAM SALAH-EDDINE:

Wir müssen uns für eine bessere *citoyenneté* einsetzen. Und noch einmal zur Position der Vereine: Sie handeln im sportlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich und bekommen deshalb auch Gelder aus verschiedenen Etats der Stadt (Soziales, Kultur, Sport), die für jedes Projekt einzeln gewährt werden. Es gibt auch Projekte und Aktionen, die im Rahmen der Stadtpolitik finanziert werden und diese Gelder kommen dann hauptsächlich von den Regionen und Departements.

Gleichzeitig darf man die Vereine nicht als rein ehrenamtlich organisierte Institutionen ansehen. Für mich sind sie wirklich privilegierte Akteure, die unsere Politik ermöglichen, ohne die wir nicht weiterkommen würden. Die Vereine sind Kompetenzzentren und viele Gesetze, die in Frankreich verabschiedet wurden, finden ihren Ursprung in den Vereinen. Dabei ist es manchmal auch umgekehrt, dass die Vereine auf die Politik angewiesen sind. Es sind die Vereine, die das gute Zusammenleben in einer Stadt ermöglichen. Bürgermeister und Gemeinderat sind auf die Vereine angewiesen, um in allen Vierteln und Gebieten präsent sein zu können.

Zur Frage, was diese Politik den Kommunen bringt: Sie ermöglicht, dass sich jeder von uns als Bürger fühlt, aktiv sein Leben gestalten und an der Gesellschaft teilhaben kann. Einerseits ist es Aufgabe der Städte, dafür zu sorgen, dass sich jeder Bürger als Bürger einer Stadt fühlt und andererseits ist diese Partizipation auch eine Bereicherung für eine Stadt. Wir haben eben darüber gesprochen, dass jeder Bürger aktiver Teil der Gesellschaft ist und Vorschläge einbringen kann und soll. Dies gilt generationenübergreifend. Unsere Jugendlichen haben sich wirklich um die Zukunft ihres Viertels gekümmert.

Eine Stadt muss den Bürgern aller Schichten Möglichkeiten zur Teilhabe geben, sie muss die Vereine fördern und zu einem bestimmten Zeitpunkt auch die politische Mitbestimmung ermöglichen. Dies führt dazu, dass eine Stadt wie Marseille wieder *in* ist. Vor zehn Jahren noch hat Marseille jedes Jahr 5.000 Einwohner verloren, jetzt aber haben Politik, soziale Akteure und vor allem auch Unternehmen dafür gesorgt, dass sich dieses Bild wieder zum Positiven gewandelt

hat. Die Leute kommen nach Marseille zurück. Der letzten Volkszählung zufolge haben wir 800.000 Einwohner. Und die Menschen kommen nicht wegen des schönen Wetters und des Meeres, sondern weil das Zusammenleben im wirtschaftlichen und sozialen Bereich etwas ganz Besonderes ist. Das Leben funktioniert nach dem Prinzip der *citoyenneté* und jeder kann sich und seinen kulturellen Reichtum in das Leben der Stadt einbringen.

Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe. Was die Vorschläge von Herrn Sarkozy angeht, kann ich darauf als Vertreterin der Stadt nicht antworten. Das sind seine Vorschläge und die gehen weit über die Kommunalpolitik hinaus.

DIETER FILSINGER:

Vielleicht ergänzend einige wenige Bemerkungen. Die Tagung ist eingeleitet worden mit dem Hinweis, dass wir nicht nur Probleme benennen, sondern vor allem auch *best-practice* geben wollen, insofern ist es auch wichtig, dass die beiden städtischen Vertreterinnen vor allem die positiven Seiten herausgestellt haben. Darüber hinaus ist es wichtig, Hinweise zu gewinnen, an welchen Stellen noch gelernt werden kann. Ich würde ganz gerne auf zwei weitere Dinge aufmerksam machen. Das eine ist, dass es im Grunde genommen ein starkes Gefälle in der Bundesrepublik gibt, was die ökonomische Kraft angeht (Frau Müller-Trimbusch hat das bestätigt). Die nicht so starke Segregation in Stuttgart ist natürlich mitnichten nur Ergebnis einer kommunalen Politik, sondern hat wahrscheinlich auch mit der Geschichte dieser Stadt zu tun. Stuttgart ist ökonomisch sehr stark und hat auch viele Ressourcen und ich denke, dass das ein ganz entscheidender Punkt ist. Wenn die Benachteiligung bekämpft werden soll, dann muss viel entschiedener auch tatsächlich eine Ressourcenverlagerung stattfinden. Die findet in der Bundesrepublik faktisch jedoch nicht statt. Sie haben in den meisten Stadtteilen eben nicht Schulen, in denen besonders gute Lehrer sind, sondern Sie haben das nur an wenigen Stellen, an den sogenannten *best-practice*-Beispielen. Was wir im Grunde genommen brauchen, ist eine Verbreiterung, eine Verallgemeinerung dieser Strategien und deswegen ist es natürlich auch wichtig, gute Praxisbeispiele zu evaluieren, um nicht bestimmten Wirkungszusammenhängen aufzusitzen, die es gar nicht gibt, sondern sie dort zu suchen, wo diese Zusammenhänge tatsächlich sichtbar

gemacht werden können, denn nur dann kann man auch wirklich lernen. Ansonsten kann es einfach an bestimmten Faktoren hängen, wie z.B. gute ökonomische Ausgangspositionen, die uns bestimmte Erfolge nahe legen und gute Praxis zustande bringen. Wir wissen beispielsweise aus Italien, dass die Milliarden, die in den Süden geflossen sind, mitnichten die Ungleichheit zwischen dem Norden und dem Süden ändern konnten, deswegen ist das nicht nur eine Frage des Geldes. Das heißt, dieses Ungleichgewicht bleibt und wir werden es mit Sicherheit auch zwischen Ost- und Westdeutschland haben. Man muss daher sehr genau schauen, welche Strategien denn tatsächlich zu einer Aufwertung z.B. eines Stadtteils führen, so dass es dann keine Probleme mehr mit ethnischen Verdichtungen gibt. Wir haben dieses Problem des Zusammenhangs zwischen ethnischer Verdichtung und sozialer Benachteiligung und das ändert sich nur, wenn man wirklich Stadtteile so aufwertet, dass die Leute gerne dorthin ziehen. Es müssen die anderen, die ökonomisch Starken hinziehen, denn nur dann wird es auch zu diesen vernünftigen Mischungen kommen können. Und insofern erneut ein Plädoyer dafür, die Evaluationsbürokratie kritisch zu beäugen, aber dennoch sich dieser Aufgabe auch wirklich zu stellen, die schwierige Wirkungsmessung auch tatsächlich anzupacken.

Zusammenfassung und Einführung in die Arbeitsgruppen

FRANK BAASNER:

Wenn man versucht, all das, was wir heute gehört haben, auf ein paar Schlüsselpunkte zu konzentrieren, dann würde ich sagen, dass es auf der einen Seite die materiellen Aspekte gibt, also ökonomische Faktoren. Natürlich hat das etwas mit Geld zu tun, natürlich hat das etwas mit Arbeitsmarktzahlen zu tun, natürlich reden wir davon, ob Gesellschaften Arbeit für möglichst viele Menschen haben oder nicht. Natürlich ist auch die städtebauliche Entwicklung ein ganz zentraler Teil, der mit sehr materiellen Dingen zu tun hat. Aber genauso wichtig – und das ist auch klar geworden bei beiden Erfahrungsberichten aus Marseille und Stuttgart – genauso wichtig ist das, was im Kopf stattfindet, denn wenn man für Wandel offen sein will, dann muss das im Kopf ankommen, sonst kann man lange bauen und viele Infrastrukturmaßnahmen versuchen. Man muss kein Marxist sein, um zu wissen, dass das Sein etwas mit dem Bewusstsein zu tun hat und man weiß gleichzeitig, dass Glaube Berge versetzen kann, also das Bewusstsein auch Einfluss auf das Sein haben kann.

Ich möchte ein paar Worte zum morgigen Tag sagen. Wir haben zwei Arbeitsgruppen gebildet zu zwei Themen, die heute zu Recht als ganz entscheidende Probleme diskutiert wurden. Die Arbeitsgruppe 1 wird sich mit Erfahrungsberichten befassen, die mit frühkindlicher Erziehung zu tun haben, wobei Sprache natürlich im Mittelpunkt stehen wird. Wir haben das deswegen ausgewählt, weil in diesem Zusammenhang Frankreich für Deutsche sehr interessant ist. Es wird immer wieder zitiert und mit immer weniger Ressentiment gesagt, dass auch frühkindliche Verschulung im guten Sinne einen positiven Effekt haben kann.

Die zweite Arbeitsgruppe haben wir zentriert um den Übergang von der Erstberufsausbildung oder schulischen Erstausbildung hin zum Beruf. Warum? Weil da für viele Franzosen die Vorstellung besteht, dass das in Deutschland ganz wunderbar sei, weil wir ein duales Ausbildungssystem haben und die Jugendarbeitslosigkeit doch viel geringer sei. Aber das stimmt nicht mehr so einfach, so dass wir auch da lernen werden, wirklich genauer hinzuschauen und sowohl Beispiele aus Frankreich hören, wo man sich sehr genau, sehr klug schon seit langer Zeit um die Verbesserung der Übergänge von der

Ausbildung in den Beruf kümmert. Und wir werden trotzdem auch etwas über die deutsche Chance sagen, uns mit unserem bestehenden System immer wieder an die Realitäten anzupassen.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1: Wege zur sprachlichen, sozialen und schulischen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Wir befassen uns in dieser Arbeitsgruppe mit Fragen des frühen Spracherwerbs. Der Fokus liegt auf dem vorschulischen Alter. Moderne Bildungssysteme beschränken sich heute nicht mehr allein auf einen Bildungsbereich, sondern betrachten den Bildungsverlauf als solchen und versuchen, eine Konsistenz im Bildungsverlauf herzustellen. Die gestrige Veranstaltung hat deutlich gemacht, wie sinnvoll es ist, die Unterschiede in den Bildungssystemen kennen zu lernen, zu diskutieren und sich auszutauschen, um Anregungen zu bekommen. Wir haben deshalb in die Regie des Vormittags eine kurze Einführung aufgenommen, um den Blick für die verschiedenen Konzeptionen in Europa zu öffnen, die uns bei der Beurteilung der in den einzelnen Ländern durchgesetzten Einzelmaßnahmen helfen können. In dieser Diversität liegt sicherlich ein Reichtum. Ich werde mir erlauben (vor allem für unsere französischen Gäste), einige Worte über die Situation in der Bundesrepublik zu sagen, vor allem über das, was bislang vernachlässigt wurde und über das, worüber momentan nachgedacht oder was durchgesetzt wird sowie darüber, wie sich die Perspektiven im Bereich der Bildung im vorschulischen und schulischen Alter speziell für Kinder mit Migrationshintergrund derzeit in der Bundesrepublik abzeichnen.

Ich habe die große Freude, heute zwei außerordentlich kompetente Referenten zu präsentieren. Auch dieses Podium verfügt über eine große Diversität. Sie alle wissen vielleicht, dass ich kein Deutscher bin. Ich bin ein Grieche, der seit 43 Jahren in Bayern arbeitet und lebt; momentan bin ich jedoch in Italien an der Universität. Links von mir sitzt Herr Schweitzer, der allerdings kein Schweizer, sondern Deutscher ist und in Essen in der Stadtverwaltung tätig ist, wo er die Stabsstelle für die Umsetzung der Neuorientierung der Stadt Essen mit Blick auf ihre interkulturelle Orientierung leitet. Zudem ist er seit 15 Jahren Leiter der Abteilung zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund. Rechts von mir wird die Sache noch komplexer. Herr Betzer ist kein Franzose, er ist ein ech-

ter Deutscher und Herr Schweitzer ist ein gebürtiger Stuttgarter. Herr Betzer ist ein Deutscher, der in Berlin studiert hat (Politologie), aber seit 10 Jahren in Frankreich lebt. Er ist Leiter der Abteilung für soziale und urbane Stadtentwicklung der Stadt Avignon und ist vor allem damit beschäftigt, ein Programm zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Städten umzusetzen. Er wird uns auf der Grundlage dieses Programms die Situation in Avignon präsentieren.

Wenn man die Frage aufwirft, wie denn die Integrationspolitik in Deutschland während der letzten 30 Jahre aussah, so kann man nicht umhin festzustellen, dass die Bundesrepublik es leider versäumt hat, ein Einwanderungsland mit hoher kultureller Diversität gewesen zu sein und das zumindest für die nachkommende Generation im Bildungssystem systematisch zu verankern. Das ist keine erfreuliche, aber es ist eine selbstkritische und offene Situation. Betrachtet man die Konzepte, die in anderen Ländern vorzufinden sind, so stellt man beispielsweise in Kanada fest, dass die Multikulturalität im Bildungssystem durch die Wahrung der kulturellen Identität nicht nur befürwortet, sondern auch zum Bestandteil des Bildungsprogramms gemacht wird. Die *early excellence centres*, ein Curriculum, das für die Muttersprachen die kulturelle Identität bejaht und systematisch nutzt, führten dazu, dass im internationalen Vergleich die Schüler mit Migrationserfahrung im kanadischen Bildungssystem relativ überdurchschnittlich gut abschneiden. Wirft man den Blick nach Europa, so wird man sehen, dass in Großbritannien, in Schweden und den Niederlanden, in Norwegen, in Frankreich und dann in Deutschland sehr unterschiedliche Konzepte zur Anwendung kommen mit unterschiedlichen Ergebnissen. In Großbritannien finden Sie Elemente staatsbürgerlich-politischer Bildung, verbunden mit einer antirassistischen Pädagogik mit *anti-bias* Curricula. Die Strategien, die in England umgesetzt bzw. verwendet werden, verfolgen eine öffentliche Auseinandersetzung mit Rassismus sowie eine konsequente Einbindung von Minderheiten in den Schuldienst. Ich habe einige *early excellence centres* selbst besucht und habe die Migranten gesehen, die wir im Bildungssystem in Deutschland gar nicht zu Gesicht bekommen und die dennoch dort waren und an den Kursen teilgenommen haben, dort Englisch gelernt haben und eine Menge Angebote bekamen zur Stärkung ihrer persönlichen Kompetenz. In Schweden werden erhebliche Anstrengungen zur sozialen Integration von Kindern

mit Migrationshintergrund bereits im Kindergarten und im Grundschulalter unternommen und die Strategien, die dort eingesetzt werden, sind Strategien zur Stärkung von Sprachkompetenz in der schwedischen und optional in der Muttersprache. In der Bundesrepublik haben wir zwar die erste Strategie, aber die zweite wird kaum gesehen. Die Muttersprache verkommt in der Bundesrepublik. Es wird ein großer lingualer Schatz *de facto* verschwendet.

Die Integrationspolitik, wie sie definiert wird, ist nicht verbunden mit der Forderung nach Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Demnach gibt es auch keine Leitkultur. In den Niederlanden haben wir ein anderes System, eine institutionelle Ausrichtung des Konzeptes, in der versucht wird, Kinder bereits mit dem 4. Lebensjahr einzuschulen als Maßnahme zur frühen Integration. Und die Strategien sind klar: Durch Eingliederungs- und Sprachkurse wird der aktive Versuch unternommen, die Migranten in das Bildungssystem bzw. dann später in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Angebote entsprechen allerdings nicht immer den tatsächlichen Bedürfnissen von Migranten. Schüler, die an den optionalen Angeboten zur Förderung der Muttersprache teilnahmen, schneiden bei dem Test besser ab als Kinder, die nicht über dieses Angebot verfügen. In Frankreich basiert das Bildungssystem auf der Idee der prinzipiellen Egalität aller Bürger und Bürgerinnen. Das pädagogische Konzept knüpft an Antidiskriminierungsgesetze an. Multikulturelle Orientierung als solche wird bewusst zurückgewiesen, da sie auf Differenzen hinweist und die Bekämpfung von Diskriminierung auf allen Ebenen ist eine erklärte Strategie. In sozialen Brennpunkten wird der Erziehung Priorität eingeräumt. Die Bundesrepublik hat es leider versäumt, eine konsistente Position zu definieren im Umgang mit der kulturellen Diversität und insbesondere bei der Behandlung des Migrationsprozesses. In Deutschland ist das Selbstverständnis einer multikulturellen Gesellschaft leider nicht so akzeptiert worden wie in Kanada, Großbritannien und Schweden. Im Gegenteil: Bis jetzt wurde es zurückgewiesen, dass in der Bundesrepublik eine multikulturelle Gesellschaft *de facto* existiert. Hier lässt sich aber auch kein egalitärer, republikanischer Staatsethos wie in Frankreich erkennen. Das heißt, wir haben keine Position. Wir haben manche Maßnahmen, aber wir haben keine Position. Erst jetzt in den letzten drei, vier Jahren begann man in der Bundesrepublik über die Bildung sich neu zu positionieren. Dies kann

man an den neuen Bildungsplänen erkennen, wie z.B. den Bildungsplänen für Tageseinrichtungen für Kinder oder in den Plänen für die „zweite Generation“, die nicht nur den Kindergarten, sondern auch die Grundschule umfassen. In diesen Plänen finden Sie die Grundsätze und die Prinzipien einer Neuorientierung der Bildungspolitik, die darauf hinausläuft, dass Differenzen bejaht und begrüßt werden. Das bisherige Bildungssystem in der Bundesrepublik war sehr stark geprägt durch eine nationale Ausrichtung. Alle national begründeten Curricula betonen die Dominanz der Muttersprache auf Kosten der lingualem Diversität und nutzen die Stärkung der Identität, um den Zusammenhalt auf nationaler Ebene zu sichern, aber dies wiederum auf Kosten der interkulturellen Kompetenz. Nun sind unsere Kinder heute nicht mehr in einem Nationalstaat, sondern unsere Kinder erkennen nicht mehr die Grenzen zwischen Kehl und Straßburg. Sie haben einen genuinen Arbeits- und Lebensort, der 27 vormaligen Nationalstaaten für unsere Kinder bereitstellt und die Frage ist, wie werden wir diese Kinder auf ihre Zukunft, ja sogar auf ihre Gegenwart vorbereiten. Hier haben wir eine Kopernikanische Wende vollzogen, die einen zweiten Aspekt des deutschen Bildungssystems betrifft. Das deutsche Bildungssystem hat Differenzen entweder negiert oder diese zu eliminieren versucht. In diesem Sinne waren auch Differenzen kultureller und sozialer Art keine relevante Dimension in der Konzeption des Curriculums. Dieses Fehlen der Sensibilität für Differenzen haben wir versucht in den neuen Bildungsplänen zu beseitigen. Ich bin in Bayern und Hessen für die Entwicklung der neuen Bildungspläne verantwortlich und habe eine völlig andere Philosophie eingeführt, die darauf aufbaut, dass Differenzen zu bejahen und systematisch zu nutzen sind, damit mehr individueller Gewinn und mehr sozialer Zusammenhalt hergestellt wird. Wir gehen davon aus, dass Differenzen einen Reichtum bieten, den wir systematisch zu nutzen als unsere Aufgabe ansehen.

MATTHIAS BETZER

(Projektleiter Stadtentwicklungspolitik der Stadt Avignon)

Das „Programm erfolgreiche Erziehung“ in der Stadt Avignon

In meinem Beitrag stelle ich das „Programm erfolgreiche Erziehung“ (*PROGRAMME DE RÉUSSITE EDUCATIVE, PRE*) vor, das in drei ausgewählten Vororten Avignons initiiert wurde. Es knüpft an die Programme der Stadtentwicklungspolitik (*politique de la ville*) an, die seit mehr als 30 Jahren in einer Stadt durchgeführt werden, in der viele soziale und städtische Probleme bestehen. Der Präsentation des Programms geht ein kurzer Abriss des sozialen Kontextes der Stadt und der politischen Maßnahmen voraus, die bislang von der Gemeinde und ihren Partnern für soziale Entwicklung durchgeführt wurden. Ich werde meinen Vortrag mit den Herausforderungen und Problemen beenden, auf die wir während der Vorbereitung des PRE gestoßen sind.

Sozialer Kontext der Gegend um Avignon

Avignon ist das Zentrum eines Ballungsraums, der sich über drei Departements (Vaucluse, Gard, Bouches du Rhône) erstreckt. Als solches bildet Avignon dank seiner Aktivität, seiner Gewerbe und Dienstleistungen ein Stadtgebiet, das sich aus 30 bis 45 Gemeinden zusammensetzt.

Die Stadt zeigt ein kontrastreiches Bild: Zum einen ist sie wirtschaftliches Zentrum des Departements, Stadt der Kunst und Geschichte (*Ville d'Art et d'Histoire*), bekannt für die Brücke St. Bénézet, den Papstpalast, die Altstadt und Befestigungsmauer, zum anderen ist Avignon eine arme Gemeinde, was Durchschnittseinkommen, Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen betrifft.

Denn hinter dem touristischen Schaukasten, außerhalb der Festungsmauer, hat sich eine neue Stadt gegründet, die sich komplett von der alten Stadt unterscheidet. Diese Ausdehnung Avignons hat nach den Bombardierungen des Zweiten Weltkriegs ohne die nötige Kontrolle stattgefunden, so dass die außerstädtische Landschaft sehr heterogen ist. Sie besteht aus einem gesetzlosen Konglomerat von Einfamilienhäusern und größeren Wohnblöcken, die unter Zeitdruck gebaut wurden.

30 Jahre später wurde man sich der städtebaulichen Fehler bewusst, zuerst im Stadtzentrum, dann auch in den außerstädtischen Vororten, in denen sich seit Ende der 70er Jahre die Probleme häufen. Es ging nicht allein um die Baufähigkeit der großen Gebäudekomplexe, sondern um viel komplexere wirtschaftliche und soziale Probleme, die sich auf den begrenzten Bereich des Stadtteils konzentrieren.

Zur näheren Beschreibung der Situation, hier einige Zahlen:

Nur zwei von fünf Haushalten in Avignon sind abgabepflichtig (der nationale Durchschnitt liegt bei 50%), es gibt 13.000 Sozialwohnungen, die größtenteils außerstädtisch gelegen sind – das sind 1/3 aller Wohnungen und mehr als 70% der Sozialwohnungen des gesamten Lebens- und Wirtschaftsraums.

Die Arbeitslosenquote liegt über dem nationalen Durchschnitt (um mehr als 4 Punkte), einer von fünf Bewohnern Avignons lebt unter der Armutsschwelle, das Durchschnittseinkommen liegt um 25% unter dem nationalen Mittelwert, der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in einigen Stadtteilen beträchtlich. Ein Drittel der Bevölkerung in den Vororten ist jünger als 20 Jahre und fast die Hälfte der Einwohner ist jünger als 25.

Genau diese jungen Menschen verzeichnen die höchsten Quoten, was schulischen Misserfolg, Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Kriminalität und Suchtverhalten angeht.

Avignon hat drei Netzwerke „Ambition réussite“ (sechs sind es im ganzen Departement). Besorgniserregende Anzeichen sind: 18% der Schüler in der zweiten Klasse und 35% in der 5. Klasse sind ein Jahr im Rückstand. Die Zahl der neu hinzukommenden Migrantenkinder schwankt zwischen 25 und 70 jedes Jahr. Die Quote der Wiederholer bleibt in der 6. Klasse mit 15% sehr hoch. Die Grundkenntnisse sind sehr schlecht.

Aus diesen Gründen sind Avignon und seine umgebenden Stadtteile seit den 70er Jahren Zielscheibe zunächst städtischer, dann sozialer Eingriffe, die man unter dem Begriff Stadtentwicklungspolitik zusammenfasst.

Diese Maßnahmen, die auf Stadtteile mit erhöhtem Bedarf ausgerichtet sind (in Avignon gibt es zwei Stadtteile der städtischen Belebung (*Zones de Redynamisation Urbaine, ZRU*) und einen besonders bedürftigen Stadtteil (*Zone Urbaine Sensible, ZUS*), die zusammen ca.

5% der Fläche der Kommune ausmachen und 1/5 der Bevölkerung), konnten nicht alle territorialen Ungleichheiten auslöschen, beginnen aber, verstärkt durch eine gezielte Stadt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der aktuellen Stadtverwaltung, Früchte zu tragen:

Nach einer ständigen Abnahme der Bevölkerung über mehr als 30 Jahre hinweg hat Avignon seit 1999 fast 3.500 Menschen gewonnen und heute eine Bevölkerung von beinahe 90.000 mitten im Lebens- und Wirtschaftsraum von 250.000 Einwohnern.

Politik der sozialen und städtischen Entwicklung

Im Rahmen staatlicher Eingriffe, die seit 30 Jahren verstärkt vorgenommen werden und die seit den 90er Jahren in vertraglicher Zusammenarbeit mit dem Staat, dem Regionalrat, dem Generalrat des Departements (*Conseil Général*), den Familienkassen und den Vermieterorganisationen geschehen, engagiert sich die Stadt Avignon für die Reduzierung der sozialen und städtischen Ungleichheiten, indem sie die Integration der Vororte durch einen Prozess der sozialen und städtischen Entwicklung fördert.

Diese Politik sieht folgendes vor:

- ➔ Eine größere soziale Mischung und eine Verbesserung der Lebensumstände, besonders in den Stadtteilen, in denen die Quote der Sozialwohnungen sehr hoch ist (durch Operation Abriss – Wiederaufbau).
- ➔ Wirtschaftliche Dynamisierung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen: Aufbau eines Zentrums für Innovation und Forschung (*pôle de compétitivité*), das sich auf die Nahrungsmittelindustrie konzentriert, und Einrichtung einer städtischen Sonderzone (*Zone franche urbaine, ZFU*) in den auffälligen Vierteln.
- ➔ Soziale Entwicklung zu Gunsten der Viertel mit besonderem Bedarf durch die Förderung soziokultureller, sportlicher und vor allem Aktivitäten im Bereich Erziehung, welche die Chancengleichheit als Ziel haben.

Ausgehend von der Feststellung, dass die Kluft zwischen Familie und Schule immer größer wird, der großen Anzahl unkoordinierter Angebote und dem Mangel an angemessenen Antworten auf vielfältigste Schwierigkeiten, unter denen die Kinder leiden, hat die Stadtverwal-

tung von Avignon 2005 beschlossen, ihr Engagement durch die Initiierung des „Programms erfolgreiche Erziehung“ zu verstärken.

Die Hauptmerkmale des „Programms erfolgreiche Erziehung“

Wie im sozialen Kohäsionsplan und dem Gesetz für soziale Kohäsion vom 18. Januar 2005 formuliert, richtet sich das PRE an Kinder und Jugendliche, die in einem für ihre Entwicklung sozial, familiär oder kulturell ungünstigen Umfeld leben und sieht deren individuelle Begleitung vor. Voraussetzung ist die Mitarbeit der Familien.

Es ist aus drei Bestandteilen zusammengesetzt:

- ➔ örtliche Teams „erfolgreiche Erziehung“ (mehr als 400 Ende 2006, darunter 3 in Avignon)
- ➔ Internate „erfolgreiche Erziehung“ (zurzeit ungefähr 25 auf nationaler Ebene), die es Jugendlichen aus einem schwierigen Umfeld ermöglichen, im Rahmen bestehender oder neu zu etablierender Einrichtungen außerhalb der Unterrichtszeit erzieherische, sportliche oder kulturelle Projekte zu entwickeln
- ➔ Partnerschaften mit den *Grandes Ecoles* und Universitäten, um Schülern aus schwierigen Vierteln den Zugang zu höherer Bildung zu erleichtern (ca. 30 Ende 2006).

Auch wenn das PRE weder die Fördermaßnahmen der Schule noch die Maßnahmen oder Kompetenzen der bereits vorhandenen Institutionen ersetzen soll, markiert diese Politik doch einen Wechsel der Prinzipien und der Art des Eingreifens.

Es geht um erfolgreiche Erziehung, nicht mehr nur um schulischen Erfolg; es richtet sich an Kinder von 2 bis 16 Jahren, nicht nur an Schüler und es basiert auf einer individuellen Diagnose der schwierigen Situation des Kindes, die familiär, sozial, gesundheitlich, kulturell oder erzieherisch bedingt sein kann, um jeweils angemessen reagieren zu können.

Trotz der großen Anzahl an Maßnahmen und an bestehenden Akteuren ist die Anpassung an die individuelle Situation der betroffenen Personen nicht immer gewährleistet. Das PRE versucht, diesen Mangel durch eine bessere Koordinierung und individualisierte Eingriffe zu beheben.

Es ist ein Querschnittsprogramm, das darauf abzielt, Akteure und Aktionen, die während und außerhalb der Unterrichtszeit durchgeführt werden, zusammenzuführen.

Die Auswahl der Kinder für das PRE und die Analyse ihrer Bedürfnisse unterliegt vor allem der Kompetenz der Lehrer, die Formulierung von Antworten verlangt jedoch das Zusammenwirken aller Zuständigen des Erziehungswesens im weitesten Sinne, mit eingeschlossen die Vereinswelt.

Hier ist anzumerken, dass sich die Aktionen des Teams „erfolgreiche Erziehung“ in den meisten Fällen nicht in der Schule abspielen. Oft finden sie an neutralen Orten statt, die weder mit der Familie noch mit der Schule im Zusammenhang stehen.

Die Koordinierung wird dadurch gesichert, dass es sich um ein multidisziplinäres Team „erfolgreiche Erziehung“ handelt.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, der der freiwilligen und aktiven Teilnahme des Kindes und seiner Familie als unablässige Bedingung, um irgendetwas in Angriff zu nehmen. Von ihr hängt die aufgewendete Zeit, die Art der Aktivitäten selbst und die Bedeutung, die man ihnen zuspricht ab. Persönliche Maßnahmen sind nur mit Zustimmung der betroffenen Personen (die oft mit Institutionen oder Dienststellen gebrochen haben) möglich.

Das PRE in Avignon

Anfang 2005 hat die Agentur für soziale und städtische Entwicklung der Stadt Avignon zusammen mit den staatlichen Dienstleistern, dem Bildungsministerium, der Familienkasse und dem Generalrat ein erstes Bewerbungsdossier erarbeitet, in dem der Rahmen des zukünftigen PRE festgelegt wurde. Nachdem das Dossier durch die interministerielle Delegation, die auf nationaler Ebene für die Stadtentwicklung zuständig ist, akzeptiert worden war, folgte die Vergabe einer staatlichen Subventionierung über 300.000 Euro.

Das PRE wird politisch von der Stadt Avignon gesteuert, stützt sich jedoch zusätzlich auf eine Rechtsstruktur, in diesem Fall das Collège Joseph Roumanille (die Kompetenz der lokalen Gebietskörperschaften ist auf die Grundschulen begrenzt).

Dort sind alle betroffenen Partner repräsentiert, sei es im Verwaltungsrat oder im Rahmen eines beratenden Gremiums. Dass man sich auf diese Rechtsstruktur stützt, die gleichzeitig als Diskussions-

forum, Entscheidungsgremium und Finanzverwaltung dient, ermöglicht es, verschiedene öffentliche Gelder vor Ort zu verwalten.

Zum Schulanfang 2005/2006 wurden die für das PRE ausgewählten Grund- und weiterführenden Schulen gebeten, die Kinder und Jugendlichen mit den größten Schwierigkeiten zu finden (die Auswahl erfolgt anhand nationaler Kriterien, die im Laufe der Zeit verfeinert wurden).

Von 13.000 Kindern zwischen 2 und 16 Jahren wurden 150 ausgewählt, die in der Vorschule oder 1. Klasse Grundschule bzw. der 5. oder 6. Klasse Sekundarstufe waren. Die weiterführenden Schulen haben eine Liste mit den Namen von insgesamt 72 Kindern zusammengestellt; die Grundschulen haben ihre zunächst an das Schulamt geschickt, wo eine multidisziplinäre Kommission (Psychologen, Ärzte, Schulkrankenschwestern, Sozialassistenten) ein Dossier nach dem anderen untersuchte und zunächst 71 Kinder für das PRE auswählte.

Eine Koordinatorin, die im Durchführungsteam des Stadtvertrags (*contrat de ville*) Anfang 2006 eingesetzt wurde, war über Monate hinweg mit Strukturen, Dienstleistern und Vereinen in Kontakt, um diese für das PRE zu sensibilisieren.

Das Ziel dieser unverzichtbaren Phase war es, diese Akteure zu mobilisieren und ihnen zu ermöglichen, ihre Aktionen frühzeitig an die Teilnehmer des PRE anzupassen (wie nehme ich diese auf und wie kann ich mich individuell ihrer Bedürfnisse entsprechend um sie kümmern?) und/oder neue Projekte ins Leben zu rufen, die dem identifizierten Mangel in deren Viertel entsprechen.

Die Koordinatorin hat außerdem ein Netzwerk von Partnern aus sozialen und medizinischen Bereichen geschaffen, ebenso mit dem Ziel, sich über das PRE auszutauschen, aber auch um von ihnen die Charta der Vertraulichkeit unterzeichnen zu lassen – der Schlüssel zu partnerschaftlicher Arbeit, wenn es um Kinder geht.

Am Ende des Schuljahres 2005/2006 nahm ein erstes multidisziplinäres Unterstützungsteam seine Arbeit auf.

Das Team, das um einen Familienreferenten zusammengestellt wurde (eine Stelle, die für das PRE geschaffen wurde), setzt sich aus Fachleuten aus verschiedenen Gebieten (Lehrer, Erzieher, Betreuer, Sozialarbeiter, Psychologen, Kinder- und Jugendpsychiater, Tätige im Bereich Sport oder Kultur...) zusammen. Es kann auf Vereine ausgeweitet werden, deren Professionalität anerkannt ist.

Es hat drei Aufgaben:

- ➔ Erarbeitung von Erziehungsparcours, die inner- und außerschulische Maßnahmen beinhalten
 - Zugang zu Kultur und Freizeitbeschäftigungen
 - Schulische und erzieherische Begleitung außerhalb der Unterrichtszeiten
 - Begleitung der Eltern/Familien
 - Zugang zu medizinischer Versorgung, Vorsorge und Wohlergehen
 - Vorbeugung von Analphabetismus /Aktionen rund ums Lesen
- ➔ Soziale Begleitung in Zusammenarbeit mit den Eltern, die an die individuelle Situation des Kindes oder Jugendlichen und der Familie angepasst ist
- ➔ Direkte Unterstützung der Eltern, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Lebensbedingungen ihrer Kinder zu verbessern und sie in ihrer Elternfunktion zu unterstützen (z.B. Alphabetisierung)

Bis heute haben etwa 30 Familien der Begleitung ihres/r Kindes/r zugestimmt und eine von ihnen ist einverstanden, die Mitarbeiter des multidisziplinären Teams zu treffen.

Probleme und Herausforderungen

Auswahl und Auswahlkriterien

Das PRE betrifft verschiedenste Bereiche: Gesundheit, Intellekt, Gefühlswelt, Kultur, Körper. Welchem Bereich soll man bei der Auswahl der Kinder den Vorrang geben (es gibt 150 Plätze für die ganze Stadt)? Jeder Bereich kann Grund für die Auffälligkeit des Kindes sein. Was macht diese Auffälligkeit aus? Liegt es nur im Zuständigkeitsbereich der Schule, oder sollen die sozialerzieherischen Akteure bzw. die Vorsorgeämter bei der Auswahl mit herangezogen werden? Wie reagiert man möglichst effizient auf die Auffälligkeit? Welcher Partner oder Dienstleister ist am besten geeignet, um entsprechend der individuellen Diagnose einzugreifen?

Dominique Glasman, Spezialist für Erziehungsfragen und schulische Begleitung in schwierigen Milieus, bringt die Frage der Diagnose von Auffälligkeiten zur Sprache. Er sieht das Problem von Vorurteilen in der Wahrnehmung dieser Milieus durch die Institutionen und, damit

verbunden, das Risiko unangemessene Lösungswege einzuschlagen. Die Auffälligkeit eines Jugendlichen zeigt sich anhand einer Reihe von Problemen. Um gezielt und effizient handeln zu können, muss man den Kern des Problems finden. Die betroffenen Bevölkerungsschichten drücken in Umfragen einstimmig den starken Wunsch nach schulischem Erfolg ihrer Kinder aus.

Es scheint deshalb wichtig, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer erfolgreichen Erziehung immer als Mittel für besseren schulischen Erfolg zu sehen, damit sie von den Familien verstanden und akzeptiert werden. Andere Eingriffsfelder des PRE, die den familiären Bereich betreffen (Ernährung, Sprache...), müssen mit Vorsicht behandelt werden. Auf die Darstellung der Probleme und der für das Kind zu treffenden Maßnahmen muss großer Wert gelegt werden, um eine Disqualifizierung der Familien zugunsten eines normativen Modells zu verhindern.

Aufteilung der Arbeit

Das PRE betrifft verschiedenste Bereiche: Gesundheit, Intellekt, Gefühlswelt, Kultur, Körper, was eine enge Zusammenarbeit der Partner verlangt, die sich in ihren Kompetenzen und Eingriffsmethoden im Bereich Schule oft sehr unterscheiden.

Deshalb ist Arbeitsteilung notwendig, sowohl in der Aufbauphase als auch, wenn es um die Umsetzung und Bewertung von Projekten geht. Eine gemeinsame Kultur zu schaffen und alle Partner von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass sie ihr Engagement verstärken und vereinen müssen, hat sich jedoch als kompliziert und zeitraubend herausgestellt.

Das Verständnis zwischen Bürgermeister und Bildungsverantwortlichen auf nationaler Ebene, aber auch auf Ebene der betroffenen Gebietskörperschaften ist eine Garantie für Qualität. Der gegenseitige Respekt vor den jeweiligen Aufgaben im Rahmen eines lokalen Bildungsprojekts ist unentbehrlich, weil sonst das Programm als Ganzes gefährdet ist.

Vertraulichkeit

Vertraulichkeit und Wahrung des Berufsgeheimnisses sind zwei äußerst wichtige Elemente, von denen die partnerschaftliche Arbeit abhängt. Die partnerschaftliche Ausarbeitung einer Vertraulichkeits-

charta ist einer der ersten Schritte bei der Umsetzung eines „Programms erfolgreiche Erziehung“.

Die am präzisesten formulierten Chartas, wie die von Avignon, beziehen sich ausdrücklich auf einen juristischen und gesetzlichen Rahmen. Sie formulieren den Begriff des „geteilten Geheimnisses“, der vorsieht, dass eine vertrauliche Information ausgetauscht werden kann, vorausgesetzt, dass sie für das Verständnis der Situation nützlich ist und einer Lösung dient.

Einbindung der Eltern

Die Eltern nehmen einen doppelten Platz im PRE ein.

Sie sind zunächst Partner: keine Aktion des multidisziplinären Teams geschieht ohne ihre Zustimmung und ohne, dass sie am Projekt beteiligt sind.

Darüber hinaus sind sie selbst Adressaten von Aktionen und Unterstützung, auch finanzieller Natur, die die Familie als solche betreffen. In Avignon wird ein Teil der Unterstützung ganz systematisch für die Eltern reserviert (Aktionen zur Alphabetisierung, Sprechforen für Eltern, Eltern-Kind-Treffen) und ihnen vorgeschlagen, sobald dies angemessen erscheint oder wenn die Eltern selbst nachfragen.

Diese zweifache Stellung der Eltern bleibt nicht ohne Konsequenz für die Art der Beziehungen, die aufgebaut werden sollen. Einer formellen und schriftlichen Erlaubnis der Eltern (in Avignon: Vertragsunterzeichnung durch Unterschrift einer Beitrittscharta), haben einige Standorte einen pragmatischeren Beitritt vorgezogen, der darin besteht, die Eltern selbst in eine Art Erziehungsparcours zu bringen.

Andere Standorte formalisieren die elterliche Zustimmung nicht in schriftlicher Form, schauen aber, dass die Loyalität des Betreuers gegenüber der Familie und deren Einbindung in den Unterstützungsprozess sichergestellt sind.

Es ist notwendig, präzise Verfahrensweisen zu etablieren, jedoch ohne individuelle Freiheiten einzuschränken. Demnach war ein weiterer wichtiger Aspekt, den die Mitarbeiter bedenken müssen: Wenn man dies berücksichtigt, ist kein Vorgehen möglich, ohne die Achtung und Wertschätzung der Person in ihrem aktuellen Kontext sicherzustellen.

HELMUTH SCHWEITZER

(Leiter der RAA, Stadt Essen)

Das Rucksack-Programm zur Interkulturellen Sprachförderung und Elternbildung in Kindertagesstätte und Grundschule

Zunächst einmal ein Hinweis, was ich von dem Kollegen aus Avignon schon gelernt habe: Es gibt doch relativ viele Gemeinsamkeiten in der Ausgangslage, wenn auch möglicherweise die sozialen Härten in Avignon stärker ausgeprägt sind als in Essen. Die Stadt Essen hat mit einem Schuldenberg von 1 Milliarde Euro an Investitionskrediten die Banken zu bedienen und zusätzlich weitere 1,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten. Wenn man den Schuldenberg in Höhe von 2,5 Milliarden Euro sieht, dann muss man sich schon die Frage stellen, welche Rolle den Kommunen gerade im Ruhrgebiet bei der ganzen Diskussion um Integration zukommt. Wir haben eine föderale Struktur, weshalb vielleicht als Vorbemerkung zu sagen ist, dass in Deutschland die Kommunen sozusagen als letztes Rad am Ende der ganzen Kette stehen (da kann man in der Tat die Stuttgarter beneiden). Generell muss man jedoch sagen, dass wir häufig dramatische materielle Rahmenbedingungen haben, wie man an der Städteverschuldung sieht. Es würde mich interessieren, wie die Pro-Kopf-Verschuldung in Avignon aussieht. In Essen liegen wir bei 2.500-3.000 Euro Verschuldung pro Einwohner.

In Essen haben wir das Thema „Rucksack“ ganzheitlich entwickelt nach ähnlichen Grundgedanken, wie das bereits für die Stadt Avignon dargestellt wurde. Wir haben ein Gesamtkonzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen in den 90er Jahren entwickelt, das im Wesentlichen von vier Schwerpunkten geprägt ist, wobei ich mich nur auf den ersten Schwerpunkt beschränken möchte, weil das genau derselbe Punkt ist, der unsere beiden Städte miteinander verbindet. Wir haben uns von den fünf Punkten den ersten, nämlich die Bildungsexpansion bei bildungsfernen Schichten, zum Ziel gesetzt und da sind es speziell in Essen dann auch die Migranten. Es geht nicht darum, dass wir Elternbildung insgesamt fördern können aufgrund unserer Rahmenbedingungen, sondern wir müssen uns auf die Probleme konzentrieren und diese Probleme sind aus unseren Erfahrungen zwar zunehmend breiter im Bereich der Elternbildung, aber die

bildungsfernen Schichten (insbesondere der Migranten) sind die klare Zielgruppe. Dieses Programm haben wir dann in weitere Programme eingeordnet. Als weitere Zielsetzungen beschäftigen wir uns mit Qualifizierung sowie damit, die Akzeptanz unterschiedlicher Werte durch kritischen Dialog zu fördern. Wir wollen insgesamt nicht nur in dem Bereich der Elternbildung aktiv sein, sondern wir müssen die gesamte Dienstleistungspalette der Stadtverwaltung interkulturell orientieren, und zwar nicht, weil wir das Gefühl haben, die armen Migranten müssen jetzt auch beteiligt werden, sondern aus ganz egoistischen Gründen, weil durch die demographische Entwicklung das Ruhrgebiet insgesamt und insbesondere natürlich auch Essen als Wirtschaftsstandort auf qualifizierte Bewohner angewiesen ist, die sich für ihre Region engagieren. Insofern ist es sehr viel leichter in den letzten Jahren geworden, auch die Wirtschaft für solche Dinge zu interessieren und nicht nur den Eindruck zu erwecken, wir machen jetzt so ein bisschen Soziales am Rande für einige Ausgegrenzte. Das ist ein zentraler Punkt. Wir gehen davon aus, dass die Region Ruhr Unterstützung braucht über den Erziehungsbereich, so wie das in Stuttgart bereits der Fall ist.

In unserer Dienststelle haben wir eine besondere Aufgabe. Neben der Förderung von Migranten verstehen wir uns als „Innovationsagentur“. Wir haben für die Stadtverwaltung die Aufgabe der Identifizierung übernommen, d.h. Themenbereiche, die in der Stadt relevant werden, zunächst zu identifizieren. Dann wird das an die Politik weitergeleitet und geklärt, welche Themenbereiche wichtig sind. Diese werden priorisiert über eine Steuerungsgruppe, in der Politik, Verwaltung, aber auch nichtstädtische Institutionen tätig sind. Daraus werden von uns Projektansätze entwickelt als Entwicklungsabteilung in dem Bereich und anschließend wird das Geld zur Verfügung gestellt, um Pilotprojekte (im Idealfall mit eigenen Ressourcen) zu entwickeln. In der Regel handelt es sich allerdings um Drittmittel von Land oder Bund. Mittlerweile verfügen wir hier über einen Sondertopf mit der Abkürzung „IKK“, welche für die Haushaltsstelle zum Ausbau der Interkulturellen Orientierung steht. Dieses Budget ist in den letzten fünf Jahren von 100.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro gestiegen. Hiervon werden insbesondere die Maßnahmen bezahlt, die entweder in der Erprobung sind oder positiv evaluiert worden sind und die im Idealfall dann in die Fläche gehen sollen. Das Ziel unserer Dienststelle ist aus-

drücklich, die Maßnahmen, die gut laufen, in die sogenannten Regel-dienste der Fachbereiche, die dafür zuständig sind, hineinzubringen – in diesem Fall also das Jugendamt. Darüber hinaus hat unsere Dienststelle einen Controlling-Auftrag, d.h. wir müssen uns vergewissern, was aus einem Programm geworden ist, wodurch der Kreislauf bei einem neuen Projekt wieder von vorne beginnt. Ein wesentlicher Ausgangspunkt war vor zehn Jahren die Erfahrung – nicht nur in Essen, aber natürlich auch in den Gebieten mit sozialem Erneuerungsbedarf wie das in Nordrhein-Westfalen heißt (also soziale Brennpunkte), dass wir festgestellt haben, dass die deutschen Sprachkenntnisse der Schulanfänger äußerst unzureichend sind. Das wurde von den Institutionen zumindest so wahrgenommen. Das Interessante dabei war die Feststellung, dass sich Lehrer, Erzieher und Eltern gegenseitig die Schuld zugewiesen haben. Die Lehrer haben gesagt, die Erzieher taugen nichts, sie haben uns keine deutschen sprachfähigen Kinder in die erste Klasse zugeliefert. Die Erzieherinnen haben gesagt, wir sind gar nicht dafür da, irgendwelche Kinder in Deutsch perfekt für die Schule vorzubereiten, wir müssen die Entfaltung der Kinder fördern. Und die Eltern haben gesagt, es ist eigentlich ganz egal, wir wollen nur, dass unsere Kinder guten Erfolg in der Schule haben und das ist euer Job, wir haben eigentlich keine Ahnung von Erziehung, wir brauchen das auch nicht, wir geben unsere Erziehungsverantwortung ab an die Institutionen (in diesem Fall vom Verständnis her natürlich erstmal der Lehrerin). Und wenn das dann nicht funktioniert, dann sind in der Regel die Lehrer schuld. Diese gegenseitigen Schuldzuweisungen waren also vor zehn Jahren der Ausgangspunkt und wir haben dann festgestellt, dass wir als Stadt nur da ansetzen können, wo die Stadt auch wirklich Kompetenzen hat. Bei dieser dreigliedrigen föderalen Struktur trägt der Bund im Grunde wenig dazu bei, das, was im Erziehungsbereich gemacht wird, auch so umzusetzen. Das ist eine ganz aktuelle Diskussion in Deutschland. Wir reden alle über Vorschulerziehung, aber wir haben keine Kompetenz in diesem Bereich. Bei den Ländern gibt es auch wenig Möglichkeiten, etwas zu tun. Wo aber die Kommune in Deutschland tatsächlich ihre Kompetenz hat, ist genau der Bereich der 0-6-Jährigen, wo wir eine kleine Stellschraube haben, die aber – wenn sie gut organisiert ist – durchaus Einfluss nehmen kann. Nun haben wir gesagt, wir müssen uns eigentlich darauf konzentrieren, die Kindertagesstätteneinrich-

tung zu qualifizieren, mit Eltern intensiver in Kontakt zu kommen, damit den Eltern die Bedeutung von Erziehung klarer wird. Aber das nächste Problem ist die Zweitsprachenentwicklung. Deutschland ist eines der letzten EU-Länder, wo man noch mit Hauptschulabschluss Erzieherin werden darf. Das ist in allen anderen EU-Ländern längst überwunden. Wir haben die klassische Situation, dass bei uns der Oberstudienrat am meisten Geld bekommt, obwohl er den Schülern eigentlich am wenigsten beibringt. Das müsste genau umgekehrt sein aus meiner Perspektive: Die wertvolle Arbeit wird ja vom Erziehungspersonal in den unteren Gehaltsebenen geleistet. Das Erziehungspersonal müsste nicht nur besser qualifiziert werden, sondern natürlich auch - weil dort sozusagen die „Festplatte“ der Menschen geprägt wird - entsprechend bezahlt werden und umgekehrt: die Lehrer müssten eigentlich nur Lernbegleiter von erwachsenen Schülern sein. Dann hätte man genug Geld, es muss nur umverteilt werden. Die deutschen Lehrer sind bekanntlich diejenigen, die am besten bezahlt werden in Europa, und da haben natürlich auch eigene Interessen eine Rolle gespielt oder spielen eine Rolle, wenn es darum geht Veränderungen umzusetzen. Wir haben ebenfalls festgestellt (das haben die Eltern sehr klar gesehen), dass die Bildungsabschlüsse der Migranten nicht so sind, dass sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben.

Das war 1998 - vor knapp neun Jahren, also zu einem Zeitpunkt, wo das Wort PISA in Deutschland im Wesentlichen assoziiert wurde mit dem Schiefen Turm. Wir haben dann glücklicherweise durch einen Besuch in den Niederlanden ein Programm entdeckt, das sogenannte „Rucksack-Programm“, das ich jetzt gleich erläutern werde. Im Verbund unserer regionalen Arbeitsstellen haben wir das in Essen an die besondere Situation angepasst und eben nicht nur als Programm isoliert umzusetzen versucht, sondern mit anderen Dingen zusammen kombiniert. Ausgangslage dieser ganzen Konzeption ist ein Gesamtkonzept, das wir „Strategische Sprachförderung und Elternbildung“ genannt haben. Wir gehen davon aus - das war damals schon revolutionär -, dass das Verhältnis zur Muttersprache die Basis für den Zweitspracherwerb ist. Heute muss man da differenzierter darüber nachdenken: Was ist denn die Muttersprache überhaupt? Der zweite Punkt ist, dass natürlich Kinder nicht automatisch Deutsch lernen - das war so die Vorstellung sehr vieler in Deutschland auch im Kinder-

tagesstättenbereich – und deswegen sind wir davon ausgegangen, dass systematische Sprachförderung zumindest dazu beitragen kann, dass Spracherwerb gelingt. Aber – und das war der entscheidende Punkt – bereits 1998 haben wir gesagt, dass es keinen Sinn macht, diese klassische „Trichter-Pädagogik-Vorstellung“ zu realisieren: Man nehme Erzieher oder zu erziehende Personen, trichtere diesen 200 Stunden Deutsch ein und dann kommt vorne Deutsch heraus. Von dieser Vorstellung halten wir nichts, sondern wir haben gesehen, dass es dringend notwendig ist, die Eltern aktiv mit einzubeziehen. Sprachentwicklung als integraler Bestandteil aller Bildungs- und Erziehungskonzepte sollte realisiert werden. Daraus ist dann ein Konzept entstanden, das dem entspricht, was Professor Fthenakis eben schon angedeutet hat: Wir haben zumindest versucht, die ersten zehn Jahre der Bildungskette zu planen, indem wir drei Zielgruppen haben: Im Idealfall die 0-3-Jährigen, da läuft ja bekanntlich in Deutschland fast noch gar nichts – das war vor zehn Jahren noch weniger ein Thema (das waren 4 % aller Kinder überhaupt). Der einzige Angriffspunkt der Stadtverwaltung war die Ebene der 3-6-Jährigen. Uns war klar, dass wir auf allen drei Ebenen aktiv werden müssen: einmal beim pädagogischen Personal, bei den Eltern und bei den Kindern. Und das war genau das „Rucksack“-Programm. Es hat sich zunächst einmal auf die zweite und die dritte Linie konzentriert. Aber – und das ist ganz wichtig – wir haben es eben nicht nur als Programm zur Vermittlung an Eltern-Anleiter (wie das sonst passiert) konzipiert, sondern wir wollten auch dafür sorgen, dass die Kindertagesstätten qualifiziert werden, damit unsere Arbeit nachhaltig ist. Nur wenn wir die Kindertagesstätten qualifizieren, wird Elternbildung überhaupt erst aktiv. Und deswegen haben wir drei Module entwickelt: Das erste Modul ist die Qualifizierung von Kindertagesstätten im Team – das ist ganz wichtig, d.h. es richtet sich nicht nur an Einzelerzieher, die sich dann zu einer Sprachförderungsfortbildung oder zum Thema interkulturelle Erziehung anmelden würden, so dass sie dann plötzlich die Experten für interkulturelle Erziehung und Sprachförderung in der einzelnen Kita mit den anderen Kollegen wären und der Rest des Personals bleibt außen vor, sondern wir wollten Organisations- und Personalentwicklung miteinander kombinieren. Wenn eine Kita kein Interesse hat, das als ihr Gesamtthema zu begreifen (der Anteil der Migrantenkinder in der Kita beträgt bis zu 70 Prozent), dann bringt die übliche

Fortbildung wenig, wo jeder kommt, wie er will. Das muss systematisch passieren. Also haben wir systematisch ein Jahr mit Kita-Teams Fortbildung und systemische Organisationsentwicklung durchgeführt mit Hospitation und allem, was dazugehört. Der Kernpunkt dessen, was als „Rucksack“ in der Regel formiert ist (also dieser untere Bereich), ist, dass wir Eltern in die Bildungsprozesse mit einbeziehen und dabei das Lernen im Elternhaus fördern, im Idealfall die Erziehungskompetenzen der Eltern stärken und damit indirekt die Zusammenarbeit mit den Bildungsinstitutionen fördern.

„Rucksack“: Interkulturelle Sprachförderung und Elternbildung in Kita und Grundschule

Im Unterschied zu den meisten anderen Kommunen in Deutschland wird in der Stadt Essen das Elternbildungsmodell auf der Grundlage des „Rucksack-Konzepts“ im Elementarbereich nur in Kombination mit einem Organisations- und Personalentwicklungsprogramm für das gesamte pädagogische Personal der jeweiligen Kindertagesstätten im Rahmen eines dreiteiligen Programms „Sprachförderung und Elternbildung“ umgesetzt:

- Baustein 1 beinhaltet die Qualifizierung des Gesamtteams von Kindertageseinrichtungen
- Baustein 2 unterstützt durch gezielte Elternbildung nach dem Rucksack-Programm die Sprachförderung in der Familie
- Baustein 3 bietet die Möglichkeit zusätzlicher, systematischer Förderung der Zweitsprache Deutsch in den Tageseinrichtungen.

Der andere Punkt bei dem Rucksack-Modell dreht sich um die Frage: Wie kommen wir an die Familien ran? Wie muss Elternbildung organisiert sein? Wir versuchen zweisprachige Vermittlerinnen aus dem Stadtteil über die Kindertagesstätten selber zu gewinnen, weil das in der Regel diejenigen sind, die die Multiplikationsfunktionen erfüllen können. Meist handelt es sich dabei um Frauen, die gut die deutsche Sprache beherrschen und auch ihre eigene Muttersprache. Diese „Stadtteil-Mütter“, wie wir sie genannt haben nach dem holländischen Modell, vermitteln dann den Müttern in eigenen, von ihnen organisierten Müttergruppen das, was sie an Curriculum in der Elternbildung - angeleitet durch unsere Institution - erfahren. Dieses

Modell ist nach unseren Erfahrungen relativ erfolgreich gewesen. Die Stadtteil-Mütter tauschen sich regelmäßig untereinander aus, sie sind einmal in der Woche bei uns in der Dienststelle und vermitteln zwischen Eltern und Kindertagesstätten, weil in der Regel eine große Distanz zwischen beiden Gruppen da ist. Die Auswahlkriterien für die Stadtteil-Mütter ist eine aus unserer Sicht sehr zentrale. Sie müssen – wie ich schon angedeutet habe – zweisprachig sein, im Idealfall sollten sie ein Kind in der eigenen Kita haben, das ist nicht immer gewährleistet. Sie müssen Kenntnis über den Sozialraum haben, d.h. sie müssen die Diskussion im Bildungsbereich und darüber hinaus in ihrem Stadtteil kennen. In der Regel leiten sie Müttergruppen von sechs bis acht Müttern, denen sie ihre Kenntnisse (das sogenannte „Rucksack-Material“) vermitteln. Das was die Mütter in der Müttergruppe lernen, sollen sie im Idealfall am Abend bei den Kindern umsetzen, d.h. sie sollen sich mit dem Kind abends aufs Bett setzen und dann z.B. die Präpositionen „auf dem Bett, unter dem Bett, im Schrank, an der Wand“ lernen. Und das funktioniert auch sehr gut, wenn es systematisch umgesetzt wird, natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Rückmeldung zwischen den Kindertagesstätten, wo das Programm im Idealfall parallel läuft, und den Müttergruppen koordiniert wird. Wir haben in den letzten Jahren (seit 2002) dieses Projekt modellhaft in zwei Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf erprobt und nun den Auftrag, dieses sehr erfolgreich evaluierte Programm in die Breite zu bringen in der Stadtverwaltung. Wir haben jeweils 10 Kindertagesstätten pro Jahr in diesen Fortbildungsprozess mit einbezogen, inzwischen sind wir also jetzt bei 15 Kindertagesstätten. Darin sind alle Kindertagesstätten in Essen enthalten, die über 50 % Migrantanteil haben; wir sind jetzt etwa bei denen, die zwischen 30 und 40 % Migrantanteil haben. Insgesamt haben also von dem Programm in den letzten zehn Jahren 550 Erzieherinnen und davon dann indirekt 3.695 Kinder profitiert. Da sind die Zahlen der Kinder in den Kindertagesstätten enthalten. Das ist das Modul Förderung im Team, Fortbildung im Erziehungsbereich. Das zweite Modul ist das staatliche Stadtteil-Mütter-Programm. Da haben wir zurzeit 32 Stadtteil-Mütter, die in 42 Müttergruppen tätig sind. Davon sind momentan 288 Mütter betroffen mit jeweils 735 Kindern, wovon knapp 400 in den Kitas sind. Das dritte Modul bereitet uns – wie gesagt – ein wenig Bauchschmerzen, aber es ist ein klassischer

Mitnahmeeffekt, da die Landesregierung dafür eben Gelder zur Verfügung stellt. Wir halten von der Form dieses „Medizinmodells“ eigentlich relativ wenig: Man gebe Kindern systematisch 200 Stunden Deutsch und dann wird das Kind schon irgendwie lernen Deutsch zu sprechen. Dieses Programm wird inzwischen von 2.400 Kindern in Essen besucht, die in der Kita ausgewählt werden nach dem Kriterium, wer als besonders sprachförderungsfähig erscheint. Im Idealfall sollten es Kita-Kinder sein, die mit den Stadtteil-Müttern indirekt in Zusammenhang stehen.

Wir haben das dann ziemlich intensiv in mehreren Evaluationsplänen ausgewertet. Es wird deutlich, dass die zweisprachigen Eltern-Anleiterinnen eigentlich zentrale Vermittlerfunktion haben und sie auch wirklich wahrnehmen. Und wir haben jeweils aus der Außenperspektive der beteiligten Partner evaluieren lassen, also die Erzieherinnen haben beurteilt, wie die Stadtteil-Mütter gearbeitet haben. Da wird schon sehr deutlich, wie aus Sicht des Erziehers die Rolle des zweisprachigen Eltern-Anleiters gesehen wird, denn 54 % sehen darin vor allem nur die „Dolmetscherfunktion“. Das zeigt im Grunde doch, dass die Erzieherin – in der Regel die deutsche Erzieherin – meint, sie hat die Kompetenz und die zweisprachige Stadtteil-Mutter ist eben doch nur die Dolmetscherin, die das übersetzt, was die Erzieherin alles vermittelt. Man sieht also, dass da noch viel Arbeit vor uns liegt, aber immerhin: die Stadtteil-Mutter wird zumindest akzeptiert. Das ist ein Problem ganz vieler Kindertagesstätten, dass wir relativ wenig Erziehungspersonal mit Migrantenhintergrund eingestellt haben. Auch hier sehen Sie wieder, dass die Übersetzung von Elterninformation zunächst mal eine Dolmetscherfunktion ist. Unser schriftliches, mehrsprachiges Material kommt in der Regel ja nicht automatisch zur Zielgruppe. Insofern werden die zweisprachigen Stadtteil-Mütter dazu benutzt, den Eltern zu erklären – möglicherweise auch in der Muttersprache – warum das Material für sie wichtig ist. Der wichtigste Punkt aus der Sicht der Erzieherinnen – und deswegen sind sie an dem Programm auch so interessiert – ist die Tatsache, dass die Stadtteil-Mütter vermitteln, wenn es Probleme in der Interaktion zwischen Eltern und Erzieherin gibt. Was mich auch ein bißchen beunruhigt, ist die Mitgestaltung bei Ausflügen und anderen Aktivitäten. Da kommen wir oft an die Eltern nicht ran. Aber wenn die Döner-Kebab machen auf dem Schulfest oder zum Ausflug mitfahren, dann ist das

auch schon mal ganz gut. Wir haben ein wenig das Problem, dass die Gleichberechtigung aufgrund der Kompetenz da noch nicht vorhanden ist.

Die Umsetzung der Bausteine des Programms in den Einrichtungen bewirken:

- eine Verbesserung des Sprach- und Beziehungsverhaltens der Kinder in der Einrichtung und in der Familie
- eine zunehmende Integration der Eltern in die Einrichtung und eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal

So kamen die befragten Erzieherinnen zu folgenden Aussagen:

1. Wir sind häufiger im Gespräch als zuvor. (35%)
2. Die Eltern interessieren sich mehr für die Aufgaben und die Arbeit der KiTa. (31%)
3. Die Eltern treten offener und entspannter in der KiTa auf. (31%)
4. Die Eltern nehmen häufiger an Aktivitäten der KiTa teil (z.B. an Elternnachmittagen) (27%)
5. Die Eltern bringen sich mit eigenen Anregungen ein. (15%)

Aus der Befragung der am Rucksack-Programm teilnehmenden Mütter lässt sich die positive Entwicklung in der Familie wie folgt dokumentieren:

- 80% der Familien beurteilen den Besuch der Müttergruppe positiv
- 64% der Mütter beschreiben positive Veränderung in der Beziehung zum Kind
- 50% der Väter haben die Aufgaben mit gemacht

Einzelne Aussagen von Müttern illustrieren diese Einschätzung:

- „Das Kind hat großes Interesse.“
- „Mein Kind freut sich immer auf neue Aufgaben“
- „Ich gehe jetzt viel intensiver auf das Kind ein.“
- „Ich spreche jetzt viel mehr die beiden Sprachen mit meiner Tochter.“

Ich würde das noch länger ausführen können, aber ich möchte jetzt zum Schluss kommen und hinzufügen, dass wir das gleiche Modell, weil es so gut gelaufen ist, auch im Grundschulbereich eingeführt

haben für die 6-10-Jährigen. Da haben wir versucht, die Sprachförderung im Unterricht und die Elternbildung miteinander zu kombinieren nach demselben Schema. Auch dort sind es wieder die Lehrer, die bei uns qualifiziert werden. Wir haben Stadtteil-Mütter, die teilweise aus der Kindertagesstätte übernommen werden, die von uns qualifiziert werden. Diese Stadtteil-Mütter können dann das, was im Idealfall im Unterricht vormittags inhaltlich passiert, nachmittags mit ihren Kindern umsetzen. Und das sieht dann so aus: Das Curriculum in der ersten oder zweiten Klasse ist in der Regel – jedenfalls in den Tagesstätten in Nordrhein-Westfalen – durchaus kompatibel mit dem, was wir gemacht haben. Auch da haben wir inzwischen die Erfahrung gemacht, dass die Mütter das ebenfalls sehr positiv sehen, dass sie insbesondere den Zusammenhalt in den Gruppen schätzen. Dabei geht es nicht immer nur darum, das Material abzuarbeiten, sondern vor allem um die soziale Dynamik in der Gruppe selber.

Zum Schluss vielleicht noch ein Hinweis: Ich sagte, dass wir die Kooperation inzwischen mit Partnern machen. Es ist also nicht mehr allein Aufgabe der RAA, die das Pilot-Projekt umgesetzt hat, sondern wir sind in enger Kooperation mit der Familien- und Bildungseinrichtung der katholischen Kirche und natürlich mit dem Schulamt und anderen Familien-/Bildungseinrichtungen und einer juristischen Selbstorganisation von Migranten des türkischen Elternverbandes und haben praktisch die Verantwortung, die Umsetzung dieses ganzen Programms, an die Familien-/Bildungsräte bereits übertragen. Wir machen nur noch das Controlling, um zu sehen, ob die Qualitätsstandards auch tatsächlich umgesetzt worden sind.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank für diese interessanten Ausführungen. Sie gehen von einer identifizierten sozialen Lage aus und versuchen dann, mit unterschiedlichen Zielsetzungen diese Probleme zu behandeln. Bei der ersten Präsentation dominierte die Zielsetzung des sozialen Zusammenhalts, während hier bei der zweiten Präsentation – so habe ich es aufgefasst – eine engere bildungspolitische Intention verfolgt wird. Das ist natürlich eingebettet in breitere soziale Überlegungen, wie man Migrantenfamilien in das System integriert, wie man die individuellen Risiken reduziert, wie sich die sozialen Kosten senken lassen. Beide Projekte haben Fragen aufgeworfen, die ich auf drei Ebenen

identifizieren, aber nicht gleich behandeln will, sondern zunächst Ihnen das Wort gebe. Die eine Frage ist, welche Konzeption liegt solchen Projekten zugrunde? Ist das eine Konzeption, die die soziale, kulturelle Problematik von Migranten, von Kindern mit Migrationshintergrund betrachtet und sich darauf konzentriert, Antworten für diese besondere Thematik zu finden? Und wenn diese Antworten erfolgreich sind, Sie auf die Bedürfnisse dieser Kinder und Familien effizient eingehen, erreichen Sie dann nicht mit guten Absichten eine positive soziale Diskriminierung? Wäre es nicht vielleicht erwähnenswert, dass wir darüber nachdenken, dass wir die einzelnen Thematiken von Differenzen einbetten sollten in eine übergeordnete Thematik? Betrachten Sie die Kinder, wie unterschiedlich sie sind: Behinderte und Nicht-Behinderte, Kinder mit unterschiedlichem sozialen und kulturellen Hintergrund, Ältere und Jüngere, Mädchen und Jungen, begabte und weniger begabte Kinder. Ist es nicht das Natürlichste der Welt, dass wir in einer Gruppe mit Kindern Unterschiede haben? Und wir haben diese Antwort bereits in diesem Land vor 200 Jahren gegeben. Man hätte nur ein Zitat von Goethe heranziehen müssen, in dem er schrieb: „Toleranz sollte eigentlich eine vorübergehende Gesinnung sein, die zu Anerkennung führen muss. Dulden heißt beleidigen“. Wenn wir also diese Differenzen in einen anderen philosophisch-theoretischen Kontext einbetten, nämlich dass Differenzen etwas darstellen, mit dem wir respektvoll umgehen, dass Differenzen einen Reichtum darstellen, der gezielt genutzt werden kann für mehr Lernerfahrung, für mehr individuellen und auch sozial-kollektiven Gewinn, hätten wir vielleicht eine Ebene erreicht, die diese soziale Diskriminierung geringer werden lässt, die die Diversität des Systems in den Mittelpunkt stellt und einen Zugang für Wertschätzung – wie uns Goethe das ins Stammbuch geschrieben hat – findet. Dann hätten wir diese Probleme nicht mehr als Probleme der defizitären Situation, sondern als Chance begriffen.

Der zweite Punkt, den die beiden Referate aufgeworfen haben, betrifft die Art und Weise, wie die Programme und deren Konstrukteure mit den betroffenen Familien und den Kindern umgehen. Wir haben hier drei verschiedene Zugänge. Wir haben den Zugang, der gewährt: Man entwickelt Programme, weil man davon ausgeht, dass ein bestimmtes Problem ansteht, für dessen Bewältigung man eine Lösung braucht und gewährt ein Programm. Man macht Angebote, wenn

auch mit den besten Absichten. Eine zweite Ebene geht von einem Kooperationsmodell-Partizipationsmodell aus, d.h. man beteiligt sich. Sie haben das selbst eindrucksvoll geschildert, auch für Avignon. Aber wir sollten darüber nachdenken, ob wir nicht doch eine dritte Ebene der Konstruktion anstreben sollten, die man mit „Co-Konstruktion“ beschreiben könnte. In diesem Verständnis sind die Eltern, an die wir diese Programme adressieren, nicht die Empfänger, sondern die Co-Konstrukteure ihres eigenen Schicksals, ihrer eigenen Bildung. Das heißt, wir müssen anfangen, diese Menschen als Co-Konstrukteure anzusehen und in diesem Sinne müssen wir ihnen die Chance zur Mitwirkung geben und auch zur Mitbestimmung. Es kann nicht die Lösung des Problems sein, dass jemand, der im System eine gute Position hat, vielleicht über die Macht, über das Geld, über die Position verfügt und dann somit der Gönner und Gewährer für andere wird. Das kann nicht die Zukunft eines Sozialsystems sein. Das dritte Thema, das mich während der Präsentation beschäftigt hat, war: Wie sichern wir unseren Erfolg? Woher wissen wir, dass die Investition, die wir tätigen, auch das Ziel erreicht? Ich habe unterschiedliche Ansätze erkennen können, wie man dies tut. In dem Modell von Dr. Schweitzer war die Evaluation fester Bestandteil der politischen Prozedur, zur Entwicklung eines Projektes inklusive Controlling. Aber bei der Darstellung des Projekts habe ich die Evaluation bei den Kindern vermisst, denn wenn es letztendlich darum geht, solche Programme zu entwickeln, dann bin ich nicht damit zufrieden, wenn nur die Fachkräfte und die Vermittler und diese Instanzen erfolgreich sind. Wir müssen genau feststellen, wovon die Kinder und wie viel sie profitieren. Wie verändert sich die soziale Situation unserer Kinder? Wie geben wir ihnen eine Chance, im System nach vorne zu gehen, wohl wissend, dass in diesen Kindern und Familien sozusagen „die Hefe im Teig steckt“. Denn das sind ja lebendige Mitglieder der Gesellschaft, die nach oben streben und damit auch das Gesamtsystem in Bewegung bringen. Man muss nur diese Elemente von einer anderen Philosophie betrachten, bewerten und dann wird man möglicherweise auch nicht mehr nur defizitorientierte Antworten finden, sondern die Stärke, die in diesen Kindern, in diesen Familien genuin enthalten sind, herausarbeiten, diese primär fokussieren und dann vielleicht den Versuch unternehmen, die Schwächen zu beseitigen. Beide Präsentationen waren für mich eindrucksvoll, weil sie eine Menge von

Fragen aufgeworfen haben und ich verspreche mir jetzt aus der Diskussion wirklich einen lebendigen Vormittag.

Diskussion

HANS-JOACHIM WINTER, *Bürgermeister der Stadt Kyritz*:

Ich komme aus der Hansestadt Kyritz, Nordwestbrandenburg, sicherlich einer der kleinsten Partner der hier Diskutierenden. Ich denke aber, wir haben auch den Vorteil, dass Integrationsprozesse im kleinen Bereich viel eher erkennbar sind. Wir haben seit ca. 15 Jahren Zuwanderung, im Wesentlichen aus Kasachstan. In der Vergangenheit hatten wir immer das Problem, dass die Familien nach dem dreijährigen Bleiberecht weitergewandert sind, weil bei uns eine durchschnittliche reale Arbeitslosigkeit von 40-50 % seit über 15 Jahren besteht.

Was ich aus den beiden Veranstaltungen von gestern und heute mitnehme ist, dass die Programme nicht nur auf die kasachischen Zuwanderer, sondern gleichermaßen auf Familien, die seit über 15 Jahren von so hoher Arbeitslosigkeit geprägt werden, anzuwenden sind. Wir stellen bei Kindern, die aus solchen Elternhäusern kommen, fest, dass wir genau die gleichen Probleme bei der Integration haben wie bei den Immigrierten. Ich möchte mich insofern erst einmal für das Beispiel mit dem Rucksack bedanken und würde gerne fragen, wo man weiteres Material dazu bekommen könnte.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank. Wir sammeln einige Fragen und werden dann darauf reagieren. Es ist ein interessanter Hinweis, dass Sie eine Affinität der Problemstellung gefunden haben bei Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und solchen, die sich mit Migration und deren Folgen befassen müssen.

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS, *Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration der Ausländer in Weinheim, Baden-Württemberg*:

Wir haben auch seit einigen Jahren das Rucksack-Modell, gefördert durch die Freudenberg-Stiftung. Da es in Essen länger läuft, wäre für mich interessant, von Herrn Schweitzer zu erfahren, ob man irgendwann nachgesehen hat, welche Erfolgchancen die Kinder, die an dem Rucksack-Modell teilgenommen haben, dann in der Grundschule hat-

ten und wie ihr Schulweg weiterging. Wir haben auch in Weinheim das Problem, dass fast 70% der ausländischen Kinder in den Hauptschulen landen. Das wollen wir irgendwie ändern. Hilft das Rucksack-Modell in dem Sinne?

Die Frage an den französischen Kollegen: Wie lange ist denn die Grundschulzeit in Frankreich? Bei uns ist sie vier Jahre und wir aus den Migrationsbereichen finden, dass dies die Chancengleichheit hindert. Es gibt im vierten Schuljahr eine Selektierung, die eigentlich den sozial Schwachen und den Migrationskindern Steine in den Weg legt, um später Erfolgsaussichten im Leben zu bekommen.

BRIGITTE KAUFMANN, *Erste Bürgermeisterin der Stadt Lahr*:

Wir haben ähnliche Probleme. Ein Drittel der Bevölkerung stammt aus Kasachstan und wir haben 12% Ausländer aus ungefähr 100 verschiedenen Ländern der Welt. In unserem Kindergarten haben wir einen Migrationsanteil von über 50%. Wir sind daher seit vielen Jahren mit Sprachförderung beschäftigt und haben dazu verschiedene Projekte entwickelt.

Wir haben auch versucht, die Anerkennung der Migranten zu fördern, indem wir ein Projekt entwickelt haben „Aktion Domino“, wo ausländische Mitbürger ihre Qualitäten darstellen können und die einheimische Bevölkerung sehen kann, dass Ausländer nicht nur eine Belastung, sondern auch eine Bereicherung darstellen. Wir sind auch dabei, uns zu überlegen, wie wir unsere Erfolge evaluieren, gerade die Erfolge der Sprachförderung im Kindergarten, wo wir verschiedene Projekte haben, Projekt Zahlenland etc., aber dann auch Qualifikation der Erzieherinnen und Individualunterricht, Gruppenunterricht für Kinder. Bisher haben wir den Schulerfolg als Evaluationskriterium genommen und wir rechnen es uns als Erfolg an, dass die Quote des Übergangs auf Gymnasien und Realschulen zugenommen hat. Es ist aber in der Tat nur ein sehr vages Evaluationskriterium. Mich würde einmal interessieren, welche stichhaltigeren Evaluationskriterien es gibt, und dann ganz konkret die Kosten dieses Rucksack-Projekts und was die Stadtteile dafür bekommen. Wir machen das im Moment mehr auf ehrenamtlichem Engagement. Wir haben den Verein „Bürger aktiv“, wir haben Verbandslandschaften, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Wir finanzieren auch Projekte dieser Gruppierungen, aber direkte Bezahlung gibt es nicht.

HELMUTH SCHWEITZER:

Fangen wir mit der ersten Frage an, inwieweit das Projekt auch für benachteiligte deutsche, arbeitslose Familien nutzbar ist. Selbstverständlich ist es nutzbar. Wir haben nur aus finanziellen Einschränkungen, die ich vorhin dargestellt habe, das Programm erst einmal überwiegend mit Migranten, aber auch mit russlanddeutschen Familien erprobt. Allerdings werden Sie in einer Gruppe, die nicht aus einer homogenen Sprachgruppe besteht, jedenfalls auf den ersten Blick, Schwierigkeiten haben, eine Stadtteilmutter zu finden, die in der Lage ist, russlanddeutsche Familien und z.B. libanesische Flüchtlingsmütter zusammen in eine Rucksackgruppe zu bekommen. Das ist auch ein Punkt, wo man bei der Evaluation genauer hingucken muss und merkt, dass alles nicht so einfach ist. Da ist innerhalb der Migrantengruppen noch Vermittlungsarbeit zu leisten, und vor allem braucht man für die Stadtteilmütter hohe Qualifikationen.

Genau aus diesem Grund halten wir nichts davon, das grundsätzlich ehrenamtlich zu machen. Das ist eigentlich auch eine Herabwürdigung der Arbeit, die nach unserem System nach wie vor mit Bezahlung erfolgt. Ich finde es immer so schön, wenn man von bürgerschaftlichem Engagement redet. Das ist dann für die bildungsbürgerlichen Frauen, die Zeit haben – ich sage das jetzt einmal ein bisschen despektierlich. Für Mütter, die selbst kaum über Hartz IV hinauskommen, ist es aber eine unheimliche Anerkennung, Geld für ihre Arbeit zu bekommen und zu merken, dass diese einen Teil des Bildungssystems ausmacht. Allein die Tatsache, dass sie Geld bekommen, wertet das Selbstbewusstsein dieser Mütter unheimlich auf. Und unser Ziel ist es, Leute zu gewinnen, die „den Hefeteig darstellen“. Wir brauchen Vermittler, die motiviert werden, sich möglicherweise später weiter zu qualifizieren. Wir haben z.B. Mütter, die gut Deutsch sprachen – das waren Fälle, die hätten B1 oder B2 des europäischen Referenzrahmens gehabt –, jetzt aber durch ihre fünfjährige Tätigkeit als Stadtteilmutter anfangen, einen systematischen Deutschkurs zu machen, da sie erkannt haben, dass sie noch mehr können müssen und auch noch mehr wollen.

Dies führt mich zur Kostenfrage. Die Stadtteilmütter kosten in der Tat eine ganze Menge Geld. Ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, sie kriegen 15 Euro pro Stunde. Es kann auch mehr werden. Es hängt auch ein bisschen von den Rahmenbedingungen ab, welcher Träger

noch irgendwie Drittmittel auftreibt. Natürlich ist schon das ganze Programm selbst für die Stadt relativ teuer, besonders – und das ist das große Problem - wenn man beginnt, es auszuweiten und es über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Das ist zurzeit auch die Grenze. Deswegen glauben wir, dass es wichtig ist, diesen Ansatz in die Regelsysteme zu bringen. Es kann nicht sein, dass die guten Dinge ständig aus einem Sonderhaushalt finanziert werden oder durch irgendwelche Stiftungen für zwei bis drei Jahre.

Zur Evaluation: Vielleicht darf ich da noch einmal einen Aspekt ansprechen, auch um zu zeigen, dass wir die Frage, was bei dem Modell an Selbstaktivierung herauskommt, nicht unbeachtet lassen. Wir haben die Erfolgsquoten bei den Kindern noch nicht herausgefunden, sind da aber gerade dabei, weil wir jetzt einen Jahrgang durchhaben. Problem ist, dass es in Deutschland, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, aus Datenschutzgründen gar nicht so einfach ist, für einzelne Kinder Daten zu bekommen, z.B. welche Schulleistungen sie im 2. Schuljahr erbracht haben oder wo sie gelandet sind. Auch am Übergang ins Gymnasium haben wir nicht die Möglichkeit, einzelne Personen zu verfolgen. Auf Bund-Länder-Ebene ist ja gerade in der Diskussion, ob man für jedes Kind eine Pin-Nummer organisiert. Hier handelt es sich aber um eine gesellschaftspolitische Grundsatzdiskussion.

Wir sind dabei zu versuchen, einen indirekten Weg zu gehen. Wir haben mit dem Gesundheitsamt eine Verabredung getroffen, dass wir die Sprachuntersuchungen, die vor der Einschulung in Essen erfolgen, als Maßstab nehmen, um herauszufinden, welche Kinder eine Rucksackgruppe besucht haben, welche Kinder in einer Kitawa-Fortbildung waren oder wo klassische Einzelfortbildungen gemacht wurden. Diese Untersuchungen, bei denen Sprachstandshebungen indirekt erfasst werden, sind von der Methode her zwar sehr problematisch, immerhin aber für alle gleich problematisch. Es sind Feldexperimente, erstes Problem ist jedoch, dass wir die Eltern nicht dazu zwingen können überhaupt anzugeben, in welche Kitawa sie ihr Kinder geben. Dazu kommt, dass, wenn das Gesundheitsamt die Frage stellt, in welche Kitawa das Kind geht, die Mutter häufig sagt: Das ist eine Kitawa da bei Aldi. Dann müssen Sie erst einmal herauskriegen, welche Kitawa dies sein könnte.

In der Umsetzung der Evaluation gibt es also durchaus noch ein paar Schwierigkeiten. Trotzdem möchte ich eine Sache betonen: Nach Einschätzung der Mütter profitieren die Kinder sehr von dem Projekt. Wir haben alle Mütter befragt, d.h. immer 500 pro Durchgang. 80% der Mütter sehen die Arbeit der Müttergruppen als sehr positiv an und 64% der Mütter beschreiben eine positive Veränderung in ihrer Beziehung zum Kind. Was wir anhand dieser Daten nicht sagen können, ist, inwieweit die Muttergruppe zur Zweisprachigkeit beigetragen hat. Außerdem haben wir hier natürlich nur qualitative und keine quantitativen Daten erfasst, aus denen wir schließen, dass die Wirkung bei den Kindern ankommt. Was harte Evaluationsdaten betrifft, sind wir aber gerade dabei etwas hinzukriegen. Ich hoffe, dass wir im Herbst die Daten bekommen, so dass wir sie im nächsten Frühjahr auswerten können.

MATTHIAS BETZER:

Die Schuldauer der französischen Grundschule ist fünf Jahre. Natürlich besteht Schulpflicht. Der Prozentsatz der Kinder, die dann auch in der Schule sind, liegt bei uns in Avignon zwischen 97 und 99%. Etwa drei Viertel der Kinder gehen in die Vorschule, die *école maternelle* heißt und die, soweit ich das aus Deutschland noch kenne, in Frankreich schulischer orientiert ist. Hierzu kann wahrscheinlich die stellvertretende Bürgermeisterin aus Perpignan noch mehr sagen, die selbst auch Lehrerin ist. Die reine Dauer der schulischen Ausbildung für Kinder bis zehn-elf Jahre ist länger, was schulischen Stoff angeht. Die deutsche Vorschule ist, soweit ich das noch kenne, etwas kindergartenorientierter als es die *école maternelle* in Frankreich ist.

UNBEKANNT:

Ich möchte die Antwort präzisieren, die zum französischen Schulsystem gegeben wurde. In der Tat ist die *école maternelle* integraler Bestandteil der Grundschule. Es sind also Lehrer, die genauso wie Grundschullehrer ausgebildet wurden, die die Kinder im Alter von drei bis fünf unterrichten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil es auch in der *école maternelle* einen ganz genau festgelegten Lehrplan gibt, dem gefolgt wird. Außerdem können Lehrer einer *école maternelle* auch an der Grundschule unterrichten. Das ist ein fundamentaler

Unterschied zwischen dem, was in Deutschland und Frankreich passiert.

JOANNA ZACHARAKI, *Ratsmitglied der Stadt Solingen*:

Ich finde die Ansätze gut. Ich sehe auch Chancen bei dem Rucksack-Programm. In Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt eine neue Entwicklung. Ab März dieses Jahres will die Landesregierung einen Sprachfeststellungstest einführen, so dass bei allen Kindern schon in der vorschulischen Phase der Stand der Sprachkenntnisse festgestellt wird.

Trotz aller Projekte und Maßnahmen finde ich – wie angesprochen wurde – eine Bewusstseinsveränderung zum Thema Umgang mit Differenzen sehr wichtig. Da das oft noch fehlt, sollten wir da bei allen Maßnahmen und Projekten ansetzen. Bei dem Rucksack-Programm kann man bei den Qualifizierungsmaßnahmen der Lehrer, der Erzieherinnen und der Mütter beginnen. Diese brauchen eine sehr gute und lange Qualifizierung, damit sie viele Prozesse reflektieren. Wie gehen sie mit Differenzen um und wird Differenzen mit Respekt begegnet? Und da bin ich der Meinung liegt der Erfolg, wenn es uns gelingt, die Fortbildungsmaßnahmen in der nächsten Zeit zu intensivieren.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank. Sie haben das Reizwort Sprachstandsdiagnosen aufgeworfen. Ich denke, das wird uns noch beschäftigen. Ich habe dazu selbst eine sehr reservierte Position, aber ich will sie jetzt nicht vortragen, sondern Ihnen das Wort geben.

AZIZE TANK, *Migrantenbeauftragte beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin*:

Herr Fthenakis, Sie haben von einer Co-Konstruktion gesprochen. Das würde mich interessieren. Die andere Frage ist allgemein. Wir reden immer von den Migrantenkindern und ihren Sprachkompetenzen, aber wir reden nicht von den Kindern mit Sprachdefiziten. Ich denke, dass es auch in der Mehrheitsgesellschaft, nach welcher Sozialschicht man auch guckt, solche Sprachdefizite gibt. Sollte man nicht, anstatt eine Gruppe herauszunehmen, beide zusammen betrachten?

ANDRÉE KEMPF, *Direktorin der Fondation entente franco-allemande, Straßburg:*

Ich wollte noch einmal auf die *écoles maternelles* eingehen. Es ist in Frankreich sogar so, dass zurzeit eine etwas andere Entwicklung stattfindet. Es stimmt zwar, dass die *écoles maternelles* viel verschulter sind als das, was in Deutschland im Kindergarten im Alter von drei bis sechs Jahren passiert. Es hat jetzt aber eine Studie gegeben, die besagt, dass die Kinder in diesem Alter gerade dadurch, dass die *école maternelle* so verschult ist, fast überfordert werden. Die Entwicklung geht hin zu der Überlegung, dass man ganz andere Konzepte haben müsste und in dieser frühen Zeit weniger in diese reinen Lehrmethoden reingeht. Das zur aktuellen Entwicklung in Frankreich, die natürlich auch darauf basiert, dass wir sehr unterschiedliche Systeme in Deutschland und Frankreich haben.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielleicht wäre es hilfreich, wenn wir uns die Zeit nehmen, ein wenig die unterschiedlichen Philosophien, die im vorschulischen Bereich in Frankreich und in Deutschland zu Grunde liegen, herauszuarbeiten, damit auch das Verständnis gefördert werden kann. Denn wenn wir die Philosophien nicht kennen, können wir das andere System nicht nachvollziehen. Ich war 33 Jahre lang in Bayern für diesen Bereich verantwortlich, meine Söhne haben die Schulbildung in der *école française* genossen. Deshalb kenne ich die Problematik sehr gut und weiß, was beide Systeme leisten und nicht leisten können.

MARIE-THÉRÈSE SANCHEZ-SCHMID:

Ich bin in Perpignan für Bildung und Erziehung zuständig und möchte von einem Projekt berichten, das wir in Perpignan, im Süden Frankreichs, durchführen und das sich an eine sehr spezifische Bevölkerungsgruppe richtet, die fast alle genannten Schwierigkeiten vereint. Es handelt sich um Sinti und Roma-Gruppen, die sesshaft geworden sind, Sinti und Roma spanischer Herkunft, die einen katalanischen Dialekt sprechen, der den Nachteil hat, dass er nur mündlich weitergegeben wird. Wir erzählen ihnen also von der *école maternelle*, wo die Kinder in vielen Städten ab dem Alter von zwei Jahren hingehen (in Perpignan die Hälfte aller Zweijährigen). Das Projekt wurde initiiert, da diese Familien ihre Kinder nicht auf die *école maternelle* ge-

schickt haben, denn diese ist nicht verpflichtend. So kamen die Kinder mit sechs Jahren mit einem sprachlichen und sozialen Nachteil in die Grundschule. Die Struktur, die wir eingerichtet haben, soll ihnen den Einstieg erleichtern. Am Anfang war unser Ziel, dass die Kinder wenigstens ein Jahr in die *école maternelle* gehen, damit sie Französischkenntnisse haben, wenn sie in die Grundschule kommen, denn sie kommen in die Schule, ohne Französisch zu sprechen. In der Familie sprechen sie kein Französisch, sondern Katalanisch, und sie brauchen wenigstens Grundkenntnisse, um dem Pflichtunterricht folgen zu können. Wir haben versucht, diese Struktur ein bisschen nach dem Rucksack-Muster aufzuziehen, indem wir uns auf die Mütter stützen, mit denen wir zusammen gearbeitet haben, um andere Mütter zu gewinnen. Wir haben uns bemüht, ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, sich zu qualifizieren, und sie haben ein Diplom im pädagogischen Bereich abgelegt. Wir treffen die Mütter, manchmal mit ihrem Kind; ein Ziel ist aber auch, Kind und Mutter zu trennen. Wir führen sie zur Schule hin, damit sie ihre Kinder schließlich für die *école maternelle* anmelden. Und nachdem zunächst sehr wenige Kinder die *école maternelle* besucht haben, gehen dort heute Kinder im Alter von drei Jahren hin. Wir haben außerdem ein Eltern-Kind-Forum eingerichtet, weil auch im Bereich Erziehung viel unternommen werden muss. Die Sinti und Roma haben da eine besondere Kultur. Hier geht es vor allem um Ernährung, was man dem Kind beibringen muss, was man zu Hause tun kann; es geht nicht nur um Erziehungsfragen, sondern noch mehr. Zur Information: Perpignan hat 120.000 Einwohner, davon 8.000 bis 10.000 Sinti und Roma. Es handelt sich also um eine sehr spezifische Bevölkerungsgruppe, die sesshaft geworden ist, im wahrsten Sinne des Wortes: Sie halten sich fast nur in ihren Vierteln auf und verlassen diese praktisch nicht.

OLAF HAHN, *Leiter des Bereichs Gesellschaft und Kultur bei der Robert-Bosch-Stiftung GmbH, Stuttgart:*

Ich bin sehr dankbar für diesen Beitrag, Frau-Sanchez-Schmid. Meine Frage geht an die beiden Referenten, aber vielleicht auch an die Gäste hier im Saal. Sie haben, Herr Schweitzer, zu Recht auf das Rucksack-Konzept hingewiesen, dass die Muttersprache die Grundlage für den Zweispracherwerb sei. In Frankreich kann man in der Verfassung lesen, dass Französisch die Sprache der Republik ist, und alle

Ansätze, von denen wir gehört haben, weisen sehr eindeutig auf die verständliche Privilegierung des Französischen bei der frühkindlichen Bildung in Frankreich hin. Mich würde erstens interessieren, ob und wie in Avignon bei Kindern zwischen 0 und 6 Jahren, die nicht Französisch als Muttersprache haben – die Beispiele von Sinti und Roma in Perpignan gehen sicherlich in diese Richtung – mit der Muttersprache oder der Sprache, die zu Hause gesprochen wird, bei der Einschulung und Beschulung der Kinder umgegangen wird. Zweiter Punkt: Das von Herrn Schweitzer vorgestellte Konzept ist in der Wissenschaft umstritten. Generell gibt es zwei Meinungen, in der Wissenschaft durch die Professoren Esser und Gogolin vertreten. Wie positionieren Sie, Herr Schweitzer, Ihr Modell, zumal die Evaluierung des tatsächlichen Ergebnisses, nämlich der Deutschkenntnisse der Kinder, noch offen ist. Danke.

HEIKE MARQUARDT, *Ausländerbeauftragte beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin:*

Ich bin seit langer Zeit Ausländerbeauftragte von Berlin-Lichtenberg, ein Bezirk im Ostteil der Stadt mit 250.000 Einwohnern und etwa 30.000 Menschen mit Migrationshintergrund, also 12%. Für einen Bezirk wie Lichtenberg ist das ziemlich viel.

Wir haben festgestellt – und das soll ein kleiner Mosaikstein zur zweisprachigen Erziehung sein –, dass es in den Familien unserer größten Gruppe, den Vietnamesen, die ehemals in der DDR als Vertragsarbeiter arbeiteten, die außer der Fachsprache, der Fließbandsprache, kaum Deutschkenntnisse haben, weil das damals nicht gewollt war, und die nach 15 oder 20 Jahren auch kaum noch die Chance haben, die Sprache gut zu lernen, eine zunehmende Sprachlosigkeit bis hin zu Gewalt gibt, weil man nicht mehr miteinander sprechen kann. Die vietnamesischen Familien sind fast durch die Bank sehr, sehr bildungsnah: Die Kinder sprechen ausgezeichnet Deutsch. Sie räumen bei Matheolympiaden ab; ein Drittel aller Kinder in den Mathe-spezialgymnasien sind Vietnamesen. Zu Hause findet man hingegen keine Worte.

Wir haben deshalb eine Selbstorganisation der Vietnamesen gefördert mit zwei festfinanzierten Stellen, die sich nach ganz kurzer Zeit – das Projekt läuft seit ungefähr eineinhalb Jahren – nicht retten kann vor einem Andrang vietnamesischer Kinder, die Vietnamesisch

lernen und zwar nicht nur die Sprache, sondern auch Kultur, Religion, Literatur usw. was oft hinten runter fällt. Über diese wissbegierigen Kinder ist diese Vereinigung der Vietnamesen auch sehr gut an die Eltern herangekommen und es hat sich ein Frauenclub gegründet, aus dem Mütterkurse hervorgegangen sind.

Ich muss dazusagen, dass die Vietnamesen, die in Lichtenberg wohnen, von Montag um 3 Uhr früh bis Sonnabend spät arbeiten. Sie haben kleine Blumen- und Obstläden und haben also nur am Sonntag Zeit, sich um ihre Kinder zu kümmern und sich selbst weiterzubilden. Das ist das eine Projekt, was sehr gut läuft.

Ein anderes Projekt betrifft die große Gruppe der Spätaussiedler in unserem Bezirk. Obwohl es 15 Förderklassen gibt und jede Menge Aktivitäten, haben wir in 2001 Defizite bei diesen Kindern festgestellt. Es sind keine dummen Kinder, ihnen fehlt nur die Fachsprache, z.B. in den naturwissenschaftlichen Fächern. Dann haben wir - das war ein Glücksfall - eine Naturwissenschaftlerin gefunden, die sich das zu Herzen genommen hat und ehrenamtlich ein ausgezeichnetes Arbeitsmaterial in mehreren naturwissenschaftlichen Fächern von Klasse 4 bis 13 erarbeitet hat mit auf den Lehrbüchern basierendem Fachwortschatz. Dieses wird in den Schulen verwendet und hat dazu geführt, dass diese Kindern, die nicht dumm sind, sondern nur nicht genau wissen, wie sie mit mathematischem oder physikalischem Fachwortschatz umgehen sollen, in einem Schuljahr ihre Noten gesteigert haben, zu ganz normalen Schülern geworden sind, und keinen Frust mehr erleben, weil sie Verständnisprobleme haben. Das Material stellt diese Dame gerne zur Verfügung. Es ist in Russisch, aber es kann auch in andere Sprachen übertragen werden. Es enthält nicht nur reines Wortmaterial, sondern auch Textaufgaben und Erläuterungen und geht weit über das hinaus, was ein Wörterbuch liefert. Wir haben es schon nach Halle exportiert und in andere Orte der Bundesrepublik.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank für diese Intervention, die zwei Facetten des komplexen Problems aufzeigt. Die erste Facette hat für mich die Unfähigkeit des Systems deutlich gemacht, auf die Bildungsbedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund, die aus einem anderen Kulturkreis kommen, zu reagieren. Die zweite Facette war hoffnungsvoller. Sie wird

auch im Kindergarten genutzt speziell in Fächern, die sprachlich nicht zu anspruchsvoll sind und wo es relativ einfach ist, den Zugang zu den Sprachen zu finden, und in Fächern, in denen andere Kompetenzen gefragt sind, die bei diesen Kindern genauso ausgeprägt sind.

Mein Credo ist es, stärker die Kompetenzen der Kinder einzubeziehen und hierauf aufzubauen, bevor man anfängt, den defizitorientierten Blick als dominanten einzuführen. Ich denke, dass beide Ansätze sehr schön sind, um zu zeigen, wo Schwächen und Stärken eines Bildungssystems zu identifizieren sind.

MATTHIAS BETZER:

Um auf die Frage von Herrn Hahn einzugehen, wie mit den jeweiligen Muttersprachen umgegangen wird - Sie haben die Antwort ja praktisch schon mitgegeben: Es ist richtig, dass Französisch privilegiert wird und dass die Muttersprachen von offizieller Seite in keinsten Weise gefördert werden. Es ist allerdings zumindest bei uns so, dass in den *quartiers* etliche Vereine Arabischkurse anbieten, die relativ stark frequentiert werden. Es gibt also einen gewissen Bedarf von Seiten der Bevölkerung, ihre Muttersprache zu lernen in Kursen, die natürlich auch kulturelle Identität vermitteln.

Schulpflicht besteht ab der Grundschule und es ist so, dass die Einschulung auch auf Grund des Wohnortes von statten geht. Das nennt sich *carte scolaire*, d.h. wer in einem bestimmten Bereich wohnt, muss seine Kinder in die Schulen schicken, die in dem Bereich angesiedelt sind. Zurzeit ist dies eine relativ stark politisch besetzte Diskussion, die auch im Wahlkampf eine Rolle spielt. Ich will nicht großartig darauf eingehen, es ist aber so, dass die *carte scolaire* gewisse Handicaps mit sich bringt.

Das passt zu Ihrer Frage, Frau Tank. Wir haben festgestellt, dass Schüler aus den *quartiers* bei der Einschulung in die Grundschule, also in die *classe CP (cours préparatoire)*, teilweise einen Wortschatz von 500 Wörtern haben, während die Kinder aus dem Stadtzentrum, also aus sozioökonomisch etwas besser gestellten Schichten, auf 1.500 Wörter kommen. Da sieht man schon, dass es erhebliche Defizite gibt, die nicht nur kulturell bedingt sind, sondern auch ökonomisch und eben auch geographisch.

Noch ein Wort zu den Stadtteilmüttern und auch zu den Frauen, die sich um die Mütter von Sinti und Roma, um es politisch korrekt

auszudrücken, kümmern. So etwas gibt es in Avignon auch und nennt sich *femmes relais*. Sie haben die gleiche Funktion, vielleicht etwas weniger bildungsorientiert. Es gibt z.B. keine Schulungen in dem Sinne, dass sie sich um eine bestimmte Gruppe von Müttern kümmern, denen sie bildungsorientierte Sachverhalte vermitteln. Das ist eine Idee, die ich mit zurück nach Avignon nehme. Es scheint mir interessant zu sein, in der Richtung noch etwas mehr zu tun.

HELMUTH SCHWEITZER:

Um die Frage Gogolin versus Esser zu konkretisieren: Ich finde diese Diskussion, wie ich Frau Gogolin sehr deutlich gemacht habe, sehr akademisch. Die Realität ist eben nicht so einfach, wie sie aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, wie von Herrn Esser als Soziologe, dargestellt wird. Außerdem würde ich den Begriff Muttersprache nicht bevorzugen. Wenn, müsste man von der Familiensprache sprechen und konkreter von der Familiensprache des Elternteils, der mit den Kindern am meisten in Interaktion ist. In der Regel sind das noch die Mütter. Das wird sich möglicherweise demnächst ändern.

Wir gehen davon aus, dass die Sprache, die die Eltern oder die Mutter am besten spricht, die Vermittlungssprache sein soll. Wenn die Mutter- oder Familiensprache türkisch ist, muss man dann natürlich in der deutschen Sprache Anstrengungen unternehmen, denn – um auch die Essersche Position aufzugreifen – ohne die deutsche Sprache hat man im deutschen Bildungssystem keinen Erfolg. Aber, und jetzt kommt der Punkt: Das ist eine sehr deutsche Diskussion und da assimilierungsorientiert heranzugehen ähnelt der französischen Herangehensweise zu sagen: Wir sind alle französisch und jetzt muss alles in Französisch sein. Das ist einerseits auch wichtig. Trotzdem ist die Frage, ob der Reichtum, der eben nicht Französisch oder Deutsch Sprechenden nicht eben dadurch verschleudert wird, dass man deren Sprache nicht fördert. Und aus ökonomischen Gründen kann man sagen, dass die Förderung der Erstsprache, die nicht Deutsch ist, genau so wichtig ist.

Wir haben in Essen durch die von Herrn Fthenakis skizzierte Orientierungslosigkeit des Bildungssystems in den letzten 30 Jahren inzwischen doppelte Halbsprachler in mehreren Generationen. Eltern haben angefangen, Deutsch mit ihren Kindern zu sprechen, obwohl sie selbst nicht richtig Deutsch sprechen, haben dadurch Minderwertig-

keitskomplexe entwickelt, was wiederum ihr Selbstwertgefühl extrem beeinträchtigt hat. Durch die Aufforderung so zu sprechen, wie sie immer noch am besten können, bekommen sie wieder Selbstbewusstsein, was sie dann befähigt, auch von sich aus Deutsch lernen zu wollen. Und das funktioniert. Die Müttergruppen sind sowieso im Wesentlichen nicht mehr homogen und die Vermittlungssprache der Stadtteilmütherschulungen ist in der Regel Deutsch.

Generell muss man immer genau gucken, wie die Praxis aussieht. Die logische Diskussion bringt da eigentlich relativ wenig.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Zwei Fragen sind an mich gerichtet worden, darunter die Frage, was Co-Konstruktion ist. Wenn sie den Kindergartenbereich in der Bundesrepublik sehen, haben sie eine theoretische Position, die besagt, dass sich das Kind auf Grundlage der Selbstentfaltungstheorien entwickelt und die Erziehung die Aufgabe hat, die eigene stimulierende Umgebung bereitzustellen, damit das Kind seine Bildung voranbringt. Letztendlich ist das Kind der aktive Konstrukteur seiner Bildung und die Erziehung, die Fachkraft, wird ihm von der Umgebung angeboten. Geht das Kind in die Grundschule findet man eine umgekehrte Philosophie. Nun bestimmen exogenistische Theorien das Feld, d.h. was Bildung ist, wird über den Grundschulplan kodifiziert und über die Fachkraft an das Kind vermittelt. In diesem Fall ist die Fachkraft der aktive Konstrukteur, um das Kind aus den Fängen an Bildungsangeboten zu befreien. Deshalb haben wir eine neue, dem gesamten Bildungssystem zu Grunde liegende Position definiert, die ich vertrete. Sie geht von dem Standpunkt aus, dass Bildung stets in Interaktion mit anderen konstruiert wird und an diesem Prozess der Konstruktion beide Partner aktiv sind, die den Bildungsprozess in gemeinsamer Verantwortung gestalten. Wenn Sie diese Position bei der Konstruktion von sozialen Programmen einnehmen, heißt das, dass Sie die Familie, um die es geht, als ebenbürtigen Co-Konstruktionspartner auffassen müssen und diese in der vollen Mitverantwortung in den Prozess einbeziehen, auch dann, wenn Sie aus Ihrer Sicht nicht über jene Kompetenzen verfügt, über die Sie verfügen. Wichtig ist, dass die philosophische Grundlage, auf der Sie operieren, genau dies impliziert und bereitstellt.

Zu dem zweiten Punkt, der angedeutet wurde, Differenzen als Defizit zu sehen, möchte ich anmerken, dass man, wenn man das schon tun muss, gut beraten ist, diese nicht für eine Gruppe von Kindern zu reservieren. Wir wissen, dass auch die deutschen Kinder – das hat Pisa wunderbar bescheinigt – enorme Probleme mit dem Spracherwerb der deutschen Sprache haben. Es handelt sich also um ein generelles Problem der Vermittlung des Spracherwerbs und der Gestaltung und Organisation dieses Prozesses.

Dabei weichen wir in den neuen Bildungsplänen von der französischen Position ab, indem wir der Muttersprache und deren Erwerb zentrale Bedeutung einräumen und die deutsche Sprache nicht als dominante, sondern als zusätzliche Sprache einstufen, dessen Erwerb wir genauso bedeutsam wie den der Muttersprache ansehen. Wir wissen aus den Modellen der linguistischen Forschung, dass der Ansatz, der hierauf aufbaut, mehr Erfolg verspricht und mehr soziale Integration leistet als monolingual ausgerichtete Ansätze, nach denen die Dominanz der deutschen Sprache in unserem System de facto einfach verordnet wird. Und das wird, wie ich angedeutet habe, eingebettet in eine generelle Theorie von Differenzen. Das französische System negiert die Differenzen noch. Das ist eine Schwäche des Systems, über die man in Frankreich nachdenken sollte.

Der zweite Unterschied ist, dass wir nicht *scolariser* als die Hauptaufgabe der *école maternelle* sehen, sondern einen viel breiteren Ansatz einführen, der das ganze Leben des Kindes umfasst. Warum? Weil Bildung von heute nicht Wissensvermittlung, sondern Stärkung von Kompetenzen zum Ziel hat. Diese etablieren sich in den ersten Jahren der Entwicklung des Kindes und verändern ihre Richtung nicht mehr. Und es ist eine große Chance, ein Curriculum nicht nur für den schulischen Erfolg, sondern für das ganze Leben zu entwerfen. Das ist eine Position, die von der französischen differiert.

Wir können das vielleicht in einem anderen Kontext sehr schön und ausführlich beschreiben, aber heute haben wir erst einmal nur auf diese zwei Punkte hingewiesen. In diesem Sinne sollten wir weiterhin voneinander lernen und uns gegenseitig stimulieren. Dazu dient auch der Dialog heute Vormittag.

FRANÇOISE PISSART, *Geschäftsführerin der Roi Baudouin Stiftung in Brüssel:*

Ich habe einige Fragen, was die Verbindung betrifft zwischen der heutigen Thematik und was Sie, Herr Betzer als Initiative vorgeschlagen haben. Sie haben zunächst die Bevölkerung von Avignon skizziert und den großen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund angesprochen, dann haben sie Ihr Projekt vorgestellt, ohne auf die Frage der Immigration zurückzukommen. Konkret würde mich interessieren, ob Sie z.B. den Anteil an Kindern ausländischer Herkunft wissen, von den 150 Kindern, die letztendlich für das Projekt ausgewählt wurden, und ob am Anfang ihrer Arbeit – ich glaube, es handelt sich ja um eine neue Idee, die Sie dabei sind zu realisieren – bei diesen Kindern aufgrund ihres Migrationshintergrundes spezifische Probleme aufgetreten sind.

Das Zweite, was ich zur Diskussion beitragen möchte, ist ein kleines Beispiel. Ich arbeite für eine Stiftung in Belgien, die übrigens Partner der Bosch-Stiftung und der Freudenbergstiftung ist im Rahmen dieses europäischen Projekts. Wir wollen nun ein Projekt unterstützen, das den Akzent auf Tutorate setzt und das folglich Initiativen seitens der Hochschulen dabei stärken wird, Studenten zu ermutigen, Kindern mit Migrationshintergrund in der Grundschule Nachhilfe zu geben. Ich würde gerne wissen, ob es von Seiten der Redner oder auch im Saal Erfahrungen dieser Art gibt, wo bei der Herangehensweise nicht nur das Lernen, sondern auch die Rolle von Vorbildern, die andere Jugendliche für die, die Schwierigkeiten haben, sein können, im Vordergrund steht.

CHANTAL RISSER, *Stellvertretende Bürgermeisterin, Mulhouse:*

Ich möchte noch einmal auf das französische und deutsche Modell zurückkommen bzw. auf die Tatsache, dass in Frankreich die französische Sprache gegenüber der Herkunftssprache privilegiert wird. Wie der Vertreter aus Avignon gerade noch einmal in Erinnerung gerufen hat, haben wir in Mulhouse Grundschulen, wo 80% der Kinder ausländischer Herkunft sind. Ich denke, dass die Kinder, wenn man nicht auf der Tatsache beharren würde, dass Französisch essenziell für die Schule ist, es ihr ganzes Leben lang schwer haben werden. Wir haben festgestellt, dass es einen großen Unterschied macht, ob die Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren die *école maternelle* besucht oder mit

sechs Jahren direkt mit der Grundschule angefangen haben. Diejenigen, die aus einem Umfeld kamen, wo nicht Französisch gesprochen wurde, haben in der Tat einen Rückstand, den sie sehr schwer aufholen können, egal welche Maßnahmen man in die Wege leitet. Wir haben in Mulhouse von dem letzten Vorschuljahr an Sprachateliers geschaffen, wie sie wahrscheinlich anderswo auch existieren. Diese sind nicht nur für Kinder gedacht, die nicht französischer Herkunft sind, sondern für jedes Kind, das aus einem kulturell oder sozial benachteiligten Umfeld kommt, und das Schwierigkeiten hat. Wir versuchen diese Kinder mit spezifischen Mitteln zu motivieren, damit sie ein Interesse für alles entwickeln, was Sprache angeht.

Und ich wollte einfach noch sagen, um auf die Frage der Dame aus Belgien einzugehen, dass wir auch das System haben, das sie angesprochen hat. Wir probieren es gerade mit Studenten der Universität in Mulhouse aus, die Schülern der Sekundarstufe I an Schulen „Ambition réussite“, d.h. in sehr sensiblen Vierteln als Tutor dienen. Ziel ist es, die Schüler ab der 9./10. Klasse zu begleiten, um ihnen zu ermöglichen, die Sekundarstufe II zu besuchen, Abitur zu machen, und sie weiter zu unterstützen, damit sie evtl. studieren können.

Schließlich denke ich, dass man nicht mit den Kindern arbeiten kann, ohne die Familien einzubeziehen, vor allem die Mütter. Denn es stimmt, dass, wenn man sich nicht um beide kümmert, sich Kind und Eltern so auseinander entwickeln, dass ein Zusammentreffen irgendwann schwierig wird, und die Arbeit, die man in der Schule oder in Vereinen macht, sich nicht in der Familie niederschlägt.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank für diese Intervention, die im Grunde eine ganze Palette von Fragen aufwirft und Grundsatzfragen berührt, deren Beantwortung den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen würde. Aber gestatten Sie, dass ich darauf eingehe, weil es mir wichtig erscheint.

Ich stimme mit Ihnen voll überein, dass Ansätze dieser Art nicht ohne und schon gar nicht gegen die Familie und die Eltern erfolgreich sein können. Wir wissen aus der Interventionsforschung, dass sich der Bildungseffekt verdoppelt, wenn die Einrichtung hier sehr eng mit der Familie kooperiert. Insofern ist es eine Position, die, glaube ich, unstrittig ist, sie muss nur implementiert werden.

Der zweite Punkt, der, wie ich meine, kritisch reflektiert werden muss, betrifft den Stellenwert und die Funktion des Spracherwerbs der dominanten Sprachen im Kontext der sozialen Integration. Ich bin nicht überzeugt, dass allein der Erwerb einer Fremdsprache oder der dominanten Sprachen soziale Integration sichert, sondern glaube, dass wir die soziale Integration in ein breiteres Konzept einbetten und die Muttersprache und kulturelle Herkunft als ebenso gewichtige Elemente betrachten müssen anstatt gegen oder ohne sie zu operieren, wenn wir wollen, dass diese Kinder eine soziale Integration ohne die hohen Kosten der Aufgabe ihrer Identität und ihrer Sprache erfahren und sich wirklich mit dem Land identifizieren, das sie empfängt. Für mich ist nur derjenige ein Kosmopolit, der in seiner Kultur verwurzelt ist, seine Sprache beherrscht, seine Identität bewahrt, aber gleichzeitig offen ist für die ganze Welt. Ich gebe zu, dass es nicht einfach ist, diese Art des Verständnisses im System zu etablieren, wir müssen es aber als Ziel erklären und dann, je nach Situation, sehen, wie gut wir dieses Ziel erreichen können. Allein, dass man als Elternteil weiß, dass das Kind nicht instrumentalisiert wird und seine Sprache, seine Religion, seine Kultur im Kontext des Systems nicht beeinträchtigt werden, ist schon eine viel interessantere Basis für eine Kooperation als wenn ich nur dem System diene und ein bisschen Integration und damit Partizipation am Gewinn und am sozialen System für mein Kind ermögliche. Als Migrant weiß ich wovon ich spreche. Das wäre keine Zielsetzung für mich und gar keine für Europa und seine Zukunft. Europa ist der genuinste multikulturelle Kontinent, den wir kennen. Daher haben wir auch eine Verpflichtung, dieser Tradition zu dienen und in ihr den Reichtum des Kontinents zu sehen anstatt ihn über die Bildungssysteme zu eliminieren. Das ist in der Bundesrepublik 30 Jahre lang meine Sorge gewesen.

MARIE-ROSE GALMÈS, *Stellvertretende Bürgermeisterin in Montbéliard*:
Ich bin stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Montbéliard, die 27.000 Einwohner hat. Der Migrantenanteil in unserer Stadt ist hoch. Die meisten Immigranten sind in den 60er Jahren gekommen, um, von Peugeot angeworben, an den Fließbändern zu arbeiten. Wir sind jetzt bei den Problemen der zweiten oder dritten Generation angelangt, die praktisch genauso viele Schwierigkeiten hat, sich zu integrieren, wie die Bevölkerungsgruppen, die erst vor kurzem nach Frank-

reich gekommen sind. Sie verzeichnen eine höhere Arbeitslosenquote und sehen sich nicht als richtige Franzosen. Sicher ist Französisch die Sprache der Republik, und in Montbéliard tun wir viel für die Integration dieser Bevölkerungsgruppen, damit die Kinder das gleiche kulturelle und schulische Niveau erlangen wie die anderen, mit einer generellen schulischen Begleitung und einem „Programm erfolgreiche Erziehung“, das beginnt, sehr gut zu funktionieren. Ich glaube, dass wir alle möglichen Maßnahmen, die es in Frankreich gibt, getestet haben.

Ich möchte auch noch einmal auf den Sprachunterricht eingehen, wobei ich voll und ganz damit einverstanden bin, dass „integriert sein“ nicht heißt „von seinen Wurzeln abgeschnitten“. Ich möchte eine Maßnahme nennen, *ELCO (Enseignement des Langues et Cultures d'Origine)*, Vermittlung der Herkunftssprache und -kultur), das von den Konsulaten angeboten wird und nach dem Unterricht in den Schulen durchgeführt wird. Ich weiß allerdings nicht, ob es das nur in Städten mit einem hohen Ausländeranteil gibt. Alles geschieht in Abstimmung und Kooperation mit den tunesischen, marokkanischen Konsulaten. Dieser Unterricht, der sehr offen und transparent gestaltet ist, scheint mir sehr wichtig, weil er vielleicht das Angebot an Sprachkursen von Vereinen verhindert, die sich sehr viel mehr nur auf die eigene Gruppe konzentrieren.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Der Vormittag und jetzt die Diskussion hat wirklich ein großes Problem identifiziert. Wir haben von den Referenten erfahren, dass es neben der Vermittlung der französischen Sprache auch einen Bedarf im Sinne der Stärkung der Muttersprache gibt. Die Intervention zu den Vietnamesen in Berlin ging in dieselbe Richtung. Nun hören wir Sie. Offensichtlich haben wir einen großen Bedarf, auf den das offizielle Bildungssystem nicht angemessen reagiert. Das ist doch ein Problem, das reflektiert und über das gesprochen werden muss. Vielleicht hängt es auch mit der Philosophie des Systems, mit dem Curriculum, mit den eingestellten Fachkräften zusammen. Auf der anderen Seite bezahlen wir teuer für ein System, bei dem wir nach der zweiten, dritten Generation feststellen, dass darüber Integration nicht erreicht wird. Beides sollte uns veranlassen, gründlich über das Paradigma nachzudenken, was diesem System zu Grunde liegt.

MARIE-THÉRÈSE SANCHEZ-SCHMID:

Ich möchte vervollständigen, was meine Kollegin gerade zur Vermittlung der Herkunftssprache und -kultur gesagt hat. Generell werden hierdurch vor allem die maghrebinischen Sprachen und Türkisch abgedeckt. Im Süden Frankreichs haben wir das auch im Bereich Spanisch, da während des spanischen Bürgerkriegs viele Flüchtlinge gekommen sind. Auf der anderen Seite gibt es dieses „Französisch“, Sprache der Republik. Das ist bei uns besonders wichtig, denn es steht selbst in der Verfassung. Im französischen Schulsystem gibt es Integrationsklassen mit ausländischen Kindern, denen man Französisch als Fremdsprache lehrt (*FLE, Français comme langue étrangère*). Dies stimmt jedoch nicht mit dem Unterricht in der Grundschule überein, denn bei uns wird der Sprachunterricht Französisch eher als Kommunikationsmittel gesehen. Folglich scheint es unabdingbar, die französische Sprache gut zu beherrschen, um als Sprache mit ihr zu arbeiten. Generell bleiben die Kinder, die direkt aus dem Ausland kommen, egal welchen Alters sechs Monate in den Klassen, in denen Französisch als Fremdsprache angeboten wird, damit sie dem normalen Programm, das staatlich festgelegt wird, dann folgen können. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Französischunterricht oder das Beherrschen der französischen Sprache in Frankreich benutzt wird, um die Mutter- oder Herkunftssprache zu verdrängen. Das wird nicht so empfunden.

Und dann, um eine Erfahrung zu schildern: Wir haben auch seit zehn Jahren ein Student-Kind-Tutorat, es zielt allerdings nur auf methodische Hilfe ab: Es geht darum, den Kindern beizubringen, wie sie am besten lernen. Es handelt sich nicht um Nachhilfe, bei der inhaltlich gearbeitet wird. Die Studenten machen nicht für die Kinder Hausaufgaben. Sie werden als große Brüder gesehen, die den Kindern helfen, ihre Aufgaben zu machen, so wie man ihnen zu Hause helfen sollte.

SYBILLE HAUSSMANN, *Integrationsbeauftragte der Kreisverwaltung Düren:*

Ich komme aus Düren, eine kleine Stadt zwischen Köln und Aachen in Nordrhein-Westfalen. Ich würde gerne noch einmal auf die Förderung der Mehrsprachigkeit eingehen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen traditionell muttersprachlichen Unterricht an den Schulen und sind

gerade weg von den Konsularlehrern übergegangen zu Lehrerinnen und Lehrern, die in Deutschland gelernt haben, Türkisch zu unterrichten, und entsprechende Curricula verfolgen. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die Qualität der Lehre von den Konsularlehrern sehr mangelhaft war, manchmal auch sehr nationalistisch oder auf die Herkunftsländer zugewandt.

Leider sind die guten Konzepte, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, nicht mehr in der Fläche vertreten, weil es einfach an finanziellen Mitteln mangelt. Ich frage mich, wie man sie wirklich konsistent weiterentwickeln kann auch für kleinere Sprachen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen das Konzept des muttersprachlichen Unterrichts für die Hauptherkunftsländer, Spanisch, Türkisch, Italienisch usw., aber bei Tamilisch oder anderen Sprachen von Flüchtlingen, afrikanischen Sprachen etc. stößt ein System natürlich sehr schnell an seine Grenzen. Im Moment läuft das dann auch im Ehrenamt, in den Vereinen, dort wo sich Communities zusammenschließen. Ich stelle mir die Frage, wie man unter der Voraussetzung begrenzter Mittel ein System schaffen kann, wo es auch eine Anerkennungskultur der kleinen Sprachen im Schulsystem gibt.

ULI PAETZEL, *Bürgermeister der Stadt Herten*:

Herten liegt im Ruhrgebiet, und ist eine Stadt mit fast 70.000 Einwohnern. Auf Grund der Bergbautradition haben wir einen hohen Anteil Türkischsprachiger.

Ich habe zwei Fragen, die auch noch einmal auf die Anmerkung der Kollegin aus Düren eingehen. In der Tat ist die muttersprachliche Förderung etwas, was die Migrantengruppen bei uns sehr stark nachfragen, wo auf der anderen Seite aber die Lehrer nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir hatten in der Stadt vier Lehrer, die pensioniert waren und für den muttersprachlichen Unterricht aus anderen Städten eingeflogen wurden, die inzwischen nicht mehr da sind. Es gibt keinen Ersatz, nur eine große Nachfrage. Auf der anderen Seite frohlocken aber die deutschen Gruppen in der Stadt: Wunderbar, jetzt können sie ja nur noch Deutsch sprechen. Im Moment gibt es keinen Unterricht mehr. Das heißt, bei allem Respekt vor dem muttersprachlichen Unterricht stellt sich für mich auch die Frage, wie man diesen in die Stadt hineintransportiert und akzeptabel macht. Gibt es da Strategien?

Dann möchte ich Sie gerne fragen, wie man muttersprachlichen Unterricht oder Sprachförderung insgesamt vor dem Hintergrund sehen kann, dass wir in den türkischen Elternhäusern eigentlich keine richtigen Muttersprachler mehr haben, sondern Personen, die auch die türkische Sprache nicht adäquat sprechen. Das ist ein großes Problem, das wir im Ruhrgebiet insgesamt haben. Ist es dann überhaupt sinnvoll zu sagen, man geht von der vermeintlichen Muttersprache aus, obwohl man in der zweiten, dritten oder vierten Generation inzwischen gar keine Türken, sondern Deutsche hat, die hier leben, allerdings in einer abgeschotteten Parallelgesellschaft – ich gebrauche das Wort trotzdem – und eine Mischung einer Sprache sprechen, die eigentlich nirgendwo existiert und mit der sie in der Türkei auch nicht durchkommen. Wie geht man mit einem solchen Phänomen um?

Eine weitere Frage an Sie, Professor Fthenakis: Mich würde sehr die Theorie der Differenzen interessieren, die Sie angesprochen haben: Führen Sie in dem Zusammenhang neben der Sprache, neben einer Politik der Anerkennung bzw. einer Anerkennungskultur, die unzweifelhaft sein muss, auch an irgendeiner Stelle aus, inwiefern Integration gelingen kann, wenn es uns nicht auch gelingt, die ökonomische Basis der Gesellschaft zu verändern, so dass wirtschaftliche Integration gelingen kann. Ich will das provokant zuspitzen. Wir können alle Migranten toll fortbilden, wir haben aber trotzdem eine Diskriminierung in der Gesellschaft und spätestens beim Übergang von der Schule in den Beruf keine Ausbildungsplätze für die Migranten. Dann stehen wir an der gleichen Stelle da und auch die Anerkennungskultur ist futsch, weil spätestens dann die ökonomische Realität den Überbau einholt.

HÉLÈNE SCHUNK, *Beauftragte für Internationale Beziehungen bei der Stadt Rüsselsheim:*

Meine Frage an Herrn Betzer. Ich bin fasziniert von der Koordination der Akteure in Ihrem Programm. Wir haben in Rüsselsheim etliche Programme, aber die Koordination gelingt uns seit zehn Jahren nicht, weil die Leute nicht bereit sind, so eng miteinander zu arbeiten. Deswegen würde es mich sehr interessieren, wie Sie das in Avignon scheinbar erfolgreich durchgebracht haben. Wir haben viel guten

Willen und sehr viele Leute, die bereit sind, etwas zu tun, aber diese Leute zu koordinieren ist unheimlich schwierig.

CLAUS SCHÄFER, Büro für Integration, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Stadtallendorf.

Meine erste Bemerkung geht in Richtung Hessen. Herr Professor Fthenakis, Sie sind ja als Berater für die hessische Landesregierung im Zuge des Gesamtbildungsplanes zuständig. Meine dringende Bitte an Sie, unserer Kultusministerin Ihr Projekt tatsächlich zu vermitteln, besonders was die Diversität bzw. die Wertschätzung der Muttersprache bedeutet. Da haben wir noch ein bisschen Nachholbedarf. Zumindest ist noch nicht bis in die Öffentlichkeit vorgedrungen, dass es bei ihr angekommen ist.

Eine andere Bemerkung aus unserer Erfahrung in der Kleinstadt Stadtallendorf, die in unserem Landkreis liegt und einen hohen Migrantenanteil durch Industrialisierung und Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte nach dem Krieg bekommen hat: Ca. 15% der dortigen Bevölkerung sind türkischstämmig, deshalb arbeiten wir dort auch im Wesentlichen mit türkischstämmigen Personen bzw. versuchen, mit ihnen Programme zu entwickeln. Dabei sind wir gerade von der türkischstämmigen Bevölkerung immer wieder auf die Bedeutung der Familie hingewiesen worden. Bei uns Deutschen hat es sehr lange gedauert, bis wir kapiert haben, dass wir die Programme nicht für die Kinder machen müssen, sondern für die Familien, d.h. die Eltern mitnehmen müssen, und dabei auch die Muttersprache sehr stark mitberücksichtigen. Wir haben in den letzten Jahren ein Programm, das sich an „Griffbereit“ anlehnt und das wir von der RAA adoptiert und ausgebaut haben, durchgeführt, in dem auch das Element der - Sie nennen es Stadtteilmütter, wir nennen es Familienberaterinnen - aufgegriffen wurde. Als wir nach qualifizierten Mitarbeiterinnen gesucht haben, haben wir die in unserem Umfeld allerdings nicht gefunden. Wir mussten nun auf die Selbstqualifizierung dieser Mitarbeiterinnen setzen, weil das für die Familien auch ein ganz wichtiger Punkt ist. Es wird nachgefragt: Sind denn das qualifizierte Mitarbeiterinnen, die mit uns diese Dinge machen, die auf unsere Fragen eingehen? Und wenn man mit den Familien arbeitet, kommen meistens nicht nur Erziehungsfragen auf das Tablett, sondern Fragen, die das ganze Leben der Familie betreffen. Diese werden dann integriert, was

das Programm für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unheimlich intensiv macht, wo sie dann aber auch häufig an ihre Grenzen stoßen.

Einmal ist also wichtig, die Qualifizierung der Mitarbeiter in solchen Konzepten zu bedenken, und immer die gesamte Familie mitzunehmen.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Ich denke, dass wir jetzt die beiden Referenten bitten sollten, darauf zu reagieren, dann schließe ich die Diskussion ab. Ich fürchte, dass wir nicht die Zeit haben werden, noch eine weitere Gesprächsrunde durchzuführen, aber ich denke, dass mit den Fragen, die geäußert wurden, sehr, sehr wichtige Aspekte der Thematik angesprochen wurden.

MATTHIAS BETZER:

Zwei Fragen wurden an mich gerichtet, die erste von Frau Pissart. Der Anteil der ausgewählten Schüler setzt sich wie folgt zusammen: nahezu 75% sind maghrebinischer Herkunft, 15% Sinti und Roma, und der Rest, d.h. 10%, kommt aus Frankreich. Das ist purer Zufall. Es sind keine Anteile, die wir vorher festgelegt haben. Die Auswahl, die ich versucht habe in meinem Vortrag darzustellen, wurde zunächst durch die *Education Nationale* durchgeführt. Einige Kriterien, die wir zusammen festgelegt hatten, wurden angewendet, aber der Migrationshintergrund selbst (der nun im Fall von 75% zutrifft) war kein Kriterium. Die Symptome und die Konsequenzen kultureller Differenz, die dies mit sich trägt, wurden berücksichtigt. So erhält man einen Katalog an Kriterien: etwa 10 Kriterien aus dem gesundheitlichen Bereich, 10 soziale und hygienische Kriterien und 10 schulische Kriterien. Die Kinder, die in mehreren Bereichen Schwierigkeiten aufweisen, werden stärker eingebunden als andere, weil sie oft bereits alle möglichen Maßnahmen ohne Erfolg durchlaufen haben. Die Koordination der Maßnahmen führt die Personen zur Lösungsfindung jedoch wieder zusammen.

Zweite Frage, was die Koordinierung angeht: In Frankreich gibt es diesen großen nationalen Konsens, *politique de la ville*, diese Stadtentwicklungspolitik, die trotz gewisser politischer Unterschiede von allen mitgetragen wird und die sich auf lokaler Basis in Verträgen

niederschlägt. Diese Verträge werden operativ von ganzen Abteilungen begleitet, zumindest in Avignon. Dadurch haben wir eine gewisse Legitimierung für die Koordinierung und die Initiierung von neuen Projekten und Programmen, d.h. wir sind automatisch immer mehr oder weniger im Zentrum der Koordinierungsversuche. Falls wir nicht die Möglichkeiten personeller Art haben, wird versucht, die Abteilung zumindest zeitweise zu verstärken. Das läuft oft bei uns zusammen – nicht immer, es gibt natürlich auch andere, wo wir dann weniger kompetent sind – aber diese große Einigkeit, dass globale Stadtpolitik gemacht werden muss, vereinfacht die Sache in der Regel auf lokaler Ebene.

HELMUTH SCHWEITZER:

Zunächst zur Frage von Herrn Paetzel zur Bedeutung der Muttersprache. In meinem Beitrag hatte ich schon gesagt, dass wir nach inzwischen zehn Jahren Rucksack das, was ich zugespitzt die Kolonialisierung der Lebenswelt der Migranten nenne, erlebt haben. Nach 30 Jahren Erziehung zum Nichtintegrieren haben wir in den Folgegenerationen leider doppelte Halbsprachigkeit; darunter sind Kinder, die jetzt Rucksack-Programm-Teilnehmer sind. Ich würde da genau wie Herr Professor Fthenakis sagen, dass das Entscheidende sein wird, weiter daran zu arbeiten, dass wir diesen zweisprachigen Multiplikatoren das Bewusstsein vermitteln, dass sie erfolgreich sein können und ihnen helfen, ihre Anerkennung wieder zu entdecken. Wir haben schon vor zehn Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Mütter in dem Mütterprogramm mitgekriegt haben, Türken sind ja gar nicht dümmer als Deutsche. Das hatten sie vorher noch angenommen, weil sie gemerkt haben, dass sie keine Schulerfolge haben. Dass diese Mütter ihr Selbstbewusstsein zurückgewinnen, ist zentrale Aufgabe des Rucksack-Programms geworden.

Aus diesem Grund versuchen wir das Programm so flexibel wie möglich zu handhaben, nicht nur schematisch ein Curriculum abzuarbeiten, sondern immer Platz für Themen zu lassen, die von den Müttern selbst eingebracht werden. Man kann auch nicht erwarten, dass man nach dem Trichtermodell zwanzig verschiedene Themen in einem Schuljahr auf die Eltern hereinbricht. Das hat mit der Wirklichkeit vor Ort dann nichts zu tun.

Außerdem braucht man hochqualifizierte, zweisprachige Lehrer. Diese zu finden und einzustellen, ist in der Tat ein Problem. Ehrlicherweise muss man sagen, dass es die rot-grüne Landesregierung war, die, als sie in Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre an der Regierung war, gegen den Abbau der Muttersprachen vorgegangen ist durch die Schaffung neuer Stellen. Was die Personen betrifft, haben wir, wie Frau Haussmann gesagt hat, trotzdem das Problem, dass wir vor 30 Jahren Leute eingestellt haben, die sehr herkunftslandorientiert waren, nicht fortgebildet wurden und jetzt in Pension gehen. Und die jungen Lehrer konnten nicht eingestellt werden, weil sie Kurzzeitverträge haben, während die alten bis zur Rente durchgezogen werden. Diese Situation haben wir bis heute nicht verändern können. Im Gegenteil, wir sind dabei, Stellen abzubauen.

Wir stimmen also voll zu, dass sich Mütter, die sich als Stadtteilmütter qualifizieren, in ihrer Bildungsmotivation ganz neu stärken. Sie merken auch, dass sie mehr für ihre eigene Gruppe tun wollen und werden plötzlich aktiv, nicht nur besser Deutsch zu lernen, sondern auch ihre Muttersprache noch zu qualifizieren. Wir haben nach zehn Jahren die ersten Anzeichen dafür, dass sie nicht nur in der Elternarbeit oder der Kindertagesstätte aktiver werden und sich in der Grundschule in den Lehrerrat wählen lassen, sondern auch beginnen, sich stärker um ihre Community zu kümmern, was für mich ein ganz wichtiger Punkt ist, gerade weil wir in Deutschland ähnlich wie in der Türkei im Umgang mit Minderheiten sehr staatsfixiert sind nach dem Motto: alles Gute kommt von oben.

Mein dritter Hinweis wäre, dass auch die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen langsam beginnt, die Bedeutung der Mehrsprachigkeit als ganz ökonomisches Kalkül zu entdecken. Die Baden-Württemberger und die Bayern sind da sicher weiter, vielleicht auch die Hessen, weil es dort ein bisschen blühendere Landschaften gibt als im nördlichen Ruhrgebiet. Wenn wir von der Wirtschaft Unterstützung kriegen, und das deutet sich an, kann man Mehrsprachigkeit in Zukunft im Sinne eines kosmopolitisch orientierten, weltoffenen Europas zum Zuge bringen.

WASSILIOS E. FTHENAKIS:

Vielen Dank. Meine Damen und Herren, wir sollten alle zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Kinder in dieser Welt in einem bilingualen oder mehrsprachigen sozialen Raum aufwachsen.

Zweite Vorbemerkung: Wenn Sie im deutschen Bildungssystem die Kinder mit Migrationshintergrund sehen, die Erfolg haben, ja sogar überdurchschnittlich gute Resultate erzielen, stammen sie aus Familien, die bildungsbewusst sind und sich eine Menge an Bildungsangeboten für ihre Kinder leisten können. Das sollte uns zunehmend veranlassen, darüber nachzudenken, dass es sich nicht um eine Frage der fehlenden Kompetenz, sondern um eine Frage der Bereitstellung von Ressourcen für diese Kinder handelt. Und wenn es so ist, dass ein Land nur auf Grund der Humanressourcen überleben kann, darf uns natürlich kein Kind verloren gehen.

Damit komme ich zu dem System: Das Verständnis um Integrationsformen des deutschen Bildungssystems, und ich habe heute gelernt, teilweise auch des französischen, ist mitverantwortlich dafür, dass über Sprachvermittlung keine gelungene Integration gesichert werden kann. Wir führen unsere Konzepte noch zu häufig auf die Dominanz einer Sprache zurück und auch wenn sie verfassungsmäßigen Rang hat, verbietet das ja nicht andere Sprachen. Die Frage ist für mich also vor allem, wie das System mit dem Kind, mit seiner Kultur und Muttersprache umgeht. Wenn diese nicht berücksichtigt werden und nicht ebenso nach den vorhandenen potenziellen Möglichkeiten mitgestaltet werden, werden Sie keine soziale Integration schaffen. Dies beweist auch das Beispiel des jüngsten Frankreichs, wo es trotz allem nicht gelingt, soziale Integration zu sichern. Warum? Weil soziale Integration nicht über die Instrumentalisierung eines Spracherwerbs zu Stande kommt. Zudem sehen moderne Bildungsprogramme den Spracherwerb nicht als Ende der Geschichte, sondern gehen einen Schritt weiter, wenn sie betonen, dass man diesen nutzen muss, um dem Kind kommunikative Kompetenz zu vermitteln.

Wir brauchen demnach ein umfassendes Kompetenzkonzept, das die Kinder befähigt im sozialen Kontext mitzugestalten, mitverantworten und ein gesundes Selbstkonzept zu entwickeln anstatt ihnen über das System subtil zu vermitteln, dass ihre Sprache nicht dominant ist und nicht den gleichen Wert wie die anderen hat. Wir verlet-

zen die Kinder auf diese Weise und wir berauben uns der besten Bildungsvoraussetzungen, um Integration zu erreichen. Integriert wird niemand, der ein schwaches Selbstwertgefühl hat, der nicht kompetent mit seiner Umwelt umgehen kann oder nicht fähig ist zu partizipieren und mitzugestalten. Insofern sollte die soziale Integration frei konzeptualisiert werden.

Was die türkische Bevölkerung betrifft, ist es in der Tat so, dass wir Migranten haben, die vor 40/50 Jahren zu uns kamen und nun von ihrem Land abgekoppelt sind. Ihre Sprache hat sich weiterentwickelt und verändert, sie sprechen jedoch noch das Türkisch der 50er/60er Jahre. Zudem haben sie oft keine Zeit, mit ihren Kindern zu sprechen. Das Sprachanregungsmilieu in der Familie ist absolut arm. Was haben wir getan? Welche Chancen haben wir? Ich habe selbst 20 Jahre mit diesen Fragen gearbeitet. Ich habe Kommissionen in der Türkei, in Italien, in Griechenland, damals in Jugoslawien, in Spanien, in Portugal mit den besten Experten eingerichtet, die Märchen, Erzählungen und alles Mögliche gesammelt haben. In einer Arbeitsgruppe haben wir alle Materialien in meinem Institut in München gesichtet, aufbereitet und bilingual gestaltet, und wir haben geglaubt, das wird überhaupt keinen Erfolg haben. Wer interessiert sich für ein türkisches Märchen, das auch auf Deutsch übersetzt und vermittelt wird. Ich sage Ihnen, wir haben bis jetzt sieben Auflagen und können uns nicht vor Nachfragen retten.

Das dokumentiert noch einmal, was wir heute gehört haben. Es gibt einen massiven Bedarf. Dazu haben wir heute die technologischen Möglichkeiten, die wir systematisch nutzen sollten, um das Angebot auch in den Familien zu bereichern. Wir können nicht nur warten und hoffen, dass die Eltern es mit ihren Kompetenzen schaffen und wenn nicht, ihrem Schicksal ausgeliefert sind. Verantwortliche Bildungssysteme adressieren Angebote nicht nur an das Kind, sondern ebenso an die Familie. Diese Dimension der Bildung müssen wir viel mehr stärken, die Eltern einladen und so in ihnen die Überzeugung stärken, dass ihre Sprache für uns ein Reichtum ist. Als ich vor zwei Jahren in den USA war und eine Einrichtung besuchte, hingen da zwei sehr große Bilder von zwei koreanischen Mädchen. Ich habe gefragt, warum sie da hängen, worauf ich die Antwort bekam, weil diese Kinder uns bereichern. Wenn Sie eine solche Philosophie einführen und einen breit angelegten Kompetenzansatz in dem Sys-

tem etablieren, wenn Sie Sprachen nicht lediglich instrumentalisieren, sondern diese als Mittel und Zweck zur besseren Kommunikation ansehen, wenn Sie anfangen, das Angebot nicht nur institutionell zu behandeln, kann soziale Integration gelingen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Beteiligung und hoffe, dass dieser Vormittag Ihnen die eine oder andere Idee gegeben hat, die Sie für Ihre weitere Arbeit nutzen können. Mein Dank geht auch an die Dolmetscher und die beiden Stiftungen, die uns heute diese Gelegenheit eines Gedankenaustauschs gegeben haben.

Arbeitsgruppe 2: Übergangsmanagement von der Schule in Ausbildung und Beruf

JAN NIESSEN, *Direktor der Migration Policy Group, Brüssel:*

Ich möchte Sie noch einmal hier in Stuttgart begrüßen, zu unserem zweiten Tag der Bürgermeisterkonsultation über Integrationspolitik und Förderung der Chancengleichheit auf kommunaler Ebene. Nachdem wir gestern eine äußerst interessante und lehrreiche Sitzung hatten, haben wir jetzt die Gelegenheit, unsere Kenntnisse über die genuin lokalen Fragestellungen zu vertiefen. Ich bin sehr glücklich darüber, dass ich in unserer Mitte außerordentliche Referenten begrüßen darf, die aus einer reichen Erfahrung sprechen können. Ich schlage vor, dass wir uns nach den beiden Vorträgen in einer hoffentlich lebhaften Debatte über das Gehörte austauschen. Ich bin zwar der Moderator dieser Arbeitsgruppe, aber ich hoffe, dass sie alle Moderatoren dieser Sitzung sein werden. Hiermit gebe ich das Wort an zwei Personen, die für oder mit der *Fondation FACE* arbeiten, Herrn Creppy und Frau Mackiw. Sie werden uns zunächst eine kleine Vorstellung dieser Organisation geben und dann genauer auf ihre Arbeit eingehen, vor allem in Frankreich, aber insbesondere in Nordfrankreich, in Lille.

Ayité Creppy/ Monique Mackiw

(Direktor der Stiftung FACE, Lille/ Leiterin der Personalabteilung bei der Caisse d'Epargne, Flandern)

Das Arbeits- und Aktionsfeld von FACE Lille Métropole

AYITÉ CREPPY:

FACE Lille Métropole wurde 1996 gegründet und ist Mitglied einer Stiftung, die in ganz Frankreich regionale Netze „Aktiv gegen Exklusion“ (FACE) schafft. In diesem Netz sind 25 Gemeinschaften lokaler Unternehmen aller großen Städte Frankreichs vereint. FACE Lille Métropole engagiert sich gemeinsam mit den Unternehmen im ganzen Stadtgebiet, mit einer Bevölkerung von insgesamt einer Millionen Einwohnern, aber auch in der Umgebung. Zuallererst hat die Arbeit von FACE verschiedene territoriale Ausprägungen: Wir agieren in der direkten Nachbarschaft, im größeren Stadtgebiet sowie auch regional. Heute wird es um die Nachbarschaftsarbeit gehen, die in Kooperation mit den Unternehmen gestaltet wird, um Brücken zwischen Schule und Unternehmen zu bauen. Erfolg kann diese Arbeit nur haben, wenn die drei folgenden Elemente berücksichtigt werden: Erstens geht die Aktion vor allem von den Unternehmen aus. Sie müssen den Kommunen zur Seite stehen, damit nicht nur punktuell, sondern permanent etwas unternommen wird. Zweitens die Nähe im zeitlichen Horizont. Die Partnerschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie in die Politik des Stadtverbunds eingepasst wird. In Lille gibt es eine starke Sparte zum Bildungserfolg, also wie die Eingliederung der Jugendlichen gefördert werden kann. FACE handelt mit Partnern aus der Nachbarschaft. Diese sind die Kommune, die Vereine in den Stadtvierteln, die Sozialzentren und selbst die Familien. Schließlich leiten zwei Elemente jegliche unserer Aktionen: unsere Werte einerseits, aber vor allem das Streben nach Leistungsfähigkeit. Für uns zählt das Ergebnis enorm. In der Nachbarschaft handeln und sich für die leichtere Integration der Jugendlichen engagieren muss bewertet werden. Dies erfolgt nach drei Hauptkriterien:

- Die Entwicklung der Jugendlichen, d.h. die quantitative und qualitative Entwicklung ihrer Laufbahn;
- Die Einbindung der Unternehmen;

- Die Ressourcen (i. S. v. Wissen, Methoden, Persönlichkeit), die von den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, um diese Eingliederung zu vollziehen.

MONIQUE MACKIW:

126 Unternehmen sind der Stiftung „Aktiv gegen Exklusion“ beigetreten und der Erfolg unserer Stiftung fußt in der Vernetzung der Unternehmen, Institutionen und der Stiftung selbst. Man kann nicht integrieren ohne die Personen, die in Schwierigkeiten sind, in ein Arbeitsverhältnis zu bringen. Diese 126 Unternehmen engagieren sich über lange Zeit, um die Herausforderung, Bevölkerungsteile, die aus dem System ausgeschlossen sind, in die Arbeit zu bringen, erfolgreich zu meistern. Diese Erfahrung beruht auf einer *win-win*-Strategie zwischen den Menschen, die aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, den Unternehmen und den Institutionen, d.h. die Kommunen, das Arbeitsamt und die Institutionen, die für Arbeitseingliederung zuständig sind.

AYITÉ CREPPY:

Die Arbeitsbereiche von FACE Lille Métropole umfassen drei Tätigkeitsfelder:

- Prävention und Chancengleichheit: Gegen Ursachen von Exklusion aktiv werden;
- Arbeit (Emploi): Handeln und einen Arbeitsvertrag ermöglichen und auf berufliche Folgen der Exklusion reagieren;
- Innovation: Neuen Formen der Exklusion vorgeifen und durch Lösungsvorschläge konkrete Antworten auf die Exklusion geben. Es geht hier vor allem um Beratung und Ausbildung.

Unser erstes Ziel besteht darin Lösungen zu finden, um eine dauerhafte Beziehung zwischen den Unternehmen und den Schulen aufzubauen, denn FACE Lille möchte vor allem die Chancengleichheit für Jugendliche in Problemsituationen herstellen und diesen Jugendlichen den Wert Arbeit vermitteln.

Monique Mackiw:

Wir haben drei Arbeitsdynamiken aufgebaut:

1. Die Jugendlichen auf den Eintritt in ihr Berufsleben vorbereiten

Dafür haben wir Brücken zwischen den Schulen und den Unternehmen aufgebaut, die beiden Seiten den Zugang zur jeweils anderen Institution ermöglichen. Die Unternehmen haben einen Einblick in die Schulen und umgekehrt. Damit möchten wir das Unternehmen entmystifizieren, bei den Jugendlichen ein Verständnis des Unternehmertums entwickeln, Unternehmergeist und den Willen etwas zu schaffen wecken. Hinzu kommt, dass wir den Wert der Integration bei der Arbeit entwickeln wollen. Es geht darum, den Jugendlichen den Sinn der Arbeit zu verdeutlichen, denn diese Jugendlichen kennen dies nicht zwingend aus ihren eigenen Familien. Schließlich möchten wir die Kooperation zwischen dem Unternehmertum, der Schule und den Stadtvierteln verbessern.

Das Unternehmen bewegt sich in Richtung Schule

FACE Lille hat mit seinen 126 Partnerunternehmen Investitionsgemeinschaften gegründet. Das bedeutet, dass die Jugendlichen ein Schuljahr lang ihr eigenes „Miniunternehmen“ gründen. Dabei werden sie von Lehrern und Unternehmenschefs begleitet, die über das Jahr verteilt in 18 Arbeitseinheiten à zwei Stunden präsent sind. Die Jugendlichen lernen so ihr eigenes Unternehmen aufzubauen, ein Produkt auszuwählen, eine Marktanalyse zu erstellen, ihr Team zu bilden, die Rollen von Personaldirektor, Finanzabteilung und Buchhaltung zu besetzen. All das wird für die Jugendlichen durch eine Regionaltagung in den Unternehmen konkreter (ein erster Kongress hat im Mai 2007 bei *Décathlon* stattgefunden), bei dem alle Jugendlichen ihr Unternehmen und ihr Produkt vorstellen. Abgeschlossen wird die Veranstaltung durch eine Generalversammlung. Das Ziel dabei ist, den Jugendlichen zu helfen, zu verstehen, was die Welt des Unternehmens ist und Unternehmer zu werden.

Die Schule bewegt sich in Richtung Unternehmen

Alle Partner engagieren sich, indem sie das ganze Jahr über Jugendliche ab der 11. Klasse (*Seconde*) empfangen, um ihnen ihr Unternehmen zu zeigen, sie Berufe entdecken zu lassen und sich mit den Unternehmern und Managern in der Nachbarschaft auszutauschen. Das Ziel für diese Jugendlichen ist, die Arbeitswelt durch ihre Berufe und ihre Organisation zu erfahren.

2. FACE Gleichheit (*égalité*) – Den Zugang zum Unternehmensnetz erleichtern

Die Kommunen und die Institutionen wie das Arbeitsamt verfügen über eine große Anzahl von Lebensläufen und Kompetenzen. Viele Jugendliche mit Abitur und weiteren fünf, sechs oder sieben Jahren Ausbildung, aus Problemvierteln oder mit unterschiedlichen Wurzeln, sind aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen, weil sie das Unternehmensnetz nicht kennen. Deshalb sind FACE und seine Partner aktiv geworden, um eine Verbindung zwischen diesen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Jugendlichen und den Unternehmen herzustellen. So ist ein Sommerforum im Unternehmen entstanden, bei dem die Unternehmen Plätze für diese Jugendlichen in Schwierigkeiten freihalten, Praktikumsforen und Zweckforen, bei denen Arbeitssuchende direkt Unternehmen die einstellen treffen. Das Ziel ist also, Mitarbeiter zu integrieren und die Nachbarschaftspartnerschaft zu stärken, um den ausgeschlossenen Jugendlichen einen Zugang zur Arbeitswelt zu verschaffen.

3. Patenschaften – Den Jugendlichen bei der Arbeitssuche helfen und sie begleiten

Bei diesen Patenschaften stellen die Unternehmen den Jugendlichen Mitarbeiter aus der Personalabteilung zur Verfügung, damit ihnen beim Verfassen ihrer Lebensläufe geholfen wird, und um dabei ihre beruflichen Vorstellungen zu ermitteln, Einstellungsgespräche zu simulieren, verschiedene Netze miteinander zu verknüpfen und dadurch eine individuelle Begleitung zu ermöglichen.

AYITÉ CREPPY:

Alles in allem sprechen wir von einer langfristigen Arbeit und von einem wohnortnahen Engagement, die in Kriterien wie Arbeitsplätzen, beruflicher Neuorientierung und Praktika gemessen werden können. Die Vorbereitung auf das Berufsleben muss im Vorhinein und sehr früh beginnen, was einer Einbindung von Unternehmen und Partnern bedarf. Die Zielsetzungen von *FACE* Lille Métropole sind die Aktionen zu verstärken, indem wir uns in die Nähe all der Unternehmen in der Region begeben, um gegen numerische Exklusion vorzugehen, arme Arbeiter, den Qualifikationsverlust, die Exklusion durch neue Diskriminierungsformen und durch Mobilität. So definiert sich die Erfahrung von *FACE*.

JAN NIESSEN:

Ein sehr interessanter Vortrag. Ich vermute, dass Sie sehr präzise Fragen haben und gerne mehr über dieses Projekt wissen möchten. Sie haben Gelegenheit, ihre Fragen nach dem zweiten Vortrag zu stellen, da es sehr interessant ist, beide Aktivitäten zu vergleichen: Die von *FACE* in Frankreich mit dem, was sich in Deutschland, genauer in Hamburg, abspielt. Deshalb schlage ich vor, dass wir zunächst Herrn Goedeke aus Hamburg hören, der uns über seine Arbeit mit den Hamburger Hauptschulen informieren wird.

Michael Goedeke

(Projektleiter)

Das Hamburger Hauptschulmodell

Historie

Das „Hamburger Netzwerk der Initiative für Beschäftigung“ wurde im Frühjahr 1999 gegründet. Es startete im Schuljahr 1999/2000 das Projekt „Berufsorientierung und Ausbildungsplatzvermittlung“ für Hamburger Schulabgänger mit Hauptschulabschluss. Bereits im ersten Jahr stellten die Unternehmen des Netzwerks 200 Ausbildungsplätze für das Projekt zur Verfügung, die bis dahin Abgängern weiterführender Schulformen vorbehalten waren.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Stärken und Interessen ein besserer Indikator für die Ausbildungseignung sind als Zeugnisnoten,

arbeiten alle staatlichen Hamburger Haupt- Integrierte Haupt- und Real- sowie Gesamtschulen, Berufsberatung und 73 bedeutende Unternehmen in einem Drei-Pfeiler-Modell der Berufsorientierung frühzeitig zusammen.

Ziele

Das Hauptziel des Projekts besteht in einer deutlichen Erhöhung der Übergänge in die ungeforderte duale Ausbildung direkt nach Ende der allgemeinbildenden Schulzeit. Alle Schülerinnen und Schüler, die am Anfang ihres letzten Schuljahres die Prognose „Hauptschulabschluss“ erhalten, werden in das Modell eingebunden.

Die konkrete Zusammenarbeit mit Unternehmen und Schulen soll das Bewusstsein der Lehrkräfte und Schüler dafür schärfen, dass ausreichende Leistungen im Lesen, Schreiben, Rechnen und in Englisch eine notwendige Voraussetzung zur beruflichen Integration sind. Durch die Verknüpfung mit realen Ausbildungsperspektiven für Hauptschulabgänger wird deren Lernmotivation gesteigert. In den Unternehmen steigt die Bereitschaft, Ausbildungsplätze wieder mit Hauptschulabsolventen zu besetzen.

Umsetzung

Kern des Konzepts ist das Drei-Pfeiler-Modell, bei dem Schule, Berufsberatung und Betriebe eine Brücke von der Schul- in die Arbeitswelt bilden. Jeder Pfeiler hat dabei eigene, definierte Aufgaben:

1. Schule

Zu Beginn des letzten Schuljahres werden in der Schule die Stärken und Interessen der Schüler ermittelt. Hierbei wird auch solchen Stärken eine besondere Bedeutung beigemessen, die im Schulalltag nicht unbedingt zur Geltung kommen. Die Schüler dokumentieren die Ergebnisse schriftlich für die folgenden Beratungen.

2. Arbeitsagentur

In der Berufsberatung der Arbeitsagentur werden auf Basis der festgestellten Stärken und Interessen passende Ausbildungsberufe gesucht, fachliche und persönliche Voraussetzungen geklärt sowie Vermittlungsvorschläge unterbreitet.

3. Unternehmen

In einem dritten Schritt wird ausbildungsinteressierten Schülerinnen und Schülern eine Beratung durch Personalreferenten in einem der jeweiligen Schule zugeordneten Unternehmen angeboten. Hierbei erhalten sie eine Rückmeldung aus Unternehmenssicht darüber, ob sie ihre Berufswahl schlüssig begründen können, sich gut über Tätigkeiten und Anforderungen ihres Wunschberufs informiert haben und ob ihr Auftreten und ihre Bewerbungsunterlagen angemessen, bzw. an welchen Stellen sie verbesserungswürdig sind. Die Beratungen finden in den Unternehmen statt und sind damit zugleich eine gute Vorbereitung auf zukünftige Vorstellungsgespräche.

Koordinierungsstelle Ausbildung

Die Koordinierungsstelle Ausbildung bei der Arbeitsstiftung Hamburg ist Anlaufstelle für Schulen, Arbeitsagentur und Unternehmen. Sie informiert Schüler, Eltern und Lehrer über die geplanten Abläufe, sorgt für zeitnahe Beratungen in Arbeitsagentur und Unternehmen und unterstützt die Jugendlichen, bis sie einen geeigneten Ausbildungsplatz gefunden haben. Finanziert wird die Koordinierungsstelle aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, der Arbeitsagentur und des Europäischen Sozialfonds.

Ein Planungs- und Steuerungssystem stellt sicher, dass kein motivierter Abgangsschüler mangels rechtzeitiger Unterstützung einen für ihn passenden und möglichen Ausbildungsplatz verfehlt. Während des letzten Schuljahres wird Transparenz über den Stand der Orientierung und Vermittlung für jeden Schüler hergestellt. Schulleitung, Schulaufsicht und Behördenleitung erhalten viermal jährlich Planungs- und Ergebnisdaten ihres Verantwortungsbereichs.

Die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler richtet sich grundsätzlich nach dem individuellen Bedarf. Einige benötigen nur Informationen über die nächsten Schritte, mit anderen werden Bewerbungsunterlagen überarbeitet oder Telefon- und Vorstellungsgespräche vorbereitet. Ziel ist dabei, dass die Jugendlichen in Selbstverantwortung und durch eigene Aktivitäten einen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Durch diese Begleitung soll auch verhindert werden, dass Schüler bereits bei der ersten enttäuschenden Erfahrung die Ausbildungsplatzsuche abbrechen.

Zunehmend wird die Koordinierungsstelle Ausbildung gebeten, für Betriebe eine Vorauswahl der nach ihren Stärken und Interessen geeigneten Jugendlichen vorzunehmen.

Ergebnisse

Die Quote der Übergänge in die ungeforderte duale Ausbildung konnte von deutlich unter 10% auf jetzt über 17% gesteigert werden. Jugendliche mit Hauptschulabschluss konnten dabei Ausbildungen aufnehmen, die man dieser Zielgruppe nicht zugetraut hätte, so. z.B. als Rechtsanwaltsfachangestellte, Bühnenmaler oder Augenoptiker. Der Anteil der Jugendlichen mit ausländischer Herkunft an der Gesamtzahl der vermittelten Schüler beträgt 22 Prozent. Damit erreicht das Hamburger Hauptschulmodell auch bei der Vermittlung von Schulabgängern mit Migrationshintergrund in die ungeforderte Ausbildung einen bundesweiten Spitzenwert³.

Jugendliche mit Migrationshintergrund

Neben jungen Migranten, die wegen schlechter Deutschkenntnisse in Betrieben nicht ausbildungsfähig sind, gibt es zahlreiche mit guten Deutschkenntnissen, die trotz deutlicher Ausbildungseignung keinen Ausbildungsplatz finden. Ihr Leistungsvermögen spiegelt sich häufig nicht in ihrem Notendurchschnitt wieder. Da diese Jugendlichen zu meist erst seit fünf oder sechs Jahren in Deutschland leben, verbirgt sich hinter ihren Schulnoten dennoch eine außerordentliche Leistung, die allerdings nur in einem Vorstellungsgespräch erkannt werden könnte. Weil bei Betrieben aber der Notendurchschnitt in der Vorauswahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz im Vordergrund steht, erhalten diese Jugendlichen auf ihre Bewerbungen oftmals nur Absagen. Gerade diese Schulabgänger erhalten erst durch das persönliche Gespräch mit den Personalreferenten der beteiligten Unternehmen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz.

Langzeitpraktika

Zahlreiche Jugendliche bekommen trotz positiver Einschätzung durch einen ausbildenden Betrieb keinen Ausbildungsplatz, u.a. weil der Betrieb davon überzeugt ist, dass sie den Anschluss in der Berufs-

³ Nach Auskunft des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

schule nicht schaffen würden. Für diese Gruppe von Jugendlichen können jetzt ausbildungsvorbereitende Langzeitpraktika (ESF- und EQJ-Förderung) und Vorbereitungskurse für gewerblich-technische Berufe in Unternehmen angeboten werden. Die Übergangsquoten in duale Ausbildung lagen schon zu Beginn zwischen 50% und 80%.

Prämierung

Im September 2005 wurde das Hamburger Hauptschulmodell mit dem Carl-Bertelsmann-Preis ausgezeichnet. Europaweit wurden 182 Projekte, die den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zum Ziel haben, geprüft und bewertet. Das Hamburger Hauptschulmodell konnte sich durchsetzen, weil es langfristig angelegt ist, alle relevanten Partner (Schulen, Unternehmen, Arbeitsagentur, Behörden und Kammern) einbezieht, als Modell auf andere Regionen übertragbar ist und wegen seines Erfolgs. Das Preisgeld von 150.000 Euro bildete den Grundstock für die Stiftung Hamburger Hauptschulmodell, mit der die schulische Bildung gefördert werden soll.

JAN NIESSEN:

Herzlichen Dank, Herr Goedeke. Ich fand das sehr interessant und ich glaube, dass ich nicht der Einzige war. Eine spannende Frage könnte für uns nun sein, was wir von dem nutzen können, was Sie in Hamburg oder in Lille entwickelt haben. Was sollte man tun und wo muss man aufpassen, damit ein Projekt zum Erfolg wird? Darüber in der nächsten Stunde zu reden macht unseren Austausch, glaube ich, wirklich interessant. Zunächst gebe ich aber die Gelegenheit, Fragen zu den beiden Projekten zu stellen. Dann können wir auch über andere Erfahrungen sprechen.

Diskussion

HARTMUT BROCKE, *Leiter der Stiftung Sozialpädagogisches Institut, Berlin:*

Ich habe eine Frage an die französischen Kollegen und ich denke, dass man auch noch eine Anmerkung zu dem Hamburger Modell machen muss. Das Schwierige ist nicht, dass die so gute Arbeit leisten, sondern dass wir einen Regelschulabschluss haben, der nicht zukunftsfest auf Erwerbsleben vorbereitet. Von daher denke ich, dass

man noch einmal die Schulgliederung kritisieren muss und dass man, bei allen guten Erfolgen, die erreicht werden, auch im Hinblick auf die Verzahnung mit der Wirtschaft, nicht vergessen darf, dass es dringender Reformen am Schulsystem bedarf. Es kann nicht sein, dass Schulabgänger der Hauptschule solche Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Jetzt die Frage an die Kollegen: Ich finde ihr Beispiel, dass die Wirtschaft, Unternehmen, auch regionale Unternehmen, Verantwortung für Gesellschaft, für Jugendliche, übernehmen, sehr beeindruckend, und ich denke, dass dies auch der einzige Weg ist, wie wir die Spaltung der Gesellschaft in die, die dazu gehören und die, die draußen sind, verhindern. Was ich bei Ihnen beiden nicht gehört oder nicht verstanden habe ist: Wie sind Sie auf der Landkarte der vielen, verschiedenen Unterstützungsmaßnahmen verortet, die vom Staat, von der Gemeinde, von der Region, jedenfalls öffentlich finanziert werden? Halten Sie sich da völlig frei von und sagen, wir wollen uns nicht von öffentlichen Geldern abhängig machen, oder haben Sie einfach nur vergessen zu erzählen, dass Sie Meister im Geld abholen bei öffentlichen Stellen sind?

GARI PAVKOVIC, *Integrationsbeauftragter in Stuttgart:*

Vielen Dank für die beiden sehr guten Präsentationen. Zu den Zielen und Maßnahmen habe ich keine Fragen. Wir haben auch in Stuttgart sehr viele Maßnahmen im Bereich Hauptschule, Übergang Hauptschule in Form sozialer, pädagogischer, ehrenamtlicher Monitoring-systeme. Was mich beeindruckt hat in Hamburg und in Lille ist, dass die Unternehmen in Selbstverpflichtung benachteiligten Schülern Praktika, Ausbildungsplätze und Jobs anbieten. In Hamburg habe ich verstanden, wie der Weg ist. Meine Frage geht an die Kollegin in Lille. Wie ist es konkret gelungen, politisch, finanziell, personell die Betriebe zu gewinnen? Wir haben in Stuttgart DaimlerChrysler, die als einer der ersten die Charta der Vielfalt bei Frau Böhmer unterschrieben haben. DaimlerChrysler in Stuttgart bildet jedoch kaum Hauptschüler aus. Und auf der anderen Seite haben wir die Situation in Hamburg, wo zwischen 5 und 20% aller Hauptschüler nach der 9. Klasse eine Lehrstelle bekommen. Alle anderen kommen in Warteschleifen. Migrantinnen noch am wenigsten. Wie ist es gelungen, *FACE* zu gründen? Wie wird es finanziert? Und wie war der Prozess, die Unternehmen zu gewinnen, dass sie sagen: Wir setzen uns im Sinne der

Chancengleichheit zusätzlich für die Benachteiligten ein. Die Betriebe können es sich ja aussuchen.

KLAUS WERMKER, *Leiter des Büros Stadtentwicklung in Essen:*

An den Kollegen aus Hamburg: Wer finanziert den Prozess eigentlich, beispielsweise die Koordinierungsstelle? Ist das der Staat oder sind das Unternehmen oder wie verteilt sich das? Mich würden auch die Gesamtkosten interessieren.

MICHAEL GOEDEKE:

Zum Thema Schulform, Schulabschluss: Da bin ich neutral. Das Wichtige ist zu sehen, dass man es nicht nur am Schulabschluss festmachen kann. Wir haben auch viele Realschüler, die die gleichen Probleme haben. In Hamburg haben uns jetzt sogar Lehrer gesagt, dass es Realschüler gerade bei kombinierten Haupt- und Realschulen inzwischen fast schwieriger haben als Hauptschüler, weil es für die Hauptschüler ein Unterstützungssystem gibt, das den Realschülern jedoch nicht zur Verfügung steht. Auch solche Situationen gibt es.

Auch sollte man sich immer wieder bewusst machen, dass wir, auch wenn die Strukturdiskussion in Schulen, gerade in Hamburg - das haben sie vielleicht gelesen - sehr weit fortgeschritten ist, trotzdem diese Gruppe von Jugendlichen haben, die es aufgrund ihrer schulischen Leistungen nicht einfach haben wird, egal wie man die Schule nennt. Diese Jugendlichen bleiben mit ihren Problemen allein, doch vielleicht kann man etwas verbessern.

Zum Thema Einbindung von Unternehmen: Sie haben gesehen, am Anfang waren es zehn, jetzt sind es 75, und wir haben immer wieder neue dabei, Anfragen, auch von den Großen. Uns ist dies, glaube ich, dadurch gelungen, dass wir nicht automatisch gesagt haben, dass wir etwas von ihnen verlangen. Das einzige, was wir verlangen, ist, dass sie bereit sind, diese Jugendlichen einmal im Jahr zu beraten. Das sind zwei-drei Arbeitstage und ist für jedes Unternehmen machbar. Und dann, in der Folge dieser Beratung, haben die Unternehmen gesehen, dass da auch menschliche Wärme und Nähe im Spiel ist, und erkannt, dass man diese Jugendlichen unterschätzt hat. Man ist plötzlich zu dem Schluss gekommen: Wir können uns auf diese Jugendlichen einstellen bzw. ein Stück Verantwortung dafür übernehmen, dass dieser Jugendliche einen Ausbildungsplatz findet. Insofern hat

sich etwas geöffnet. Man kann dies nicht im Vorfeld zur Bedingung machen, denn dann würden wir einige verschrecken. Wir haben z.B. auch Unternehmen dabei, die keine Hauptschüler ausbilden, dies aber trotzdem ganz aktiv unterstützen. Auch das ist wichtig.

Zur Finanzierung: Die Koordinierungsstelle wird öffentlich finanziert mit Mitteln der Arbeitsagentur, Mitteln der Behörden der Stadt Hamburg und im Moment noch des Europäischen Sozialfonds. Wir sind gerade an der Stelle, dass wir mit den Finanziers klären, wie es in eine Regelfinanzierung übergeht, denn inzwischen machen wir das sechs Jahre. Der Beitrag der Unternehmen liegt darin, dass sie die personellen Ressourcen für die Beratung zur Verfügung stellen sowie für alle möglichen Sondergeschichten wie z.B. Räumlichkeiten. Sie sind nicht unmittelbar an der Finanzierung beteiligt, was, glaube ich, auch wieder ein Hindernis wäre, denn mit Fundraising und Sponsoring werden sie überschüttet.

AYITÉ CREPPY:

Was die Finanzierung betrifft, möchte ich drei Angaben machen. Vor sieben Jahren haben die Unternehmen 8% von *FACE* finanziert. Heute, Ende des Jahres 2006, beträgt ihr Anteil 55%. Bei der Gründung von *FACE* wurden große Teile öffentlich finanziert, heute sind die Investitionen öffentlicher Stellen, denke ich, rückläufig, da sich die Unternehmen im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung auch finanziell verantwortlich zeigen über Beitragszahlungen und direkte Unterstützung von Aktionen. Wir versuchen ihnen zu vermitteln, dass die Aktionen von *FACE* z.B. ein gesellschaftliches Projekt der Unternehmen werden können.

Und dann sind Unternehmen für uns eine Ressource, nicht nur finanziell, sondern auch im Bezug auf Kompetenz, Know-how und Ausstattung. Seit gestern verbringt Frau Mackiw Zeit mit uns; diese Zeit, für die sie von ihrem Unternehmen bezahlt wird, hat ihren Wert, denn sie stellt eine nützliche soziale Investition für ihr Unternehmen dar. Das ganz konkret dazu, wie wir mit den Unternehmen arbeiten. Was paradox ist, und die öffentlichen Partner erkennen dies heute an, ist, dass *FACE* bei einem Gesamtbudget von 550.000 Euro zu rund 5% von der Staat Lille finanziert wird, alle staatlichen Zuschüsse 15% betragen, dazu kommen Mittel von anderen Körperschaften wie den lokalen Planungsbehörden und anderen, was, wenn man alle öffentli-

chen Gelder zusammen nimmt, einen Anteil von 45% unserer Finanzierung ausmacht.

So sieht die Realität aus und wir würden uns wünschen, dass unser ökonomisches Modell auf einem Verhältnis von 50:50 aufbaut, damit es bei unseren Aktionen eine privat-öffentliche Partnerschaft gibt. Und wenn man den Zeitaufwand, den die Unternehmen aufbringen, als Wert misst, was uns das Gesetz in Frankreich vorschreibt zu tun, sind wir heute bei 70% privater Finanzierung und 30% öffentlicher Finanzierung.

MONIQUE MACKIW:

Ich würde gerne ein Beispiel im Fall der Sparkassengruppe anführen. Man muss wissen, dass wir das Gesetz 99 mit den Aufgaben für das Allgemeinwohl haben, was bedeutet, dass 50% der erwirtschafteten Gewinne von der Gruppe in gesellschaftliche Aktionen reinvestiert werden. Die Sparkassengruppe engagiert sich also hinsichtlich ihrer Wertvorstellung für solche Vereine. In dem kleinen Film haben wir vorhin ein anderes Beispiel gesehen, zur Förderung des Zugangs zu digitalen Medien. Die Sparkassengruppe, gerade die Sparkassengruppe in Flandern, hat ihren PC-Pool erneuert. Alle Computer wurden der *Fondation FACE* überlassen und für die Mitarbeiter sowie Personen aus Problemvierteln wieder hergerichtet, um den Zugang zu EDV und Internet zu ermöglichen. In dieser Hinsicht ist unsere Rolle, Sachen zu vereinfachen, und das ist Teil der Wertvorstellungen der Sparkassengruppe. Dies verhilft der Stiftung außerdem zu privaten Mitteln, da man nicht nur auf die öffentlichen Gelder zählen kann. Auf diese Weise setzen sich die Unternehmen stark für diese Stiftung ein.

AYITÉ CREPPY:

Klar arbeiten wir mit den Unternehmen zusammen, um ihnen unsere Projekte vorzustellen und sie zu überzeugen, uns finanziell zu unterstützen. Wir arbeiten auch mit Stiftungen zusammen. Und wir tun viel, um in den Unternehmen gesellschaftlich-soziales Interesse auszuloten. Oder anders, wir gehen zu ihnen, um sie zu fragen, welches Interesse sie daran haben teilzunehmen. Ich bringe 50% meiner Arbeitszeit damit zu, Unternehmen zu besuchen, ihnen alles zu erklären, in die Führungsgremien zu gehen, bei Mitarbeiterseminaren zu erscheinen, alle möglichen Netzwerke in unserer Umgebung zu nutzen, um

sie sensibilisieren, mobilisieren zu können, indem ich ihnen sage, dass man kein langfristig erfolgreiches Unternehmen sein kann in einer Umgebung, mit der es bergab geht. Wir haben alle ein Interesse daran, solide Unternehmen zu haben, die auf den Märkten Gewinne verzeichnen und die in ihre Umgebung investieren. Das ist also die Herausforderung, die *win-win*-Strategie, von der so viel gesprochen wird. Das ist unser sozialer Kompromiss für die Mobilisierung der Unternehmen.

DORIS NAHAWANDI, *Beauftragte für Integration und Migration beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin:*

Eine Frage an die Vertreter aus Lille. Sie haben ja berichtet, dass sie in dem Netzwerk versuchen, Ausgrenzung zu verhindern, Diskriminierung zu vermeiden etc. Könnten Sie an zwei konkreten Beispielen beschreiben, was sie machen, um dies zu erreichen? Und an den Hamburger Vertreter habe ich die Frage: Was vermitteln Sie den Unternehmen im Hinblick auf die Potenziale der Jugendlichen? Geht es da auch um Themen wie Mehrsprachigkeit, gegebenenfalls interkulturelle Kompetenz oder geht es eher um Schlüsselkompetenzen? Haben die Unternehmen Interesse an Mehrsprachigkeit, auch in ethnischen Communities, oder ist das überhaupt kein Thema? Und an Sie beide: Was für Erfahrungen haben Sie im Hinblick auf muslimische Jugendliche insbesondere bei Mädchen mit Kopftüchern?

REINHART FREUDENBERG:

Ich habe eine Frage sowohl an Herrn Creppy wie auch an Herrn Goedeke. Wir haben in unserer Kleinstadt Weinheim ein ähnliches Projekt, das sich Jobzentrale nennt. Ich will darauf nicht näher eingehen, aber wir machen eine Erfahrung, die offenbar auch in Hamburg ein Thema ist. Sie sagten, dass 17% der Jugendlichen eine duale Ausbildung finden, andere machen ein Berufsvorbereitungsjahr oder kommen in Warteschleifen. Es bleiben 80%, die diesen Erfolg nicht haben. Der Anteil an Jugendlichen, die der dualen Ausbildung mit ihren Anforderungen nicht gewachsen sind und das auch weiß und empfindet, ist hoch. Der Misserfolg, wenn das Ziel die duale Ausbildung ist, wird teilweise schon vorausgesehen. Was geschieht mit diesen 80%? Können sie irgendwie in Arbeitsplätze eingebracht werden, die diese doch sehr anspruchsvolle Ausbildung nicht erfordern? Meine Frage an

Herrn Creppy geht in dieselbe Richtung: In Frankreich gibt es ja nicht dieses System der dualen Ausbildung, alternierend Lehre im Betrieb und Berufsschule. Wenn die Jugendlichen dann eine Stelle finden in einem Unternehmen in Lille oder anderswo, ist das dann eine richtige Arbeitsstelle oder eine Art *formation professionnelle*?

FATIMA EL HASSOUNI, *Integrationsbeauftragte in Mulhouse*:

Ich hatte eine ganze Reihe von Fragen, die ich stellen wollte, aber eine im speziellen an FACE aus Lille. Über ihre Finanzierung sagten sie, dass 55% privat von den Unternehmen, 45% von der öffentlichen Hand und davon wiederum 15% vom Staat kommen. Diese Zahl erschreckt mich schon sehr, denn die Arbeitsplatzproblematik und -kompetenz gehört zu den genuin staatlichen Aufgaben und ist normalerweise, zumindest was Frankreich betrifft, bei den Arbeitsämtern angesiedelt.

Eine weitere Frage von mir ist noch, wo der Regionalrat (*Conseil Régional*) und der Generalrat für Berufs- und Ausbildungsfragen (*Conseil Général sur les questions d'Emploi et de formation*) bei der Angelegenheit bleiben? Ich betone extra den Regionalrat, der hier auch eine wichtige Verantwortung hat. Also, ich finde das absolut ehrenwert von Ihnen, dass sie eine hälftige Finanzierung von Staat und Unternehmen erreichen wollen, denn das ist wirklich geteilte Verantwortung. Das muss man unterstreichen.

Ich wollte auch auf die Frage der Repräsentation sozialer Gruppen zurückkommen, die in allen unseren Diskussionen sehr wenig angesprochen wurde. Ich möchte ebenfalls auf eine Aussage von Herrn Goedeke reagieren, die mit dem Beispiel des Ausländer- bzw. Migrantenkindes. Ich weiß nicht mehr genau, das Kind, welches ein Praktikum gemacht und dann eine Stelle als juristischer Assistent gefunden hat, er sagte, es habe sich um eine sehr tüchtige Person gehandelt etc. Ich würde sagen, dass wir es hier immer noch mit Vorurteilen und falschen Vorstellungen zu tun haben, da solche Personen absolut in der Lage sind, selbst Anwalt zu werden, wie jeder andere auch. Vorausgesetzt man gibt ihnen die Möglichkeit, den Beruf und in aller erster Linie die Sprache zu erlernen. Die Frage der Intelligenz und der Fähigkeiten ist keine Frage des Geburtsorts, im Gegenteil, ich würde sogar sagen, dass es von den sozialen Umständen abhängt, die man schafft.

Was die Ausbildungssituation betrifft, so ist das in Frankreich in der Tat sehr komplex. Es gibt die Berufsausbildung und die duale Ausbildung, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Aber die Frage der Ausbildung im Allgemeinen und der richtigen Orientierung hin auf eine Ausbildung hat eine bestimmte Konnotation, selbst wenn sie kein Tabu mehr ist. Es sind häufig die schlechten Schüler, die eine Ausbildung machen, und die Tatsache, ein schlechter Schüler zu sein, verschließt Einem gewisse Möglichkeiten. Wir tun uns sehr schwer, manuelle und technische Arbeit sowie das nötige Know-how Wert zu schätzen.

Und es gibt ein weiteres Problem bei der Arbeitsplatzsuche. Selbst die Jugendlichen mit einem Hochschulabschluss oder einem qualifizierten technischen Diplom, wie zum Beispiel die Ingenieure, haben wirklich Schwierigkeiten, wenn sie aus dem Ausland kommen, einen fremd klingenden Namen oder ein typisiertes äußeres Erscheinungsbild haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Was ist das Problem, wo hakt es? Geht es hier einfach nur um Diskriminierung? Oder ist das alles komplexer? Denn wir sehen ja, das System zur Bekämpfung der Diskriminierung umfasst ein ganzes Bündel von Maßnahmen, und die Lösung ist nicht einfach, sonst hätten wir sie schon lange gefunden. Aber ich denke, dass die Frage der Diskriminierung sehr eng mit der Frage der Integration verbunden ist, und dass wir alle zusammen dieses Hindernis angehen sollten, ob das jetzt der Staat, die Zivilgesellschaft oder die Akteure selbst sind. Nur aktuell hat man, einfach und schematisch ausgedrückt, den Eindruck, dass die Personen, die sich diskriminiert fühlen oder Opfer von Diskriminierung werden, sich fast allein um eine Lösung kümmern müssen. Ich sage „fast allein“, weil wir ja in Frankreich tatsächlich die *HALDE* haben, die vor allem Rechtsberatung durchführt, aber fast die letzte Anlaufstelle für die Diskriminierten darstellt. Es ist sehr schwierig, Leute dazu zu bewegen, Anzeige zu erstatten. Das ist eine komplizierte Methode und man hat den Eindruck, dass wir Jahre lang über Maßnahmen für die Opfer von Diskriminierung nachgedacht haben, aber nur sehr wenig über die Täter. Und hier bin ich sehr froh, dass in diesem Seminar sehr der Beitrag, die Rolle und Verantwortung der Unternehmen und der Unternehmerschaft betont wird. Ich gehe hier sogar weiter und sage, dass die Arbeitsvermittler dazu gehören und es hier sehr viel zu tun gibt.

SALIOU GUEYE, *Beauftragter für Integration und Migration in Ludwigsburg*:

Ich würde in dieselbe Richtung wie Frau El Hassouni gehen. Zum Teil bin ich einverstanden mit dem, was Sie gerade gesagt haben. Darüber hinaus möchte ich unseren Kollegen aus Lille eine Frage zu dem Unternehmensnetzwerk stellen, das sie aufgebaut haben. Ich habe da die Supermarktkette *Auchan* und *Mc Donald's* usw. gesehen: haben die Kinder, die an ihrem Programm teilnehmen, wirklich die Möglichkeit, auch in anderen Unternehmen einen Arbeitsplatz zu bekommen? Hier unterstreiche ich noch mal das, was Frau El Hassouni gesagt hat. Wir müssen feststellen, dass die Kinder aus sozial schwachen Vierteln häufig in die Schublade gesteckt werden, nur Arbeit bei *Mc Donald's* finden zu können, oder singen zu müssen, weil man ihnen sagt, sie seien dafür begabt. Es ist wichtig, die Frage nach dem Zugang zu einem Arbeitsplatz mit einzubeziehen, wenn man wirklich etwas dafür tun will, dass alle Jugendlichen, egal wie ihre Nationalität oder Hautfarbe ist, einen Arbeitsplatz bekommen sollen. Hier handelt es sich nicht nur um mittelqualifizierte Arbeit, sondern um Ingenieure und Ärzte. Es ist mir wirklich aufgefallen vorhin, als Herr Goedeke sein Programm vorgestellt hat und von diesem jungen Mädchen gesprochen hat, die juristische Assistentin geworden ist. Zuerst hab ich mir gesagt, dies ist eine gute Sache, aber es wäre in der Tat besser, wenn dieses Mädchen Anwältin würde. Denn es ist wichtig, dass die Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Vierteln Vorbilder haben. Sie müssen wahrnehmen, dass es in der Gesellschaft Menschen gibt, die aus einem ähnlichen Hintergrund wie sie kommen und aufgestiegen sind.

AYITÉ CREPPY:

Wir haben das vorhin nicht genug betont, denn unser Vortrag ging mehr über das, was wir bei *FACE* „Tätigkeitsfeld Prävention“ nennen. Es gibt auch ein „Tätigkeitsfeld Arbeitsplatz“, wo wir niemanden auf einen speziellen Typ von Beruf festlegen. Wir befinden uns in Lille in einer Großstadt, wo alle sozialen Schichten der Bevölkerung, der Minoritäten und der Mehrheitsbevölkerung, repräsentiert sind. Das heißt also auch Anwälte und Mediziner allen Ursprungs, davon gibt es sehr viele. Für uns geht es hier nicht um eine Frage der Repräsentation. Wenn man sich die Bevölkerungsgruppe anschaut, um die wir uns

hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, kümmern, wo immer sie auch herkommt oder welche Hauptfarbe sie hat: da gibt es bestimmte Faktoren, die dazu führen, dass diese Menschen, weil sie im selben Umfeld leben, mit derselben Realität konfrontiert sind – ob sie jetzt weiß, rot oder sonst etwas sind. Und wir geben diesen Jugendlichen die Möglichkeit, da raus zu kommen, indem wir sie begleiten und ihnen die Gelegenheit geben, das Unternehmen besser kennen zu lernen und an ihrem Berufsziel zu arbeiten.

Die Aktionen von *FACE* richten sich auch gegen Diskriminierungen. Konkret heißt das: wir sensibilisieren die Unternehmen, unsere Partner, die in den Vierteln arbeiten, und die Verwaltungen. Ein Beispiel hierfür ist die Fortbildung, die wir letztes Jahr mit 5.000 leitenden Angestellten von *Auchan* durchgeführt haben. Das Thema war „Wie managt man Vielfalt im Unternehmen?“. Das ist eine Aktion, die *FACE* in Lille durchgeführt hat, und ich mache in Frankreich sozusagen eine „Tour der Vielfalt“, denn wenn man von Diskriminierung spricht, denkt man natürlich an unsere Prinzipien der Gleichbehandlung. Aber man muss auch die Mentalitäten und Praktiken ändern sowie die Unternehmen von innen betrachten. Das ist eine tiefeschürfende und langfristige Aufgabe. Mentalitäten ändern sich nicht per Gesetz oder Dekret. Man muss die Personen begleiten, damit sie ihre Angst und ihre Ablehnung verlieren. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass es zu keinem diskriminierenden Verhalten kommt, um so zukünftigen Integrationsprozessen den Weg zu ebnet. Dies zu tun steht jedem offen. Aktuell suchen wir zum Beispiel Praktika für Jugendliche, die in ihrem Studium in Lille gute Leistungen erzielen. Und das sind klasse Praktika, damit sie später aus ihrer aktuellen Situation rauskommen. Wir begleiten sie dabei im Rahmen einer Patenschaft, damit sie Unternehmer treffen und mit ihnen über ihren zukünftigen Beruf sprechen können. Bei *FACE* haben wir es mit einem Publikum zu tun – ich karriere das mal – das von Bac +10 bis Bac -10 geht, einzig der Ausschluss, der diesen Menschen gemeinsam ist, bringt *FACE* auf den Plan.

Bei der Frage der öffentlichen Finanzierung ist es sicherlich richtig, dass der Staat *FACE* weniger bezahlt, aber dafür mehr an Vereine gibt, die das Geld nötiger brauchen. Wir machen ja keine Geschäfte, sondern denken, dass zum entsprechenden Zeitpunkt die staatlichen Gelder an eine möglichst große Zahl an Menschen verteilt werden

sollte, und wenn die Unternehmen den Staat bei der Finanzierung ablösen können, umso besser. Das staatliche Geld geht dann an andere.

MONIQUE MACKIW:

Ich wette mit Ihnen, dass die Angestellten stolz sind, für ein Unternehmen zu arbeiten, dass einen Teil seiner Gewinne für gesellschaftliches Engagement aufwendet, denn dann wissen sie, wofür sie arbeiten. Sie arbeiten dann nicht nur auf Leistung, sondern wissen, dass außerdem geholfen wird, Leute aus ihrem Elend rauszuholen. Und unser ganzes Ziel ist, dem Unternehmen zu vermitteln, dass wir uns gesellschaftlich engagieren.

SALIOU GUEYE:

Ich glaube das so verstanden zu haben, dass es bei Ihnen auch so etwas wie Quotenregelungen gibt. Ich habe mir aufgeschrieben, dass manche Unternehmen aus ihrem Netzwerk tatsächlich Plätze für Jugendliche aus sozial schwachen Vierteln reservieren. Stimmt das so?

MONIQUE MACKIW:

Vollkommen richtig. Das ist genau, was wir machen.

SALIOU GUEYE:

Aber das ist keine Quotenregelung, ausschließlich aufgrund von Rasse oder Herkunft. Sie betrifft Menschen, die in einer schwierigen Lebenssituation sind. Und wir sprechen hier von „affirmative action“. Dies bedeutet bestimmte Anstrengungen für eine Person zu unternehmen, die dies nötig hat, egal woher sie kommt, wie ihre Rasse oder ihr Wohnort ist. Für uns ist das sehr wichtig.

MICHAEL GOEDEKE:

Das Thema junge Mädchen mit Kopftuch ist in der Tat nicht einfach. Wichtig in unserem Modell ist generell, dass wir die Gruppe der jugendlichen Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht noch einmal in Extragruppen unterteilen, z.B. in Jugendliche mit türkischem Hintergrund, mit albanischem Hintergrund etc. Für uns sind es die jugendlichen Hauptschülerinnen und Hauptschüler und dann gucken wir sehr individualisiert, wo ihre Potenziale, Stärken und Interessen liegen und

versuchen Lösungen herbeizuführen. Dass es bei den Mädchen mit Kopftuch in der Tat Probleme der Integration in den Arbeitsmarkt gibt, ist bekannt. Wichtig ist es aber, diese zu thematisieren. Wenn die Mädchen sich nicht vorstellen können, das Kopftuch am Arbeitsplatz abzulegen, schränken sich die Möglichkeiten zwar ein, aber vielleicht lässt sich trotzdem noch eine Lösung finden. Wir versuchen dann auf Kontakte – zum Beispiel gibt es bei uns eine Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmern, wenn sie beispielsweise in den Handelsbereich wollen – oder auf bestimmte Arbeitgeber, die wir kennen und wo wir wissen, dass eine gewisse Akzeptanz da ist, zurückzugreifen. Aber es ist nicht einfach, das ist richtig.

Wir lernen allerdings auch in unserer Beratungsarbeit und ziehen bei Mädchen mit muslimischem Hintergrund z.B. verstärkt die Eltern mit in den Entscheidungsprozess ein. Das heißt nicht, dass die Eltern für die Kinder entscheiden, aber dass die Jugendlichen ihre Entscheidung durch die Eltern absegnen lassen. Wir sind nämlich zwei-dreimal auf die Nase gefallen. Da war eigentlich alles in trockenen Tüchern, Ausbildungsvertrag vorhanden, das junge Mädchen hätte das auch gerne machen wollen und dann hat aber der Papa nein gesagt. Da haben wir gemerkt, dass wir gemeinsam vergessen hatten, diesen Entscheidungsprozess durch die Familie begleiten zu lassen. Seitdem achten wir da im Beratungsprozess sehr darauf und es geht viel besser. Man kriegt Sachen hin und kann notfalls umsteuern. Insofern nutzen wir dann auch die Potenziale wie Mehrsprachigkeit, die man durchaus einsetzen kann. Wir haben z.B. Mädchen, die gerne als medizinische Fachangestellte in Arztpraxen arbeiten wollen, und da kann man natürlich gezielt nach Ärzten gucken, die aufgrund der Klientel, die sie haben, diese Mehrsprachigkeit gerne nutzen wollen.

Noch einmal zu den 75-80%, die es nicht auf Anhieb schaffen. Auch unserem Selbstverständnis nach sind wir keine Einrichtung, die für alles eine Lösung hat oder alle Lösungen herbeiführen kann. Damit würden wir uns selbst überschätzen. Es gibt, zumindest bei uns in Hamburg, sehr viele Angebote – fast so etwas wie eine Förderindustrie für Jugendliche wie für Ältere, die irgendwie von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind – und es ist heutzutage für Jugendliche einfacher, in eine Fördermaßnahme zu kommen als in Ausbildung zu gehen. Hiermit haben wir eher ein Problem. Die Fördermaßnahme wird auf dem Silbertablett serviert, was allerdings nicht die Suche

nach einem Ausbildungsplatz fördert. Diese ist nämlich mit Arbeit und Frusterlebnissen verbunden. Und da versuchen wir ein Stück weit gegenzusteuern.

Mit den 20% haben wir, glaube ich, das Potenzial erst angedeutet. In Wirklichkeit gibt es noch viel mehr Möglichkeiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mittelfristig auf eine Quote von 50% kommen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir haben Schulen mit Übergangsquoten von 60% in duale Ausbildung! Das finde ich eine Zielorientierung, die man weiter tragen kann. Und das sind nicht andere Schüler. Sie kommen nicht irgendwie aus den besten Stadtvierteln, ganz im Gegenteil. Aber es wird sich anders gekümmert. Dort wird anders gelernt, der Prozess der Berufsorientierung und des Übergangs wird durch Schule anders begleitet und es sind auch andere miteingebunden.

Davon können wir lernen. Da können wir alle mit weitermachen, indem wir diese Begleitung organisieren, unterstützen und intensivieren.

JAN NIESSEN:

Die Transferierung von Projekten ist sicher ein Stichpunkt, über den wir noch reden sollten. Zuerst klären wir vielleicht noch die anderen Fragen, die aufgekomen sind.

MICHAEL GOEDEKE:

Wie groß sind wir eigentlich? Wie viele Jugendliche kommen in die Beratung und werden konkret durch uns betreut? In der Koordinierungsstelle arbeiten insgesamt 10 Personen, 10 Stellen inklusive Verwaltung und Leitung. Betreut werden 3.000 Schüler von 103 Schulen bei 75 Unternehmen. 1.500 Jugendliche finden jedes Jahr den Weg für persönliche Beratungsgespräche zu uns in die Koordinierungsstelle, einige für mehrfache Gespräche. Wichtig ist, dass die Gespräche durchgängig dokumentiert werden, sodass man das Ganze wirklich steuern kann.

Zum Thema Transferierbarkeit: Das Modell, das sich in Hamburg entwickelt hat, und gerade sein Kerngedanke der Einbindung von Schulen, Unternehmen und der Arbeitsagentur sowie deren Verknüpfung durch eine Koordinierungsstelle wird inzwischen nicht mehr nur in Hamburg durchgeführt. In Berlin gibt es ein Berliner Netzwerk

Hauptschulen, das in wesentlichen Elementen ähnlich arbeitet. Außerdem gibt es das Modell in Frankfurt, in Nürnberg ist es gestartet, auch in Ostwestfalen-Lippe und im Oberbergischen Kreis. Und es gibt andere Regionen in Deutschland, die daran interessiert sind, das Modell angepasst an die Strukturen beziehungsweise Besonderheiten ihrer Region anzuwenden. Ganz wichtig bei Fragen der Transferierbarkeit ist, dass es vor Ort Menschen gibt, die ein wirkliches Interesse haben, dass so etwas umgesetzt wird. In Berlin waren es beispielsweise 12 Schulleiter, die sagten: Wir brauchen das! In Frankfurt ging die Initiative von einem Unternehmensvertreter, in Nürnberg vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus.

Wenn es um die konkrete Einführung und Umsetzung geht, sind wir von Hamburg aus durchaus behilflich und stellen Arbeitsinstrumente zur Verfügung, so dass man gleich mit dem Arbeiten loslegen kann. Wir planen jetzt in Hamburg zum ersten Mal ein Treffen aller „Satelliten“, die es mittlerweile bundesweit gibt, um uns auch untereinander auszutauschen und zu gucken, wie wir weiter voneinander lernen können.

Nun ziehe ich den internationalen Austausch mit ein. Auch heute habe ich von der *Fondation FACE* wieder Anregungen bekommen, die man möglicherweise in eigene Modelle integrieren kann, und ich kann mir vorstellen, dass auch von der französischen Seite geschaut wird, wie man unter den regional- oder bildungsspezifischen Besonderheiten in der eigenen Vorstellung noch ein Stück weiter kommen kann.

MEINHARD GACKOWSKI, *Integrationsbeauftragter in Günzburg*:

Ich bin Integrationsbeauftragter des Landkreises Günzburg, ein kleinerer Landkreis mit knapp 125.000 Einwohnern in Südbayern. Ich möchte noch einmal beide Seiten für diese tollen Projekte beglückwünschen. Auffallend ist immer wieder, dass die Metropolregionen gefördert werden, während auf dem Land recht wenig möglich ist. Zum einen ist die Vernetzung wesentlich schwieriger, da auch in kleineren Landkreisen sehr viele mitmischen. Wir haben 34 Bürgermeister bei 9 Hauptschulen. Gerade sind wir dabei, auch so ein Projekt umzusetzen, was sich jedoch als schwierig herausstellt, weil es natürlich nicht einen, sondern viele Verantwortliche für die verschiedenen Bereiche gibt. Außerdem fühlen wir uns immer ein bisschen verlassen, wenn es um Fördermittel geht. Es landen sehr viele Fördermittel

in Nürnberg, München und Augsburg, auf dem Land jedoch recht wenig. Auch wenn wir ein sehr ländlicher Kreis sind, gibt es bei uns Kindertageseinrichtungen mit 85% Migrantenanteil. Davon geht natürlich ein Teil in die Schule über und der Anteil an Jugendlichen, die keine Ausbildungsstelle finden, ist hoch. Das Problem, das wir im Moment im Fokus sehen und das mir heute noch zu wenig thematisiert worden ist, ist aber: Wie kann ich die Jugendlichen in Richtung Ausbildung lenken? Was kann ich schon ab der 7. Klasse Hauptschule an Förderung leisten z.B. in Form von Persönlichkeitstraining, um nicht erst dann anzusetzen, wenn schon absehbar ist, dass die Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz bekommen und im sozialen Sicherungssystem landen? Wir sind vor Ort der Meinung, dass wir bereits mit dem 12-Jährigen einsteigen müssen, damit ich in der 9. Klasse sagen kann, sie haben an Persönlichkeit und Know-how gewonnen, sie haben gesehen, dass das Arbeitsleben und der Ausbildungsmarkt der ersten Klasse, sprich das duale System, sehr intensiv ist, dass sie sich schon vorher bemühen müssen, um da einzusteigen, und hierfür ein gewisses Interesse entwickeln. Was leisten beide Projekte, zum einen die französische Seite oder jetzt Hamburg, schon ab der 7. Klasse Hauptschule für die Jugendlichen?

MICHAEL GOEDEKE:

Ihre Schwierigkeiten, die sie im ländlichen Raum haben, kann ich nachvollziehen. Ich weiß aber aus den Erfahrungen, die wir mit den Kolleginnen und Kollegen in Ostwestfalen-Lippe gewonnen haben, dass dort z.B. versucht wurde, über die Bezirksebene zu gehen, was gelungen ist. Auch im ländlichen Raum sind solche Projekte machbar, wobei natürlich Besonderheiten zu berücksichtigen sind.

Das Thema, was vorher passieren muss, habe ich heute ein bisschen ausgeblendet, weil hier die Frage des Übergangsmangements von der Schule in die Ausbildung im Vordergrund steht. Das Thema Berufsorientierung bzw. wie bereite ich auf diesen Übergang vor ist ein weites Feld und mir fallen da sehr viele Sachen ein. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen. In Hamburg gibt es in der 8. und 9. Klasse die Praxislertage, d.h. der Lernort wird aus der Schule herausgenommen und die Jugendlichen gehen einen Tag in der Woche in den Betrieb. Dort haben sie eine besondere Lernaufgabe, die sie nachher zusammenfassen und deren Ergebnisse sie am Ende präsen-

tieren. Das ist auch zeugnisrelevant. Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel nennen, das ich fantastisch fand. Ein Schulleiter ist auf die Idee gekommen, mit seinen Schülern selbst die Rechercheaufgaben zu übernehmen, welche Berufsbilder es eigentlich für sie gibt anstatt ihnen, wie es in der Berufsberatung oft gemacht wird, Informationen einfach nur zu präsentieren. Herausgekommen ist, dass sie ein Buch geschrieben haben – 9. Klasse Hauptschule –, das am Ende ihrer Schulzeit veröffentlicht wurde. In diesem Buch beschreiben sie in ihrer Sprache Berufsbilder, die für sie als Jugendliche in Frage kommen. Sie haben vernünftig recherchiert, Interviews geführt mit Ausbildern, Unternehmensvertretern, Betriebsinhabern oder auch in ihrer Umgebung. Sie sind mobil geworden, haben Kontakte geknüpft und allein durch diese Arbeit mit dem Buch auch bei den Betrieben eine ganz andere Offenheit vorgefunden, so dass wir auch an dieser Stelle eine hohe Übergangsquote hatten.

Das sind zwei Beispiele und es gibt sicher eine Reihe weiterer Möglichkeiten, wie man diesen Prozess anders organisieren kann. Der wichtigste Punkt ist jedoch in meinen Augen: Schule muss sich verändern und zwar in Deutschland ganz massiv. Ein Schulaufsichtsbeamter meinte einmal zu mir: Die Sekundarstufe I ist bei uns in Deutschland eine „Infantilisierungsmaschine“. Bereits im Kindergarten und in der Grundschule haben die Jugendlichen fächerübergreifendes Lernen gelernt. Da wird in Projekten gearbeitet. Da wird mit Wochenplan gearbeitet. Da wird Selbstverantwortung übernommen. Und in der Sekundarstufe I wird dies regelrecht wieder ausgetrieben. Da gibt's den klaren Fächerkanon und Aufgaben werden immer nur von der Lehrkraft definiert. Da gilt das Frontalsystem. Es gibt keine Kooperationsfähigkeit, keine Teambildung in den Lehrerkollegien. Ich glaube, an der Stelle haben wir unheimlich viel zu tun und dicke Bretter zu bohren. Und da geben wir von unserer Projektseite aus immer wieder Anregungen, indem wir Unternehmensvertreter mit Schulen zusammenbringen, die dann aus ihren Erfahrungen berichten und gucken, wie man davon etwas in Schule umsetzen kann.

AYITÉ CREPPY:

Drei Punkte. Erstens sind wir tatsächlich an einem Punkt angelangt, wo wir einen Wissenstransfer unseres Know-hows umreißen können. Bei bewährten Praktiken gibt es eine gewisse Anzahl an Konvergen-

zen zwischen uns, vor allem im Bereich der Mobilisierung und Einbindung der Unternehmen. Erster Punkt: Das ist Voraussetzung für Erfolg.

Zweitens ist es eine lokale Initiative. Man braucht eine lokale Partnerschaft zwischen den Unternehmen und anderen Partnern, denn ganz alleine kann man keine Lösung finden. Ich sehe die Konvergenzen heute also bei den Werten und dem Ehrgeiz, die uns bei unserer Arbeit antreiben. Den einzigen Unterschied, den ich aktuell sehe, ist das *FACE Lille* immer bei den Unternehmen und ihren Bedürfnissen anfängt und sich dann an den Staat wendet. In Hamburg gehen sie meiner Meinung nach vom Staat aus und gehen dann auf die Unternehmen zu, da es ja diese Bemühungen um die Mobilisierung der Schulen geht usw. Bei uns ist es anders herum. Wir haben eine integrierte Herangehensweise bei der Orientierung, das heißt, dass für uns die Unternehmen im gesamten Verlauf die Orientierung übernehmen. Bei ihnen habe ich eher den Eindruck, dass sie bei diesem Thema spezifischer arbeiten. Sie haben eine Herangehensweise, die ich nach ihren Beschreibungen als „Prozess“ bezeichnen würde, wir haben ein „Projekt“. Wir haben die Problematik der Diskriminierung fast natürlich in unsere Arbeit integriert, indem wir jedem eine Chance geben und die Unternehmen sensibilisieren. Ich habe den Eindruck, dass Sie da ein wenig experimenteller arbeiten. Wir bieten Fortbildungen für die Unternehmen an. Die Unternehmen werden von uns darauf vorbereitet, sich ihrer Umwelt zu öffnen, ab dem Moment, wo sie *FACE* beitreten.

Die Unternehmen geben uns private Gelder, Sie benutzen für Ihr Handeln nur das Know-how der Unternehmen. Und schließlich haben Sie das Arbeitsamt vor Ort miteinbezogen, das in unseren Projekten nicht auftaucht. Wir benutzen nur die Personalabteilungen und die Kompetenzen der Unternehmen, um diese Arbeit zu leisten. Natürlich arbeiten wir aber wie Sie mit den Gemeinden zusammen, den Schulen etc.

Das also ganz kurz dazu, was ich als Konvergenzen und Divergenzen sehe. Natürlich muss man, wenn man das, was wir machen, in einer anderen Stadt aufbauen will, das lokale Umfeld berücksichtigen und ähnliche Ambitionen haben wie wir. Aber man muss zunächst auch bescheiden sein, denn die Leute haben weder auf *FACE*, noch auf andere Strukturen gewartet. Man fängt von Null an und muss

dann ein Unternehmen nach dem anderen überzeugen mitzumachen. Wir haben in Lille mit fünf Unternehmen angefangen, zehn Jahre später konnten wir auf 500 Unternehmen zurückgreifen, von denen heute noch 126 aktiv sind, d.h. noch mit uns zusammenarbeiten. Ich denke also, dass man klein anfangen und viel ausprobieren muss; die experimentelle Herangehensweise scheint mir wichtig.

FATIMA EL HASSOUNI:

Ich möchte die Frage zum Erfolg des Projekts sowie die Frage zur schulischen Betreuung der Kinder im Alter von 12-13 Jahren beantworten. Zunächst aber noch eine Ergänzung zur Antwort von *FACE*, weil man doch aufpassen muss: die Erfahrung und die Aktionen von *FACE* sind meiner Meinung nach einmalig. In unserer Region, dem Elsass, gibt es eine sehr viel engere Kooperation mit dem nationalen Arbeitsamt, der *Agence Nationale Pour l'Emploi (ANPE)* und wir haben ein Übereinkommen mit Rahmencharakter unterschrieben auf nationaler Ebene. Dann muss man wissen, dass in unserem System die Arbeits- und Ausbildungsfrage nicht mehr national geregelt wird. Sie wurde dezentralisiert und fällt nun in die Zuständigkeit der Gebietskörperschaften, vor allem der Regionen. Jeder muss also je nach Kontext entscheiden, mit wem er zusammenarbeitet und wie man sich organisiert. Im Elsass arbeiten wir also sehr eng mit dem Arbeitsamt zusammen, vor allem im Rahmen europäischer Projekte, in denen es um die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft auf dem Arbeitsmarkt geht, den Projekten *EQUAL*. Das, um ihren Beitrag zu ergänzen.

Ansonsten möchte ich anmerken, dass wir seit einigen Jahren ein Gesetz haben, den sozialen Kohäsionsplan, der auf den Minister Borloo zurückgeht. Dieser behandelt mehrere Bereiche und dreht sich vor allem um die Frage einer erfolgreichen Erziehung. Daran arbeiten wir in Mulhouse und wir haben ein „Programm erfolgreiche Erziehung“ initiiert, in dem die Frage des Spracherwerbs angegangen wird. Die Schüler sollen schon sehr früh, d.h. ab der letzten Klasse der Vorschule und der ersten Klasse auf eine erfolgreiche Integration vorbereitet werden. Das versuchen wir mit ganz unterschiedlichen Mitteln, je nach Kommune. Ich weiß nicht genau, wie Ihr Schulsystem funktioniert, aber ich glaube, dass es in Deutschland keine Vorschule so wie bei uns gibt. Bei uns gibt es sogenannte *passerelles*, d.h. dass

das Kind an Schnittstellen beispielsweise in Anwesenheit der Mutter auf die Vorschule vorbereitet werden soll. Wir haben weitere Unterstützungsmaßnahmen, die wir in Mulhouse *coup de pousse* nennen, denn es ist bekannt, dass in den Familien ausländischer Herkunft, die sozial schwächer gestellt sind, weniger kulturelles Kapital da ist als in anderen gesellschaftlichen Schichten. Und das meine ich nicht im Sinne von Stereotypenbildung.

Der Spracherwerb geschieht vor allem über das Lesen, den Umgang mit Büchern, den Zugang zu sprachlichen Inhalten und einer gewissen Leichtigkeit, mit Büchern umzugehen. Aus diesem Grund haben wir Kurse, Lese- und Sprachateliers eingerichtet, die zu Unterrichtszeiten ab dem letzten Jahr Vorschule und in der ersten Klasse stattfinden, die von speziell ausgebildeten Fachleuten durchgeführt werden, und wo sehr positive Ergebnisse erzielt werden. Sprachforscher haben bewiesen, dass ein Kind sich in niedrigem Alter zunächst seine Muttersprache aneignen muss, um eine weitere, neue Sprache beherrschen zu können. Es gibt also einen Zusammenhang mit der Herkunftssprache; das sind in Mulhouse vor allem Türkisch und die maghrebischen Sprachen. In der Tat sind wir im Moment sehr auf die türkische Sprache ausgerichtet, denn bei den Maghrebiniern ist es so, dass sie ihre Muttersprache immer weniger lernen wollen. Sicher sind das nur Tendenzen, die wir bei uns festgestellt haben, und man darf hier nicht generalisieren.

Es geht also darum, die Muttersprache aufzuwerten, um sich in einem zweiten Schritt der französischen Sprache zuzuwenden, was die Gegenwarts- und Zukunftssprache der Kinder sein wird, und ihnen so den Weg zu bereiten für größeren schulischen Erfolg und eine erfolgreiche Erziehung.

Zudem haben wir rund um den Spracherwerb Maßnahmen eingerichtet, die auch in anderen Städten bestehen, und versuchen, die Eltern für eine erfolgreiche Erziehung ihrer Kinder zu sensibilisieren. Letztlich sind die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich, und wir wollen uns nicht in ihr Wertesystem bzw. ihre Prinzipien einmischen, aber es ist wichtig, dass die Eltern die Funktionsweise des französischen Schulsystems verstehen, die in allen französischen Kommunen gleich ist. Wir bieten Sprachateliers an, die in den Schulen stattfinden und sich an die Eltern richten – es sind meistens Mütter, die daran teilnehmen. In Wirklichkeit führen wir diese Sprachkur-

se auch durch, damit sie ihren Kindern bei den Hausaufgaben zur Seite stehen können, und das, ihre ganze Schulzeit über. Natürlich können sie den Kindern aufgrund ihres Ausbildungsniveaus nicht mehr helfen, wenn sie aus der Grundschule raus sind – jedenfalls nicht nach dieser Art von Maßnahme – aber immerhin steigen die Kinder auf diese Weise gut vorbereitet in die erste Klasse ein. Und wir können, was diese Maßnahmen angeht, auch recht gute Ergebnisse vorweisen. Man muss dazu sagen, dass es die Maßnahmen noch nicht lange gibt, was schade ist für Schüler weiterführender Schulen, die schon 12 oder 13 sind und bereits von schulischem Misserfolg geprägt.

UNBEKANNT:

Ich muss gestehen, dass ich den Versuch der Abgrenzung von *FACE* nicht ganz verstanden habe, weil ich nicht den Eindruck habe, dass das Entscheidende ist, dass Sie anders ansetzen, sondern dass Sie eigentlich mit vergleichbaren Instrumenten arbeiten und für mich nicht wichtig wäre, wie der Ansatz ist, sondern wie erfolgreich er ist. Aber vielleicht fehlen mir auch Informationen und ich kann noch herausbekommen, wo die Differenz wirklich liegt.

Zweiter Punkt ist, dass wir, wie Herr Goedeke gesagt hat, in dieser Arbeitsgruppe nur einen Teilbereich aus dem herausgegriffen haben, was das Thema der Tagung ist, nämlich Integrationsmanagement. Zum Integrationsmanagement gehört natürlich, dass man eine Gesamtstrategie braucht in dem Sinne, dass man auf städtischer und lokaler Ebene so etwas wie eine verräumlichte Bildungsplanung, Bildungslandschaften, Bildungsräume braucht, die auf die jeweilige Lebenssituation und Lebensphasen bezogen Angebote oder Herausforderungen bereithalten. Ich denke, dass es besonders wichtig ist – und das ist auch in den beiden Beispielen deutlich geworden –, dass es bei diesem Integrationsmanagement darum geht, wie wir als Kommune, Lokalbehörde und Politik vor Ort, eine Situation herstellen können, die die betroffenen Menschen aktiviert und die gesellschaftlichen Gruppen in eine Gesamtstrategie einbezieht, damit die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen verbessert werden. So müssen die Projekte dann auch auf dieser Bildungslandkarte eingeordnet werden. Man darf sie nicht isoliert sehen, sondern es gibt etwas davor und es gibt etwas danach. Wir in Deutschland haben das

Problem, dass nach der Ausbildung die nächste Schwelle kommt, der Übergang ins richtige Arbeitsleben.

UNBEKANNT:

Ich habe noch eine Frage zu den Schulungen. Zahlen die Unternehmen für die Schulungen und wie umfangreich sind diese? Sind es eintägige, halbtägige, dreitägige Workshops und wie hoch ist die Bereitschaft der Unternehmen dafür? Sie haben davon gesprochen, dass ein Unternehmen die ganze Belegschaft geschult hat. War das ein langer Überredungsprozess oder machen die Unternehmen das gerne und sie haben kaum die Kapazitäten, das alles durchzuführen? Die Frage stelle ich auch deswegen, weil natürlich auch Verwaltung geschult werden soll und die Erfahrung in der Regel ist, dass, wenn man über Zeitumfänge spricht, die mehr als einen halben Tag betragen, alle sagen, sie sind so involviert, dass sie diese Zeit nicht aufbringen können.

CLAUS PREIBLER, *Beauftragter für ausländische Einwohner der Stadt Mannheim:*

Wenn es um Transfer oder Vergleichbarkeit geht, ist mein Fazit, dass alle beteiligten Institutionen viel stärker miteinander kooperieren müssen. Das ist in der einen oder anderen Gemeinde oder Stadt schon seit längerem der Fall, in anderen wird es langsam entwickelt. Wir haben vorhin in Gesprächen festgestellt, dass es hier in Stuttgart oder in Mannheim oftmals die Unternehmerseite ist, die ein bisschen stärker fehlt. Wichtig ist aber auch, dass die Institution Schule, Unternehmerschaft und auch die öffentliche Arbeitsverwaltung nicht ausreichen, sondern dass es immer intermediäre Organisationen geben muss mit sozialpädagogischen Ansätzen, mit Netzwerkansätzen, die die Dinge zusammenbringen und steuern. In Deutschland kommen, wenn es um den Transfer geht, noch die Kammern hinzu, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer, die noch viel stärker miteingebunden werden können.

Wichtig bei dieser Einbeziehung ist in der Tat das Thema des Vorbildes. Ich möchte nur kurz von einer Maßnahme in Mannheim berichten, die, glaube ich, sehr wichtig ist. Ergänzend zu den Ansätzen, die vorgestellt worden sind, ist die Einbeziehung von ausländischen Unternehmen ein Bereich, der noch sehr unterschätzt wird. In Mann-

heim fahren wir eine doppelte Strategie, in dem wir ausländische Betriebe ermutigen möchten, Ausbildungsbetriebe zu werden und auf der anderen Seite die Migrantenjugendlichen erreichen, so dass ausländische Betriebe und die Jugendlichen zusammengeführt werden.

Das zweite ist, dass die ethnische Ökonomie viel stärker institutionalisiert, an die Kammerstrukturen angebunden und das Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot für ethnische Unternehmen weiterentwickelt werden muss. Wir haben in Mannheim deshalb seit drei Jahren ein türkisch-deutsches Existenzgründerzentrum mit genau diesem Angebot und sind gerade dabei, die Vernetzung ausländischer Ausbildungsbetriebe sowie Weiterqualifizierung ausländischer Betriebe insgesamt weiterzuführen. Ich glaube, dass so eine viel größere Selbstverständlichkeit entsteht und dass den Migrantenjugendlichen ganz neue Rollenvorbilder vermittelt werden, wenn sie erfolgreiche Unternehmer der unterschiedlichen Nationalitäten sehen. Die praktische Arbeit zeigt, dass es die Motivation der Jugendlichen ganz enorm steigert, wenn sie merken, dass es nicht nur darum geht, dass sie sich qualifizieren, um einen möglichst guten Job zu erlangen, sondern es als Türke, als Maghrebener, als Italiener schaffen können, weil sie die entsprechenden Rollenvorbilder haben, die selbst erfolgreich sind. Diesen Aspekt muss man in diesem Netzwerkdenken, glaube ich, noch viel stärker mit einbeziehen.

SIEGMAR SCHNABEL, *stellvertretender Leiter der RAA, Wuppertal:*

Ich habe zwei ganz konkrete Fragen an Herrn Creppy. Zum einen würde mich interessieren, welcher Art die Projekte sind, die die Unternehmen mit den Jugendlichen durchführen, und zum zweiten, wie es Ihnen gelungen ist, von den Unternehmen für Ihr Projekt *FACE* so viele Mittel zu bekommen, wenn es sich tatsächlich um Geld handelt, das die Unternehmen Ihnen zur Verfügung stellen.

AYITÉ CREPPY:

Was wir verstanden haben, ist, dass wir ein Unternehmen auf lange Sicht gewinnen müssen und dass wir nicht nur mit sozialen Argumenten auf sie zugehen können. Das Personal von *FACE* besteht hauptsächlich aus Personen, die in Unternehmen ausgebildet wurden, was für uns sehr wichtig ist. Letztes Jahr hatten wir sogar einen Mitarbeiter von Unternehmerseite, der uns zur Verfügung stand. Wir sprechen

die Sprache der Unternehmen und wir gehen in unserer Arbeit von deren Strategien und Realität aus. Die Zeit, die ich in Unternehmen verbringe, ist deshalb sehr wichtig. Wir verhandeln sozusagen mit den gleichen Waffen mit ihnen, zeigen ihnen auch, aus welchem Interesse sie mit uns arbeiten könnten. Und hier, keine Angst vor falschen Worten. Ein Unternehmen entscheidet sich nicht für die Zusammenarbeit mit uns, um uns etwas Gutes zu tun, sondern zunächst aus Eigeninteresse. Was kann dieses Interesse heute sein? Für ein Unternehmen, wie die *Caisse d'Épargne*, die sowieso ein allgemeinnütziges Interesse verfolgt, liegt dies auf der Hand, aber trotzdem erinnern wir sie immer daran, dass deren Image dadurch ein anderes ist, auch wenn sie dieses nicht unbedingt einfordern. Ihr Engagement unterscheidet die *Caisse d'Épargne* von der Konkurrenz und macht sie bei einer gewissen Zahl an Personen attraktiv.

Die Unternehmen haben mehrere Möglichkeiten. Was das Finanzielle betrifft, wiederhole ich, geben sie Geld, um eine Aktion, die zu ihrem Projekt passt, zu unterstützen. Das kann zum Beispiel eine Aktion in einer Schule sein; ein Unternehmen kann beispielsweise einen Kongress der „Miniunternehmen“ finanzieren. Den Kongress zu finanzieren heißt, Saal, dessen Herrichtung, das Essen und ein von den Unternehmen gemachtes T-Shirt. Dies wäre eine punktuelle Unterstützung. Ein Unternehmen, z.B. ein großer Konzern wie *Danone*, gibt Geld für Personen, die im Gefängnis sind, womit deren Wiedereingliederungsprozess finanziert wird. Jeden Monat geben wir 76,22 Euro aus, um Personen in Haft zu ermöglichen, sich weiterzubilden. Das ist z.B. ein Projekt, das *Danone* unterstützt. Und für das Projekt „Übergang Schule-Unternehmen“ hat uns die *Caisse d'Épargne* für 2006/2007 8.000 Euro gegeben. Aber uns fehlen auch Mittel, um noch weiter gehen zu können. Wir bräuchten z.B. noch ein Fahrzeug für die Region, um zu den Versammlungen zu fahren, das auch finanziert werden muss, genauso wie einiges Computermaterial. Die Unternehmen geben also direkte Mittel, finanzieren Investitionen und stellen auch ihre Mitarbeiter zur Verfügung, die weiterhin von ihnen bezahlt werden. Das wären einige Kooperationsmöglichkeiten mit den Unternehmen. Aber all dies benötigt viel Zeit, man muss jeden Moment verfügbar sein, morgens früh oder abends spät zu den Versammlungen. Man muss eine unermessliche Leidenschaft haben für diese Arbeit.

Die Idee der Integration ausländischer Unternehmen finde ich sehr interessant, deshalb komme ich noch einmal auf diese deutsch-türkischen Zentren zurück. Ich finde das eine extrem gute Idee und glaube, dass man dadurch ein ganzes Stück weiter kommen kann. Man müsste sich noch einmal durch den Kopf gehen lassen, auf welche Art und Weise wir dieses Projekt anpassen könnten, damit es ein Erfolg wird. Man könnte sich z.B. für die Personen ausländischer Herkunft um „Paten“ kümmern, Leute, die unser Projekt erfolgreich durchlaufen haben. Manchmal ist es allerdings schwierig, diese zu mobilisieren. Ich tue mein Bestes, um sie zu gewinnen und sie zu überzeugen, ein bisschen ihrer Zeit zu opfern, denn wir können ein solches Projekt nur dann durchführen, wenn jeder ein bisschen seiner Zeit investiert. Es gibt nicht auf einer Seite die, die geben, und auf der anderen die, die empfangen. Wir müssen alle zusammenarbeiten, und Jugendliche, die von einer solchen Patenschaft profitiert haben, sollten sich dafür einsetzen, dass anderen Personen genauso geholfen wird. Auch dieses Nehmen und Geben ist für uns notwendig.

Es gab auch eine Frage zum ländlichen Raum. Bei uns im Norden gibt es einen Verein auf dem Land, der interessante Erfahrungen mit kleinen Unternehmen und mit ganz anderen Projekten, als wir sie in Lille durchführen, gemacht hat. Das ging z.B. in die Richtung, dass man Unternehmen bei der Niederlassung geholfen hat oder mit handwerklichen Betrieben zusammengearbeitet hat, was wir in Lille weniger tun. Es werden also viele Sachen ausprobiert und wenn Sie wollen, können wir uns auch hierüber austauschen.

Unser Fortbildungsangebot: Die letzte Schulung, die wir für Unternehmen organisiert haben, ging einen Tag lang und drehte sich um das Thema: „Diversität managen“. Sie wurde für ein bestimmtes Unternehmen entwickelt und war deshalb direkt auf es zugeschnitten, wobei wir sogar pädagogisches Werkzeug wie Theater genutzt haben. Vorher haben wir uns lange mit dem Unternehmen beschäftigt, um uns mit dessen Unternehmenskultur vertraut zu machen. Wenn es um Anti-Diskriminierungsaktionen geht oder Aktionen für Integration, kann man nicht mit Gesetzen kommen. Man muss anders anknüpfen. Bei *Auchan* sind es die Unternehmenswerte, die Bereitschaft der Unternehmensleiter, nach diesen zu handeln und auch betriebsinterne Strukturen zu überdenken, seine Mentalität zu verändern im Hinblick auf die Erwartung der Öffentlichkeit. Abgesehen von diesen zuge-

schnittenen Schulungen gibt es auch ein Angebot, das sich an alle Unternehmen richtet. Wir bieten jedes Jahr um die zehn Fortbildungsseminare an für alle Unternehmen, die sich an unseren Aktionen beteiligen. Diese dauern auch immer maximal einen Tag, an dem wir versuchen zu sensibilisieren. Wenn es sich um öffentliche oder private Arbeitsvermittler handelt – wir haben z.B. mit *Manpower* und Personen gearbeitet, die von den lokalen Stellen der *ANPE* kommen – können die Fortbildungen ein bis drei Tage dauern, denn da geht es nicht mehr nur darum, Personen zu sensibilisieren, sondern auch an Argumenten zu arbeiten, um auf die Fragen der Arbeitgeber zu antworten und dahin zu gelangen, dass Diskrimination nicht unterstützt wird. Viele Personen, die von solchen Arbeitsvermittlungsstellen kommen, sagen nämlich: „Es sind nicht wir, sondern die anderen, die das von uns verlangen.“ Auch hier muss man Antworten parat haben. Genauso, wie man den Jugendlichen nicht sagen darf: „Wir wollen euch nicht, weil ihr anders seid“. Mit diesen Personen wird viel gemacht. Neben den Arbeitsvermittlungen sind wir auch im Verwaltungsbereich tätig, Polizei, Gendarmerie und Leute, die in den verschiedenen Stadtteilen machen, was wir „interkulturelles Management“ nennen. Wir versuchen, ihnen beizubringen, dass ein großer Teil der Personen, um die es geht, Franzosen sind, wenn auch anderer Herkunft; dass sie genauso denken, wie jeder andere, aber dass es Unterschiede geben kann aufgrund von Religion und Kultur, und dass man zwischen dem, was kulturell bedingt ist und was nicht, unterscheiden muss. Sie sehen, dass es ein weites Feld ist, und mein Team und ich können nicht alles tun. Aus diesem Grund wenden wir uns an Spezialisten aus der Theologie, die uns helfen und beraten können, und über solche Fragen mit uns arbeiten.

JAN NIESSEN:

Leider muss ich die Diskussion an dieser Stelle abbrechen. Wir haben ungefähr zwei Stunden sehr intensiv diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und es gibt sicher viele Sachen, die noch nicht angesprochen wurden. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Beiträge, insbesondere natürlich bei Ihnen, Herrn Goedeke, M. Creppy und Mme Mackiw. Es gibt Unterschiede in Ihrem Ansatz, aber auch viele Sachen, die Sie gemeinsam haben, und ich fand es sehr spannend, etwas über

Ihre Arbeit zu erfahren. Ich glaube, dass wir alle etwas dazu gelernt haben. Herzlichen Dank!

Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

FRANK BAASNER:

Im abschließenden Teil unserer Diskussionen wollen wir aus den beiden Arbeitsgruppen berichten. Es ging darum, Beispiele guter Praxis auszutauschen aber auch, Dinge zu thematisieren, die problematisch sind. Herr Fthenakis hat die Arbeitsgruppe moderiert, in der es um die frühkindliche Erziehungssituation ging. Jan Niessen hat die zweite Arbeitsgruppe geleitet, wo es um die Frage des Übergangs von schulischer Ausbildung und beruflicher Ausbildung – im französischen Fall eher Übergang von der Ausbildung insgesamt – in den Arbeitsmarkt ging. Sie haben die schwierige Aufgabe, jeder in wenigen Minuten zu sagen, was die herausragenden Erkenntnisse sind, was man synthetisieren kann, sofern sich das überhaupt synthetisieren lässt. Ich werde mir dann erlauben, einige Bemerkungen zu machen und dann zum Schluss Herrn Freudenberg, der hier die beiden Stiftungen vertritt, die das Ganze möglich gemacht haben, das Wort erteilen.

WASSILIOS FTHENAKIS:

Ich kann bestätigen, dass wir eine spannende Diskussion gehabt haben, die ihren Ausgangspunkt in den beiden Referaten fand, welche beide die soziale Problematik der Stadt fokussierten. In Avignon gab es den bemerkenswerten Versuch, die Akteure miteinander zu verbinden, um soziale Probleme gemeinsam zu bewältigen. Das war ein bestechender Ansatz, der uns aus deutscher Sicht veranlasst hat, über unsere Vernetzungskonzepte nachzudenken, über die Notwendigkeit gezielter Interventionen nachzudenken, die unerlässlich sind, wenn wir heute soziale Integration erreichen wollen. Die beschränkte Wirkung von Programmen hängt oft zusammen mit ihrem eigenen beschränkten Konzeptualisierungsansatz und mit dem beschränkten Implementationsrahmen. Deshalb war für mich das Programm von Avignon interessant, weil es seine Akteure dahingehend erweitert hat, dass die soziale Integration nicht primär als individuelles Problem, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ausgelegt wird. Der zweite Ansatz – „Rucksack“ aus Holland, aber nach Essen

transportiert von Dr. Schweitzer - hat natürlich dann eine Menge von Fragen bei uns aufgeworfen, die die Diskussion nachher teilweise beherrschten. Wenn wir wirklich den Kindern und den Familien effizient helfen wollen, die über Migrationserfahrung verfügen, von welcher Qualität muss der Ansatz sein? Wo soll er ansetzen? Und vor allem: Wie gehen wir gesamtgesellschaftlich mit dieser Thematik um? Hier sind die Fragen zu finden, die den Stellenwert der Muttersprache bei Migrantenfamilien aufwerfen. Welche Bedeutung hat die kulturelle Identität? Wie gehen wir damit um? Auch wenn eine dominante Sprache - die deutsche oder die französische - Vorrang hat, dürfen wir die Muttersprache eines Kindes vernachlässigen? Ist nicht doch das Integrationskonzept zu eng gefasst, wenn es primär auf der Ebene der Instrumentalisierung und Vermittlung von Sprachen operiert? Müssen wir nicht den kulturellen Hintergrund des Kindes, seine Familie, die Biographie dieser Familie mit sozialem Rahmen, in dem das Kind aufwächst, mit einbeziehen? Und zudem sind auf drei Ebenen Problemstellungen definiert worden: Von welcher Philosophie der Integration gehen wir aus, wenn wir Kindern mit Migrationserfahrung eine faire Chance im System bieten wollen? Und hier haben wir ein Problem identifiziert, dass wir mit guten Absichten sozial positiv diskriminieren und von da aus befürwortet eine Konzeption von Differenzen, die alle Differenzen integriert - nicht nur die kulturellen, sondern auch die sozialen, die geschlechtsbezüglichen, die Differenzen, die aus den individuellen Charakteristiken eines Kindes abgeleitet werden (hochbegabte, weniger begabte, behinderte und nicht behinderte Kinder) und betten sie ein in eine Philosophie, die diese Differenzen prinzipiell bejaht, begrüßt und systematisch nutzt für mehr individuellen Gewinn, für Reduktion von Risiken und für mehr gemeinsamen Nutzen. Das heißt, wir haben identifiziert, dass über alle diese Programme die zentrale Frage aufgeworfen wird und diskutiert werden muss: Was ist unsere Philosophie im Umgang und bei der Bewertung von Differenzen? Hier haben wir Goethe zitiert, indem wir sagten, dass er bereits schon das, was wir umsetzen, mit zwei Sätzen zum Ausdruck gebracht hat. Ich zitiere: „Toleranz sollte eigentlich eine vorübergehende Gesinnung sein, die zu Anerkennung führen muss. Dulden heißt beleidigen“. Diese Philosophie also umzusetzen ist in einem Europa der Vielfalt, der kulturellen und lingualen Vielfalt, ein grundsätzliches Problem und auch eine schwierige und wichtige

Aufgabe. Der zweite Punkt war, wie konstruieren wir Programme dieser Art? Wer hat den Nutzen? Wer muss die Kosten bezahlen? Und der dritte Aspekt ist: Woher wissen wir, dass diese Programme effizient sind? Woran messen wir die Effizienz dieser Programme? Alle diese Fragen haben wir nicht zur Beantwortung aufgeworfen, sondern für die nächste Konferenz schon definiert. Und wir haben hier eine lebendige Diskussion entlang dieser Problemstellung geführt. Ich war sehr beeindruckt durch die guten Fragen und durch die Zentralität der damit angesprochenen Thematik. Ich hatte das Gefühl, dass es eine gelungene Begegnung zwischen Frankreich und Deutschland war mit vielen Anregungen, die wir mit nach Hause nehmen. Wir haben zum Schluss gesagt: Spracherwerb ist nicht das Ende unserer Vision. Das Ende unserer Vision in Europa muss es sein, über Mobilisierung aller unserer Kompetenzen, unserer Kommunikationskompetenz, unserer Kooperation den Dialog effizienter zu gestalten. Sie haben mit dieser Veranstaltung dazu beigetragen. Dafür danke ich Ihnen.

JAN NIESSEN:

Ich möchte nur ganz kurz etwas sagen, in einigen Stichpunkten. Zunächst möchte ich jedoch sagen, dass alle, die nicht in unserer Arbeitsgruppe waren, wirklich etwas verpasst haben. Es war bei uns sehr spannend und wir haben eine sehr gute Diskussion gehabt. Zudem hatten wir wirklich den Eindruck, dass wir über dieselbe Sache gesprochen haben. Das ist etwas Schönes, da man sich bei einem solchen Treffen (Frankreich – Deutschland) natürlich immer fragen muss, ob man die Dinge überhaupt miteinander vergleichen kann. Kann man gute Praxis transferieren? Verliert man nicht viel Zeit, um klarzumachen, worum es sich handelt? In dieser Hinsicht war es sehr interessant. Es wurden zwei Referate gehalten, welche gleich zu einer lebendigen Diskussion geführt haben. Nun also einige Stichwörter: Ich glaube, das erste ist „Gesamtstrategie“. Wir waren uns darüber bewusst, dass das, worüber wir geredet haben – namentlich das Übergangsmanagement von der Schule zur Arbeit – nur Sinn macht, wenn das eingebettet ist in eine Gesamtstrategie, welche man dann mit anderen Strategien verbinden muss, die z.B. in der ersten Arbeitsgruppe diskutiert wurden. Das zweite Wort, das wir oft gehört haben, war „Mobilisierung“, Mobilisierung namentlich von Betrieben. Das trat ganz klar bei dem Hamburger Modell und dem Modell aus

Lille zutage, denn beide arbeiten mit Betrieben. Es war daher ganz wichtig, dass die Betriebe von Anfang an einbezogen wurden, weshalb man die Betriebe mobilisieren muss. In Hamburg und Lille, d.h. in Frankreich und Deutschland, läuft das ein bisschen unterschiedlich, aber es gibt auch viele Parallelen im Hinblick auf die Mobilisierung der Betriebe. Dann zur Mobilisierung der Schule: Die Schule und die Betriebe zusammenbringen, das ist immer wichtig, aber nicht immer einfach, weil die Schulen Vorurteile haben, die aber auch in Betrieben zu finden sind. Um die beiden ins Gespräch zu bringen, ist es ganz wichtig, die Vorurteile abzubauen, damit man zu einer *win-win*-Situation gelangt. Auch das Wort „Koordinierung“ war wichtig, ganz besonders in Zusammenhang mit einer Organisation, die die Koordinierung macht. Darüber ist viele Male gesprochen worden. Es wird versucht, tatsächlich die Betriebe und die Schule und die Behörden systematisch zusammenzubringen, wie das auch in Hamburg passiert. Man braucht nicht nur Behörden, man braucht nicht nur Schulen, sondern man braucht vor allem auch eine Organisation, die von der Idee und der Wichtigkeit dieser Arbeit begeistert ist und diese unterschiedlichen Institutionen an einen Tisch bringt, um ein Programm zu entwickeln und durchzuführen. Über die Philosophie, warum man das macht, gab es auch viele Übereinstimmungen. Es handelt sich um Antidiskriminierung, um Prävention, um Jugendliche, die eine andere Herkunft, vielleicht auch eine andere Hautfarbe haben. Sie sollen miteinbezogen werden in die Arbeit, weil wir alle wissen, dass es Diskriminierung gibt und das muss daher Bestandteil des Programms sein. Eine andere Sache wurde auch angesprochen, nämlich dass man bei Jugendarbeit mit der Kompetenz der Jugendlichen anfangen soll. Es ist entscheidend, dass man dort anknüpft, wo die Jugendlichen selber sind und ihre Stärke wirklich nutzt. Die Jugendlichen sollen motiviert werden, ihre eigene Verantwortung zu übernehmen. „Selbstverantwortlichkeit“ war also ein weiteres Stichwort unserer Diskussion. Wir kamen zu der Schlussfolgerung, dass die Ziele ganz klar sein müssen, dass wir einen transparenten Prozess brauchen. Auch Erfolgskontrolle ist enorm wichtig für den Erfolg eines Projekts. Man sollte versuchen, diese Evaluierungskriterien transferierbar zu machen, denn dann spielt es keine Rolle mehr, ob man das Programm nach Deutschland oder Frankreich transferiert; dann spielen die Grenzen keine Rolle mehr.

Zusammenfassung der Ergebnisse

FRANK BAASNER:

Ich möchte eine Beobachtung aufgreifen und ein bisschen weiterentwickeln, nämlich die Schlüsselwörter, die immer wieder vorgekommen sind, denen man auch begegnet, wenn man darüber liest oder wenn man sich damit beschäftigt. Da gibt es ein paar Linien, die offensichtlich doch die dominanten sind. „Mobilisierung“ war dabei, das hat etwas mit Bewegung zu tun, und es gibt überhaupt im Sprachgebrauch sehr viele Bilder, die Bewegung möglich machen. Es wird immer wieder von Brücken geredet, *passerelle* haben wir auch im Französischen immer wieder benutzt, Brücken bauen zwischen verschiedenen Teilen der Wirklichkeit. „Vernetzung“ ist ein Begriff, der immer wieder benutzt wird, „Querschnittsaufgabe“ haben wir extrem oft gehört an diesen beiden Tagen. Und es ist auffällig, dass das alles horizontal orientierte Dinge sind. In älteren Debatten stand sehr stark der vertikale Aspekt im Vordergrund, weil man immer von sozialem Aufstieg ausgegangen ist. Der *ascenseur social* im Französischen, der „soziale Fahrstuhl“ als beste Integrationsmaschine, die es überhaupt gab, hat im Moment ein Problem. Und von daher ist es vielleicht kein Zufall, dass die ganzen Bilder, die wir uns im Kopf machen für das, was passieren kann und was auch passiert und weiter passieren muss, im Moment eher in die Breite gehen. Es wäre vielleicht auch gar nicht schlecht, wenn diese alte Aufstiegsidee im Sinne der positiven Beispiele von Karrieren, über die wir auch geredet haben, mit der Breitenwirkung ein bisschen zusammenkommt. Das sind die Dinge, die auffallen, wenn man längere Diskussionen hört. Ich denke, dass man in anderen europäischen Staaten ganz vergleichbare Lösungsansätze und Diskussionen findet.

Ich habe die große Freude, bevor oder indem ich Herrn Dr. Freudenberg das Wort gebe, den beiden Stiftungen in unser aller Namen zu danken: der Robert-Bosch-Stiftung und der Freudenberg-Stiftung, die dieses Treffen möglich gemacht haben. Ich danke unseren beiden Arbeitsgruppenleitern, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns hier zu begleiten. Jan Niessen wird das mitnehmen in seinen Brüsseler Kontext und weiter tragen in das europäische Netzwerk von Stiftungen, die sich mit dem Thema auch befassen. Herr Fthenakis wird unsere Ergebnisse mitnehmen als positives *feed back*, dass die Wis-

senschaft gefragt ist in diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich. Allen, die aktiv teilgenommen haben, danke ich ganz besonders.

REINHART FREUDENBERG:

Ich habe meinerseits allen zu danken, also werde ich eine Dankesrede halten und ich möchte – auch im Namen der Bosch-Stiftung – zunächst einmal Ihnen allen danken für Ihre Teilnahme und Ihre Beiträge. Ich war wirklich tief beeindruckt von der großen Professionalität, die aus allen Beiträgen und Fragen hervorging. Die Freudenberg-Stiftung wurde vor 22 Jahren gegründet und ihr Hauptarbeitsgebiet ist die Integration. Früher sprach man noch von den „Gastarbeitern“ in Deutschland. Dass daraus ein großer Teil der Bevölkerung erwachsen würde, war im Grund schon absehbar, wurde aber so nicht wahrgenommen. Und wenn man nun sieht, dass die Integration zu einer der wichtigsten Aufgaben für die europäische, insbesondere eben auch die französische und die deutsche Gesellschaft geworden ist, dann ist es hocheifreulich, wenn man einen so großen Kreis von Professionellen sieht, die sich damit beschäftigen und wirklich Bescheid wissen – und zwar nicht nur in der Theorie, sondern besonders auch in der Praxis – und Erfahrungen beitragen, Fragen stellen, die erkennen lassen, dass sie wirklich aus der Praxis kommen. Und wenn man dieses ganze Wissen und Engagement und die eben auch vertiefte Professionalität irgendwie zusammenschmelzen könnte, dann wäre das eine gewaltige Masse. Wenn die koordiniert auf das Problem losginge, dann wäre das ganz schnell gelöst. Das ist leider nicht möglich, aber immerhin ist es erfreulich, dass diese Tagung zustande gekommen ist, und für uns alle ist es eine große Ermutigung, dass die Grundeinstellung generell positiv war. Es wurde nicht geklagt über die Probleme, sondern über Lösungen gesprochen und wie ich gestern Abend schon sagen konnte: Im Alltag begegnen uns individuelle Lösungen in millionenfacher Zahl. Also das Problem der Integration gibt es immer noch, es gibt es unter immer wieder neuen Aspekten, aber man muss auch sehen, wie viele gute Integrationsbeispiele und Karrieren es gibt von Zuwandererfamilien, die sehr gut in den Ländern, die jetzt ja ihre Länder sind, damit zurecht kommen. Ich glaube es ist die große Mehrzahl und daran kann man sich auch immer wieder ein Beispiel nehmen, was nicht bedeutet, dass diese Probleme, denen wir jetzt alle noch begegnen, sich von alleine lösen. Aber es ist, ganz

anders als vor 22 Jahren, eben wirklich zu einem „Beruf“ will ich beinahe sagen geworden, sich damit zu beschäftigen. Gefreut hat mich auch zu sehen, dass zwischen den französischen und den deutschen Ansätzen und Erfahrungen doch sehr große Gemeinsamkeiten bestehen, sowohl hinsichtlich der Aufgaben wie auch der Lösungen. Gleichheit besteht nicht – es gibt Unterschiede, die aber sehr interessant sind, weil sie zum Nachdenken anregen. Es ist auf jeden Fall eine große Bereicherung für beide Teile gewesen, dass wir uns darüber austauschen konnten. Also zunächst einmal an Sie alle, die das mitgestaltet haben, den herzlichsten Dank.

Nun möchte ich auch noch denjenigen danken, die die Veranstaltung organisiert haben und zwar dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg und hier nun vor allem einmal Herrn Baasner, der das wunderbar organisiert und moderiert hat. Er hat es nicht allein gemacht, es gab ein Team, das das perfekt organisiert hat – ich fand das fabelhaft. Und stellvertretend für alle, die das getan haben, möchte ich Frau Braun nennen vom dfi. Sie war der gute Geist in dieser ganzen Angelegenheit, die dazu geführt hat, dass wir uns alle wohlfühlen konnten. Dann – wie ich gehört habe diskret im Hintergrund, aber mit einer wesentlichen Rolle – auch die Praktikanten, die am Institut tätig sind, und nicht zuletzt auch den Dolmetschern, dem Dolmetscher-Team, das es möglich gemacht hat, dass wir alle untereinander verstehen konnten, was wir sagten. Dolmetscher spielen ja in Europa eine große Rolle und werden sie zunehmend spielen durch die Erweiterung der Europäischen Union. Und wenn man bedenkt, was ein Dolmetscher durch die sinnngemäße Übertragung von Gedanken bewirken kann an Gutem oder auch an Missverständnissen, dann, finde ich, ist es eine gewaltige Verantwortung, die auf diesem Beruf liegt. Und in diesem Sinne möchte ich also auch den Dolmetschern von gestern und heute sehr herzlich danken. Wenn ich jemanden oder irgendeine Gruppe vergessen haben sollte, Ihnen zu danken, dann bitte ich das gedanklich so aufzunehmen, als hätte ich es getan. Ich bin wirklich allen dankbar, die hier an der Organisation und an der Teilnahme mitgewirkt haben.